

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 20

Mai 2018

### Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	1
<b>Beiträge</b>	
Bärbel Sunderbrink: Das Detmolder Explosionsunglück von 1917. Die menschlichen Kosten der Rüstungswirtschaft im Ersten Weltkrieg	2
Jürgen Hartmann: „... dass in Bösingfeld eine Judenhetze betrieben wird, die das Schlimmste befürchten lässt“ – Antisemitischer Terror in einer lippischen NSDAP-Hochburg 1933	14
Ralf-Dieter Wilhelm: Niederländischer Tourismus in Detmold 1933 bis 1939 im Spiegel der Korrespondenz des Verkehrsamtes	42
<b>Hinweise</b>	
Christine Rühling: Die Handschriftendigitalisierung in der Lippischen Landesbibliothek	57
<b>Rezensionen</b>	
B. Joergens/J. Lucassen (Hg.): Saisonale Arbeitsmigration in der Geschichte. Die lippischen Ziegler und ihre Her- kunftsgesellschaft (A. Ruppert)	63
J. Scheffler/S. Wiesekopsieker (Hg.): Starke Frauen in der Kunst. Künstlerinnen im Aufbruch zur Moderne. Von Ida Gerhardt bis Ilse Häfner-Mode (A. Ruppert)	65
<b>Nachruf</b>	
Prof. Dr. Lothar Albertin (Redaktion)	66
<b>Impressum</b>	68

### Editorial

In der neuen Ausgabe liegt der Fokus auf den wenigen Jahren zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der angeblichen Friedenszeit der NS-Herrschaft. Der Weltkrieg hatte an den Fronten schon unzählige Opfer gefordert, als er im Mai 1917 auch Detmold erreichte. Bärbel Sunderbrink analysiert Ursachen und Folgen der grauenhaften Explosion in einer Munitionsfabrik.

Jürgen Hartmann zeigt am Beispiel des Fleckens Bösingfeld, dass nicht auf Anweisungen „von oben“ gewartet werden musste, um jüdischen Einwohnern das Leben zur Hölle zu machen. Parallel zum erstaunlich frühen Aufstieg der NSDAP in diesem Landesteil nahmen antisemitische Übergriffe zu, bis dahin angesehenen Menschen wurden zur Zielscheibe von Beleidigungen und tätlichen Angriffen.

Ein merkwürdig friedliches Bild vermittelt dagegen die Werbung für einen Aufenthalt in der lippischen „Sommerfrische“, die auf niederländische Touristen abzielte. Ralf-Dieter Wilhelm zeigt Chancen und Erfolge dieser Werbung, bis dieser Fremdenverkehr mit dem deutschen Einmarsch in die Niederlande zum Erliegen kam.

Die nächste Ausgabe ist für den Sommer 2018 vorgesehen. Redaktionsschluss ist der 15. August 2018.

### **Das Detmolder Explosionsunglück von 1917. Die menschlichen Kosten der Rüstungswirtschaft im Ersten Weltkrieg**

von Bärbel Sunderbrink

Was Detmolds Zweiter Bürgermeister Otto Biermann vom 31. Mai 1917 zu berichten hatte, war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt:

„Am heutigen Tage nachmittags 1½ Uhr wurde in den der hiesigen Elisabethstraße benachbarten Häusern eine Erschütterung wahrnehmbar, die ähnlich aber stärker war, als wenn die Haustür heftig zugeworfen wäre. Beim Hinauseilen nach den Fenstern bemerkte man in der Richtung nach dem westlichen Teil der Elisabethstraße dicke grau-schwarze Rauchwolken, die stoßweise in die Höhe quollen, und Geräusche leichter Art, die mehr kochend als knallend klangen.“<sup>1</sup>

Otto Biermann alarmierte die Feuerwehr und eilte gemeinsam mit dem Oberwachtmeister zur Unglücksstelle. Das Gebäude der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten an der Ecke Elisabethstraße/Kissinger Straße war bei seinem Eintreffen schon bis auf das Erdgeschoss niedergebrannt. Rund um die Brandstelle herrschte großes Durcheinander. Biermann war entsetzt:

„Auf dem Wege nach dem Landkrankenhaus befanden sich meist auf Tragbahren, zum Teil zu Fuß eine Anzahl mit Verbänden versehener verletzter Arbeiter und Arbeiterinnen. Wie spätere Nachfrage ergab, sind 24 verletzte Personen im Landkrankenhaus, von denen einige so schwer verbrannt sind, dass keine Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens besteht. Auch sind 14 Verletzte dort bereits gestorben [...].“

Während der Löscharbeiten begannen die Suche nach Vermissten und die Bergung der Opfer. Bürgermeister Biermann dazu:

„Die Gesamtzahl der aus den Trümmern herausbeförderten Leichen betrug nach Meldung des Schutzmanns Schierholz 58. Die Leichen, die wohl sämtlich bis zur Unkenntlichkeit verbrannt waren, und von denen zum Teil sehr zusammengeschrumpfte Reste vorgefunden wurden, sind in der Hauptsache zur Leichenhalle des Landkrankenhauses, zum kleineren Teil nach der Leichenhalle auf den Friedhof an der Meiersfelderstraße gebracht worden.“<sup>2</sup>

Die hier geschilderte Explosion der Munitionsfabrik an der Elisabethstraße gilt als Schlüsselereignis in der jüngeren Geschichte der Stadt Detmold. Bis heute ist im Bewusstsein, dass es sich bei dem schweren Explosionsunglück um eine Tragödie besonderen Ausmaßes handelte, – und das, obwohl längst nicht mehr bekannt ist, in welchem Zusammenhang dieser Unfall geschah. Zwar sind die Gräber der Umgekommenen

---

<sup>1</sup> Bericht vom 31. Mai 1917; in: LANDESARCHIV NRW ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), D 21 B Nr. 512.

<sup>2</sup> EBD.

noch erhalten, doch keine Gedenktafel erinnert an der Elisabethstraße an den Tod von 72 zumeist jungen Menschen.<sup>3</sup>

## I. Zum historischen Hintergrund

Am 1. August 1914 begann der Erste Weltkrieg, am 4. August marschierten deutsche Truppen in das neutrale Belgien ein. Bereits im September war mit der Marneschlacht die sogenannte „Blitzkriegsstrategie“ gescheitert und der deutsche Vormarsch kam ins Stocken. Der sich bald abzeichnende Stellungskrieg machte eine Neuausrichtung der Wirtschaft auf die Belange des Militärs unumgänglich. Die Steigerung der Rüstungsproduktion lief jedoch nur schleppend an. 1915, im zweiten Kriegsjahr, wurden die Angriffe im Westen forciert, die dann 1916 in verlustreiche, aber nicht kriegsentscheidende Schlachten mündeten. Mit dem deutschen Angriff auf Verdun erhoffte der Chef der II. Obersten Heeresleitung General Erich von Falkenhayn, die französischen Truppen aufzureiben. Doch als die Kämpfe nach fünf Monaten abgebrochen wurden, hatten in der „Blutmühle“ – wie die Schlachten um Verdun auch genannt wurden – beide Seiten hunderttausende von Toten, Verwundeten und Vermissten zu beklagen, ohne dass sich am Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich etwas geändert hatte.<sup>4</sup>

Die Grabenkämpfe von Verdun stehen für eine industrialisierte Kriegsführung. Die neue Militärstrategie erforderte die Produktion von Waffen, Munition und sonstigen Ausrüstungsgegenständen in bislang ungekannten Ausmaßen, was entscheidende Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Regierung hatte. Als die Generäle Ludendorff und Hindenburg Mitte 1916 die Oberste Heeresleitung übernahmen, verfügten sie eine rigorose Umstellung der Industrie auf Rüstungsgüter. Die III. Oberste Heeresleitung steht damit für eine radikale Mobilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für einen totalen Krieg.<sup>5</sup> Das von der neuen Obersten Heeresleitung sogleich auf den Weg gebrachte „Hindenburg-Programm“ verfolgte rigoros das Ziel, die Rüstungsproduktion zu steigern – auch auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung, die fortan mehr als zuvor unter der mangelhaften Versorgungslage zu leiden hatte. Das in diesem Zusammenhang im Dezember 1916 erlassene Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ hatte für alle Männer bis 60 Jahren einen Arbeitszwang zur Folge. Es sorgte aber mit latentem Druck auch für eine Mobilisierung von Frauen für die Kriegsindustrie.

Die Mobilisierung der Frauen für eine Beschäftigung in der Kriegsindustrie hatte nicht zuletzt aufgrund der prekären sozialen Situation vieler Familien beachtlichen Erfolg. Waren Väter oder Brüder eingezogen und fiel damit der Hauptnährer der Familie weg, sahen sich auch Mütter und Töchter gezwungen, Stellen in der Industrie anzutreten. Dies belegen die Beschäftigungszahlen für Lippe: 1910 waren laut Bericht des Gewerbebeamten in den 461 lippischen Fabriken 1.247 Arbeiterinnen beschäftigt. Bei Kriegsende wurden 2.591 Fabrikarbeiterinnen gezählt. Die Frauenerwerbstätigkeit in den Betrieben war also binnen acht Jahren um 100 Prozent gestiegen. Damit lag ihr Anteil an der Gesamtarbeiterschaft bei 36 Prozent.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Die Lokalpresse berichtete zu den Jahrestagen regelmäßig über das Ereignis, zuletzt die LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) am 31. Mai 2017.

<sup>4</sup> WOLFGANG KRUSE, *Der Erste Weltkrieg*, 2. Aufl., Darmstadt 2014, 53 f.

<sup>5</sup> EBD., 34.

<sup>6</sup> INGRID SCHÄFER, „In einzelnen Fällen leisteten Frauen bei rein männlicher Beschäftigung mehr als Männer.“ *Frauenfabrikarbeit in Detmold während des Ersten Weltkriegs*, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), *Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933, Dokumentation eines stadthistorischen Projekts*, Bielefeld 2007, 131-145, hier: 143.

## II. Die Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten

Als Folge des „Hindenburgprogramms für die Erzeugung von Heeresbedarf“ kam es in Detmold zur Gründung des einzigen von der Militärverwaltung als kriegswichtig klassifizierten Rüstungsunternehmens, das rasch zum größten gewerblich-industriellen Arbeitgeber der Stadt anwuchs: die Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten. Die Initiative für die Niederlassung der Firma ging von dem Unternehmer und Baurat Walter Kellner aus Barmen aus. Er besaß dort eine Maschinenfabrik, die sich mit Kriegsbeginn auf die Herstellung von Munition spezialisiert hatte.<sup>7</sup>



*Abb. 1: Baurat Walter Kellner.*

*(Quelle: Broschüre „Was leistete die Firma Walter Kellner Barmen während der Kriegszeit 1914/16?“. Erinnerungsalbum, gewidmet den Freunden und Gönnern der Firma. O.O., o.J. [Barmen 1917])*

Die im Oktober 1916 gegründeten „Lippischen Werkstätten“ begannen in den Räumen der Stuckfabrik Lauer mann an der Hornschen Straße/Ecke Krohnstraße zunächst in geringem Umfang mit der Herstellung von Granaten. Die am 21. November 1916 vertraglich festgelegte Umbenennung in „Fürstlich Lippische Staatswerkstätten“ gab der Firma einen offiziellen Anstrich. Allerdings handelte es sich trotz der Namensgebung nicht um einen Staatsbetrieb, sondern um eine Aktiengesellschaft. Die lippische Regierung erwarb 100 Aktien und erhielt ein Vorkaufsrecht für weitere 250 Aktien. Zudem war sie Mitglied im Aufsichtsrat. Darüber hinaus hielten Fürst Leopold IV., Georg von Eppstein, Chef seines Geheimen Zivilkabinetts, Staatsminister Karl Ludwig von Biedenweg und Adolf Neumann-Hofer, liberaler Reichstags- und Landtagsabgeordneter, als Privatpersonen Aktien des Unternehmens.<sup>8</sup> Das Interesse der Regierung lag darin, durch diese Industrieansiedlung dauerhaft Arbeitsplätze in Lippe zu schaffen. Für den Betrieb wiederum bot das landwirtschaftlich geprägte Lippe im Gegensatz zu der Industrieregion Rhein/Ruhr den Vorteil, dass die Mobilisierung von Arbeitskräften keine Schwierigkeiten bereitete.

<sup>7</sup> HANSJÖRG RIECHERT, Rüstung in Lippe, in: DERS./ANDREAS RUPPERT, Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945, Bielefeld 2001, 127-242, hier: 149.

<sup>8</sup> EBD., 152.

Die Lippischen Staatswerkstätten eröffneten in Detmold innerhalb weniger Monate mehrere Standorte und expandierten rasch auf 400 Beschäftigte. Neben der ersten Betriebsstätte an der Hornschen Straße richtete die Firma eine weitere an der Elisabethstraße/Ecke Kissinger Straße ein.<sup>9</sup> Eine neue Betriebsstätte wurde außerhalb der städtischen Bebauung an der Orbker Straße geplant. Diese war im Frühjahr 1917 jedoch noch nicht fertiggestellt.

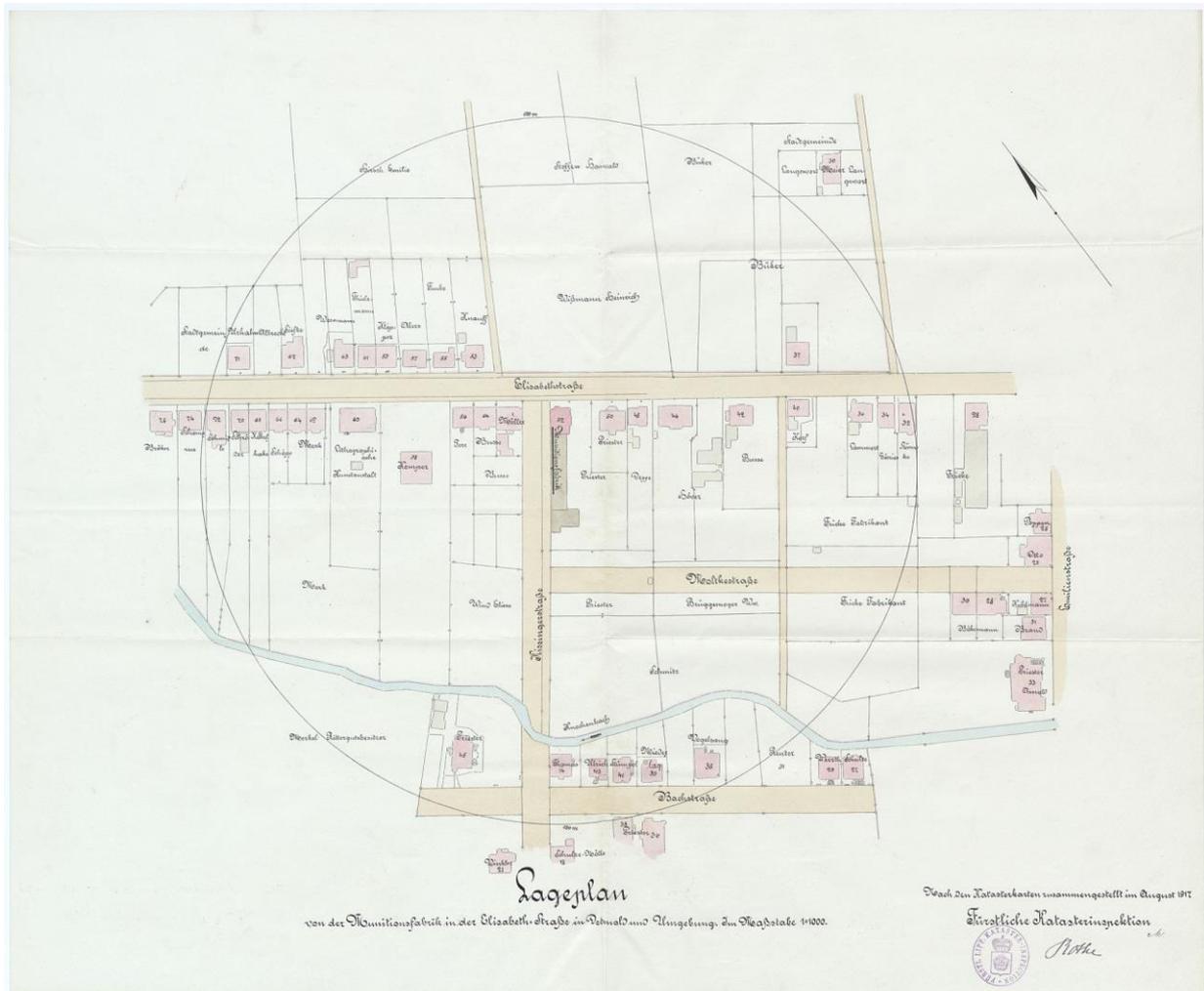


Abb. 2: Lageplan der Munitionsfabrik, 1917.  
(Quelle: LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 725)

Bei dem Gebäude an der Elisabethstraße handelte es sich um die stillgelegte Möbelfabrik Priester. Für die Rüstungsproduktion war das Gebäude wegen fehlender Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere wegen des Mangels an Fluchttüren eigentlich nicht geeignet. Noch Anfang Mai 1917 hatte der für Lippe zuständige Gewerbeinspektor Tenne, dessen Dienstsitz weit entfernt in Oldenburg lag, Detmold besucht, um mit der Werksleitung über die Einrichtung einer Kartuschierwerkstatt zu verhandeln. In solchen Werkstätten wurde Schwarzpulver für die Treibladungen der Geschosse portioniert und in Kartuschen gefüllt. Der Gewerbeinspektor hatte mehrfach darauf hingewiesen, dass für die Planungen der Munitions Herstellung ein versierter Fachmann des Militärs zurate gezogen werden müsse. Er selbst bestand auf besondere Sicherheitsauflagen. Tenne berichtete später, dass Betriebsdirektor Dietrich Düllmann nach dem Gespräch über die Gefahren

<sup>9</sup> An dieser Stelle befindet sich heute ein Supermarkt.

der Produktion erklärt habe, „dass seine Firma sich entschlossen habe, an jener Stelle ganz davon [also von der Einrichtung der Kartuschierwerkstatt; B.S.] abzusehen“.<sup>10</sup> Bei dieser Aussage blieb er jedoch nicht.

Die Firmenleitung der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten wandte sich stattdessen an eine militärische Dienststelle, das auch für Lippe zuständige Stellvertretende Generalkommando in Münster. Dort konnte sie auf ein besonderes Interesse an einer Forcierung der Rüstungsproduktion hoffen. Das Stellvertretende Generalkommando stimmte ungeachtet der problematischen Sicherheitslage einer Produktion von Kartuschen in den Räumlichkeiten an der Elisabethstraße zu, sobald einige – wenige – bauliche Veränderungen zur Schaffung von Fluchtwegen durchgeführt seien. Dass mit dieser Zustimmung keine förmliche Genehmigung verbunden war, sondern eine solche durch den Magistrat der Stadt hätte erfolgen müssen, wurde von der Firmenleitung geflissentlich übersehen.<sup>11</sup>

Die Erweiterung der Produktionspalette von der Granatenproduktion auf die gefährlichen Treibladungen ist in direktem Zusammenhang mit dem Hindenburgprogramm der III. Obersten Heeresleitung zu sehen. Infolge des „Hilfsdienstgesetzes“, also der Dienstpflicht für alle Männer, forcierte das Stellvertretende Generalkommando in Münster seit Ende 1916 die Suche nach stillgelegten Betriebsstätten, die sich für die Herstellung von Heeresbedarf, insbesondere von Munition, eigneten.<sup>12</sup> Es ist daher kein Zufall, dass Seitens des Militärs ein wenig geeignetes Gebäude wie die Möbelfabrik an der Elisabethstraße für die Produktion der Kartuschen zugelassen wurde, wenn auch ein minimaler Sicherheitsstandard gefordert wurde. Auch wurde festgelegt, dass der zu verarbeitende Sprengstoff nicht in der innerstädtischen Produktionsstätte, sondern im Pulverlager auf der Jerxer Heide zu verwahren war. Eine Überwachung dieser Vorgaben fand jedoch nicht statt. Selbst über diese minimalen Sicherheitsvorgaben setzte sich Betriebsdirektor Düllmann hinweg, als er Mitte Mai 1917 die Arbeit in der neuen Abteilung anlaufen ließ.<sup>13</sup>

Dass mit der beschleunigten Neueinrichtung und Vergrößerung von Sprengstoff- und Munitionsfabriken Gefahren verbunden waren, war allgemein bekannt. Anfang Mai 1917, also drei Wochen vor dem Explosionsunglück in Detmold, erreichte die Fürstliche Regierung ein Schreiben des Reichsinnenministeriums, wegen der „zahlreichen und schweren Unfälle, welche in den letzten beiden Jahren in den Sprengstoff- und Munitionsfabriken vorgekommen sind“<sup>14</sup>. Die Reichsregierung kündigte nun Sofortmaßnahmen an und richtete spezielle Überwachungsausschüsse ein. Für Detmold kamen diese Maßnahmen aber zu spät.

### III. Die Explosion

Zum Zeitpunkt des Brandes waren in der Firma an der Elisabethstraße 135 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die meisten Arbeitskräfte kamen aus Detmold und der nahen Umgebung. Viele stammten aus Hiddesen und Heidenoldendorf, einzelne kamen aus der weiteren Umgebung: ein Arbeiter war Bielefelder, eine Arbeiterin Herforderin, eine Paderbornerin. Zwei Drittel der Belegschaft waren Frauen.

Wie viele Personen genau an dem Tag der Explosion in der Firma anwesend waren, hat sich nie ermitteln lassen. Bekannt ist, dass sich die Arbeitsplätze über alle drei Stockwerke der ehemaligen Möbelfabrik verteilten. In den beiden Räumen im Erdgeschoss waren etwa 30 Arbeiter beschäftigt, in den oberen Etagen weit mehr, hier zumeist Frauen. Im Erdgeschoss war der Werkzeugbau untergebracht. Hier gab es eine Dreherei

---

<sup>10</sup> Schreiben des Gewerbeinspektors Tenne, 24. Juni 1917; in: STADTARCHIV DETMOLD (STADTA DETMOLD), D 106 Detmold A Nr. 5157.

<sup>11</sup> Darstellung Stadtrat Neitzel in der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juni 1917; in: LAV NRW OWL, L 80.16 Nr. 916.

<sup>12</sup> Schreiben vom 25. Januar 1917; in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6962.

<sup>13</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 5157.

<sup>14</sup> LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6963.

und die Schmiede. Und hier stand auch die Bandsäge, von der der Unfall offensichtlich ausging. In der ersten und zweiten Etage des Gebäudes verpackten die Frauen die aus Schwarzpulver bestehenden Treibladungen für die Minenwerfermunition.<sup>15</sup>



*Abb. 3: Aus einer Firmenschrift Kellners aus Barmen; vergleichbare Fotos fehlen für Detmold.  
(Quelle: Broschüre „Was leistete die Firma Walter Kellner Barmen während der Kriegszeit 1914/16?“:  
Erinnerungsalbum, gewidmet den Freunden und Gönnern der Firma. O.O., o.J. [Barmen 1917])*

Der Zeitzeuge Ernst Fischer erinnerte sich später an den 31. Mai 1917 als einen sonnigen Tag, den er als junger Soldat auf Heimaturlaub erlebte. Ein ohrenbetäubender Knall habe die Nachbarschaft an jenem Donnerstag kurz nach 13 Uhr erschüttert, dann stand das große Fabrikgebäude an der Elisabethstraße in hellen Flammen. Steine flogen, während die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Fabrik flüchteten. „Mehrere hundert Meter weit verteilen sich die Trümmer. Menschen, die auf die Straße geschleudert wurden, wälzen sich schreiend vor Schmerz. Viele sind“, so Fischer, „[...] in Sekundenschnelle durch die unglaubliche Hitze verkohlt.“<sup>16</sup> Verletzte wurden laut Bericht des Augenzeugen nicht nur ins Landkrankenhaus, sondern auch in die nahegelegene Feldzwiebackfabrik gebracht, wo man ihre Brandwunden mit Mehl kühlte. Bis weit nach Mitternacht dauerten die Bergungsarbeiten.

Berichte der Staatsanwaltschaft geben Aufschluss über die Entstehung und die rasche Ausbreitung des Feuers.<sup>17</sup> Demnach war am Vormittag des Unglückstages erstmals an der Bandsäge im Erdgeschoss Rohseide zugeschnitten worden. Aus der Rohseide wurden die kleinen Beutel für das hochexplosive Schwarzpulver der Treibladungen hergestellt. Um den Zuschnitt vorzubereiten, hatte ein Mädchen mit einem Bleistift Linien auf den Seidenstoff aufgezeichnet, der – wie üblich in der Textilverarbeitung – in mehreren Lagen auf einem Zuschnidetisch im Erdgeschoss ausgebreitet war. Schon am Morgen hatte es Probleme mit der Bandsäge gegeben, mit der der Zuschnitt erfolgen sollte. Der Schlosser Proske aus Bielefeld hatte daher die Mittagspause durchgearbeitet, um die Bandsäge fehlerfrei in Gang zu setzen und zu diesem Zweck eine Treibriemenscheibe ausgetauscht.

Nach der Mittagspause begann der Obermeister erneut, die Seide mit der Bandsäge zu bearbeiten. Zeugen erinnerten sich später an eine Stichflamme, die er dabei erzeugte. Die Seide begann zu brennen, das Feuer erfasste rasch das gesamte Erdgeschoss und sprang über eine Luke, die wie ein Kamin wirkte, in die nächsten Etagen über. Rasend schnell verbreitete sich das Feuer. Als es das Schwarzpulver im ersten Geschoss erreichte, explodierte der dort lagernde Sprengstoff. Die Fabrik flog buchstäblich in die Luft.

<sup>15</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 5157.

<sup>16</sup> LLZ vom 31. Mai 1987.

<sup>17</sup> Bericht vom 31. Mai 1917; in: LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 512.



Das rasche Ausbreiten des Feuers führte zu einer dramatisch hohen Zahl von Opfern. Selbst diejenigen, die den Brand bemerkt hatten, konnten nicht mehr aus den oberen Stockwerken entkommen. Auf der einen Seite der Fabrik waren die Fenster mit Eisengittern gesichert, bei anderen Fenstern konnten nur die Oberlichter geklappt werden. Die wenigen vorhandenen Türen schlugen nach innen auf. Die in Panik geratenen Menschen drängten gegen die Türen, so dass ihr Öffnen unmöglich wurde. Sie konnten nicht fliehen und verbrannten vor den Ausgängen.<sup>18</sup>

#### IV. Die Opfer



*Abb. 6: Nachruf von Aufsichtsrat und Vorstand in der Lippischen Tages-Zeitung vom 2. Juni 1917.*

Trotz der Pressezensur war die Katastrophe nicht geheim zu halten. Allerdings wurde alles daran gesetzt, das Ausmaß zu vertuschen und die Dramatik herunter zu spielen. Die *Lippische Tages-Zeitung* schrieb am 1. Juni über ein „bedauerliches Brandunglück“. Und weiter: „Leider sind auch Todesopfer zu beklagen“. Der Nachruf von Aufsichtsrat und Vorstand der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten – einen Tag später veröffentlicht – benennt keinerlei Zahlen: „In Wehmut beklagen wir den Verlust tüchtiger Arbeiter und Arbeiterinnen, die in treuer Arbeit und Pflichterfüllung ein frühes Ende gefunden haben.“<sup>19</sup>

Bemerkenswert ist die Deutung in der Darstellung der *Lippischen Tages-Zeitung*, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter „gleich den braven Helden an der Front für unser liebes Vaterland gestorben sind und gelitten haben [...]“<sup>20</sup>. In gleicher Weise interpretierten die Staatswerkstätten in ihrem Nachruf den Unfalltod: „Wir werden diesen Mitarbeitern, die auch an ihrem Teil unser Vaterland verteidigen halfen, ein immerwährendes

<sup>18</sup>Aussage mehrerer Zeitzeugen, u.a. Ernst Fischer s.o. und Frau Wehrmann, geb. Schierenberg, die 1917 18 Jahre alt war; in: LAV NRW OWL, D 108 Nr. 38.

<sup>19</sup>LIPPISCHE TAGES-ZEITUNG (LTZ) vom 2. Juni 1917.

<sup>20</sup>LTZ vom 1. Juni 1917.

Angedenken bewahren.“<sup>21</sup> Und selbst die privaten Anzeigen verschleierten die Ursachen: „Plötzlich und unerwartet“ wurden die Töchter, Schwestern, Bräute, Enkelinnen und Basen „durch den Tod entrissen“.<sup>22</sup>

Die genaue Anzahl der Opfer war in den ersten Tagen schwer festzustellen und wurde wegen des Auffindens weiterer Leichen mehrmals korrigiert.<sup>23</sup> Die offiziellen Stellen nannten 62 Menschen, die an der Unglücksstelle verbrannten, weitere zehn Menschen starben im Landkrankenhaus. Da auch die Firma 72 Namen von Beschäftigten angibt, die sie als tödlich Verunglückte bei der Krankenkasse abmeldete, ist davon auszugehen, dass diese Zahl korrekt ist. Weitere Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Die Brisanz des Unfalls war der Fürstlichen Regierung rasch bewusst. Um eine Einschätzung treffen zu können, wer zu den Opfern zählte, veranlasste sie den Magistrat der Stadt Detmold, eine Aufstellung über die sozialen Verhältnisse der betroffenen Familien anzufertigen. Das Ergebnis war erschütternd: 63 weibliche und neun männliche Opfer waren zu beklagen. 18 von ihnen waren noch keine 16 Jahre alt – Kinder. Die Jüngste, Marie Kligge aus Hiddesen, war gerade einmal 14 Jahre alt. In den Meldungen heißt es: „Die Eheleute Kligge sind arme Leute. Der Verdienst der Tochter war für sie von Bedeutung.“<sup>24</sup> Auch die meisten anderen Opfer ließen verzweifelnde und – in der Mehrzahl bedürftige – Familien zurück. Einige wenige Beispiele: Auguste Johmann, 33 Jahre, war Kriegerwitwe und Mutter zweier Kinder im Alter von neun und elf Jahren; Bertha Neumann, ebenfalls aus Hiddesen, 17 Jahre, ließ ein acht Monate altes uneheliches Kind zurück; Lina und Martha Rabe, 21 und 14 Jahre alt, waren „die beiden einzigen Kinder des z.Z. im Felde befindlichen Maurers Rabe. Der Verlust trifft deshalb die Eltern besonders schmerzlich“, heißt es in der amtlichen Aufstellung; und weiter: Heinrich Manns, 41 Jahre alt, aus Eichholz: „Ehefrau lebt, ist sehr kränklich, [...]. Es sind 5 Kinder vorhanden.“ Marie Blachowski, 15 Jahre alt, aus Pivitsheide: „Mutter ist Witwe seit 1907. Ihren Mann verlor sie ebenfalls durch Unglücksfall, ein Sohn ist gefallen, 2 stehen noch im Felde. 3 schulpflichtige Kinder im Alter von 13, 11 und 10 Jahren sind bei der Mutter. Äußerste Bedürftigkeit liegt vor.“<sup>25</sup> Mathilde Delker aus Pivitsheide hatte drei Kinder im Alter von zwei, drei und vier Jahren. Obwohl sie in dem Unternehmen umgekommen war, trat ihr Ehemann kurze Zeit später bei den Lippischen Staatswerkstätten eine Stellung an – die Not war groß. Fast von allen 72 Opfern sind ähnliche Familienschicksale dokumentiert.



Abb. 7: Postkarte des Ehrenfriedhofs. (Quelle: LAV NRW OWL, D 75 Nr. 7930)

<sup>21</sup> LTZ vom 2. Juni 1917.

<sup>22</sup> Todesanzeigen vom 2. Juni 1917.

<sup>23</sup> Schreiben des Magistrats an die Staatsanwaltschaft, 2. Juni 1917; in: STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 5157.

<sup>24</sup> „Bedürftige Angehörige der bei dem Brande der Lippischen Staatswerkstätten umgekommenen Personen“, 6. Juli 1917; EBD.

<sup>25</sup> EBD.

66 der Toten, viele aus dem ländlichen Detmolder Umfeld, wurden wenige Tage nach dem Unglück in einem Massengrab an der Meiersfelder, heutigen Blomberger Straße bestattet. Zu diesem Zweck wurde zunächst provisorisch ein „Ehrenhain“ angelegt, auf dem später auch andere Opfergruppen mit militärischem Bezug bestattet wurden. Die Stadt erwarb das mit Eichen bestandene Gelände von der Fürstlichen Rentkammer, die Anlage des Ehrenhains wurde von Fabrikant Walter Kellner finanziert.<sup>26</sup> Vordergründig verstand er seine Stiftung als Fürsorge für die Hinterbliebenen, darüber hinaus diente sie gewiss aber auch dazu, von seiner Verantwortung für den Unfall abzulenken.

Genau ein Jahr nach dem Vorfall, am 30. Mai 1918, wurde der in der Zwischenzeit gärtnerisch hergerichtete Ehrenhain offiziell eingeweiht. 1.000 Menschen nahmen an den Feierlichkeiten teil. Neben dem Arbeiterausschuss, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten waren als offizielle Vertreter die Fürstenfamilie, der Staatsminister von Biedenweg, Stadtverordnete und Magistrat sowie militärische Abordnungen anwesend. Der lippische Generalsuperintendent August Weßel sprach die Weiherede und nutzte die Gelegenheit, die weitere Opferbereitschaft zu beschwören.<sup>27</sup> Deutlich wurde bei der Einweihung, dass mit der Stiftung des Ehrenhains eine inszenierte Umdeutung der Todesursache verbunden war: Aus den Brandopfern wurden „Helden für das Vaterland“ und damit soldatische Opfer gleich den Gefallenen an der Front. Wie bei den Toten der Schlachtfelder wurde auch das Gedenken an die umgekommenen Zivilisten für das rigoros verfolgte Ziel des Siegfriedens instrumentalisiert.

## V. Die Aufarbeitung des Unfalls

Mit den Bergungsarbeiten begann die Ursachenforschung. Zunächst wurde ein junger russischer Arbeiter, der erst wenige Wochen als Dreher bei den Staatswerkstätten beschäftigt gewesen war, der Brandstiftung verdächtigt. Der Zivilgefangene Johannes Serikow hatte sich in jenem Raum aufgehalten, in dem das Feuer ausgebrochen war. Noch am Abend des Unglückstages wurde er inhaftiert und in das Untersuchungsgefängnis gebracht, konnte aber rasch seine Unschuld beweisen.<sup>28</sup> Da zunächst niemand persönlich für den Unfall haftbar gemacht werden konnte, entbrannte auf örtlicher Ebene ein Konflikt um die Schuld und die Konsequenzen für die weitere Rüstungsproduktion. Ausgetragen wurde der Konflikt vor allem zwischen der Fürstlichen Regierung, der Stadtverordnetenversammlung und dem Unternehmen selbst. Als am 7. Juni 1917 die Stadtverordnetenversammlung zusammentrat, begann die öffentliche Aufarbeitung des Unfalls. Zunächst hatten sich die Stadtverordneten mit einer Petition Detmolder Bürger zu beschäftigen. Über einhundert Einwohner monierten, dass es keinerlei Informationen darüber gegeben habe, dass in dem Gebäude an der Elisabethstraße gefährliche Sprengstoffe gelagert wurden. Vehement richteten sie sich gegen eine Wiederherstellung der Fabrik an dieser Stelle.<sup>29</sup>

Am deutlichsten forderten die Sozialdemokraten eine Aufklärung des Unfalls. Ihre Fragen an den Magistrat legten die Finger in die offenen Wunden: „1. Waren im Betriebe der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten alle notwendigen und möglichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um Leben und Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu schützen? 2. War die behördliche Genehmigung erteilt zur Lagerung und Verarbeitung von Explosivstoffen in dem für diese Industriart keineswegs geeigneten Fabrikgebäude? [...]“ Ausdrücklich verwahrte sich der sozialdemokratische Sprecher Heinrich Pieper gegen

---

<sup>26</sup> Schreiben Kellners vom 16. April 1918; in: STADTA DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 2131.

<sup>27</sup> LLZ vom 1. Juni 1918.

<sup>28</sup> Bericht vom 31. Mai 1917; in: LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 512.

<sup>29</sup> Stenogramm der Stadtverordnetensitzung vom 13. Juni 1917; in: LAV NRW OWL, L 80.16 Nr. 916.

die Deutung, „die Arbeiter hätten den Heldentod für das Vaterland gefunden.“ Vielmehr seien die Umgekommenen „die unglücklichen Opfer einer maßlosen kapitalistischen Ausbeutung“.<sup>30</sup>

Die Verantwortlichen des Unternehmens empfanden die Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung als „ehrenrührige Vorwürfe“ und beeilten sich, eine umfangreiche Gegendarstellung zu veröffentlichen, in der sie jede Kritik an den Produktionsbedingungen im Unternehmen an der Elisabethstraße scharf zurückwiesen.<sup>31</sup>

Während das Detmolder Gewerkschaftskartell eher zurückhaltend die Lippischen Regierung aufforderte, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, beschränkte sich Carl Schreck, SPD-Bezirkssekretär für Bielefeld und Lippe, nicht auf einen lokalen Protest. Er berichtete Mitte Juli 1917 an das Kriegsministerium über den Unfall und verschaffte dem Vorfall damit die Aufmerksamkeit auf Reichsebene.<sup>32</sup> Erst Schrecks Bericht an das Kriegsministerium war der Auslöser einiger kritischer Nachfragen aus Berlin.



*Abb. 8: Carl Schreck.*

*(Quelle: Büro des Reichstags (Hg.): Handbuch der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919. Berlin 1919)*

Als der Magistrat aus Sicherheitsgründen zunächst keine Genehmigung für eine Wiederaufnahme der gefährlichen Munitionsproduktion – nun auf der Jerxer Heide – erteilen wollte, setzte Dietrich Düllmann als Betriebsdirektor der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten alle Hebel in der Militärverwaltung in Bewegung. Sein Argument: „Die Wiedererrichtung der Fabrikations-Werkstätten, für Treibladungen, wie sie in der Elisabethstraße angefertigt worden sind, ist in hohem Masse dringlich. Die F r o n t bedarf sofortiger Lieferung.“<sup>33</sup> Im November 1917 konnte die Produktion der Treibladungen wieder aufgenommen werden, wenn nun auch unter wesentlich strengeren Sicherheitsbedingungen.

Zu dieser Zeit war bereits gegen Dietrich Düllmann ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet worden. Zwar gab es an der Schuld Düllmanns wegen der ungenehmigten Aufnahme der Produktion keinen Zweifel, aber die Verhandlungen gegen ihn wurden immer weiter verzögert, bis es Anfang Januar 1919 zur Einstellung des Verfahrens kam. Fabrikdirektor Düllmann fiel unter die militärische Amnestie, da er dem aktiven Heeresdienst angehört hatte.<sup>34</sup>

---

<sup>30</sup> Wortbeitrag Stadtverordneter Pieper; EBD.

<sup>31</sup> Gegendarstellung der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten, 14. Juni 1917; in: LAV NRW OWL, L 80.16 Nr. 916.

<sup>32</sup> Schreiben Schreck an Kriegsministerium, 13. Juli 1917; in: STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 5157.

<sup>33</sup> Formulierung im Schreiben der Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten an die Fürstliche Regierung, 15. Juni 1917 und an den Überwachungsausschuss bei der Kriegsamtstelle in Düsseldorf, 19. Juni 1917; in: LAV NRW OWL, L 80.16 Nr. 916 und 912.

<sup>34</sup> RIECHERT, Rüstung in Lippe, 158; LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 512, Verfahrensakte der Staatsanwaltschaft Detmold.

## VI. Resümee

Das Explosionsunglück in Detmold war kein Einzelfall. Am 8. Mai 1915 hatte es in der Geschossfabrik in Siegburg bei der Verladung von Granaten ein Unglück mit mindestens 40 Toten gegeben, am 30. März 1916 ereignete sich ein schweres Brandunglück in der Pulverfabrik Troisdorf mit zahlreichen Toten – die dort umgekommenen Frauen stammten vor allem aus Barmen –, für Münster und Haltern sind Explosionsunglücke nachgewiesen und am 10. Februar 1917 kam es zu einer schweren Explosion in Quickborn mit 122 Toten, davon 115 Frauen und Mädchen. Schließlich ereignete sich kurz vor dem Detmolder Unfall am 22. Mai 1917 eine Explosion mit mehreren Toten in Berlin-Adlerhof.

Während die deutsche Presse aufgrund der Zensur über die Unfälle nichts verlauten lassen durfte, registrierte die internationale Presse solche Ereignisse genau. So meldeten der französische *Le Matin* bereits am 6. Juni, die britische *Times* und die amerikanische *Washington Post* in der letzten Juliwoche 1917 die Explosionsfälle in Detmold und Berlin-Adlerhof.<sup>35</sup> Die Alliierten hatten über erbeutete Feldpost Kenntnis von den Unfällen erlangt.

### MUNITION EXPLOSIONS IN GERMANY.

News of recent disastrous munition explosions in Germany which does not appear to have been made public is contained in the following two letters to German soldiers who have been captured on the British front. The first is dated May 22 and the second June 6:—

(1) Well, dearest, a terrible disaster occurred again yesterday at Adlershof; it was heard here, the explosion was so violent, one report after the other; you will certainly have read of it in the paper, but they will never say how many were killed there. Here we are anxious, too, whether we shall be blown up; that is all the work of incendiaries. Well, let us hope not; but we have to reckon with everything. There are also two powder magazines near us. I do believe no good can come of this.

(2) I have some sad news. A disastrous accident has occurred at Detmold, where a munition factory, with all its workers, male and female, blew up into the air. It is terribly sad. On Sunday 90 victims had already been buried. One woman, who has lost her four sons in the field, has now lost her three daughters. It is strange that the Westphalian newspapers give no report of the accident.

*Abb. 9: The Times (London) vom 25. Juli 1917.*

Am Beispiel der Detmolder Munitionsfabrik kann gezeigt werden, in welcher Weise kriegspolitische Interessen gegenüber dem Schutz der Beschäftigten an Vorrang gewannen. Mit dem „Hindenburgprogramm für die Erzeugung von Heeresbedarf“ von 1916 wurde das Ziel, die Waffen- und Munitionsproduktion zu steigern, mit Vehemenz vorangetrieben. Die menschlichen Kosten für den totalen Kriegseinsatz blieben dabei außen vor.

Für Detmold stellt der Unfall in der Munitionsfabrik einen Wendepunkt in der Stadtgeschichte dar. Mit der Explosion war der Schrecken des Weltkriegs in der Heimat angekommen. Der Tod der Angehörigen wurde nicht stillschweigend hingenommen. Bei allen Versuchen, die Angelegenheit herunterzuspielen, kam es doch zu einer öffentlichen Diskussion der Tragödie. Die Menschen machten keinen Hehl aus ihrer kritischen Haltung. Eine Zustimmung zum Krieg, wie es diese 1914 in weiten Teilen der Bevölkerung gegeben hatte, war nun infrage gestellt.

<sup>35</sup> LE MATIN vom 6. Juni 1917, THE TIMES (London) und THE WASHINGTON POST vom 25. Juli 1917.

# „... dass in Bösingfeld eine Judenhetze betrieben wird, die das Schlimmste befürchten lässt“ – Antisemitischer Terror in einer lippischen NSDAP-Hochburg 1933

von Jürgen Hartmann

## Einleitung

„Bösingfeld ist bekannt als der Mittelpunkt des schönen Extertals, das bei Bösingfeld durch die lippischen Berge bricht. Es ist die Hochburg im nationalen Erwachen, hatte als erste Gemeinde die nationalsozialistische Mehrheit im Gemeindeparlament. Hier wehte die erste Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus. Hier wurde die erste schwarz-rot-goldene Fahne am 30. Januar 1933 öffentlich auf dem Marktplatz verbrannt. In Bösingfeld eröffnete unser Führer Adolf Hitler den lippischen Wahlkampf am 4. Januar 1933, in dem der Grundstein zum Dritten Reich und zur Bildung einer nationalsozialistischen Regierung in Lippe gelegt wurde.“<sup>1</sup>

Mit diesen Sätzen beginnt ein kurzer Artikel über die „aufstrebende Sommerfrische“ im *Saarburger Tageblatt* vom 2. Juli 1933. Ein Ausschnitt befindet sich in einer schmalen Akte der Berliner Hauptgeschäftsstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV). Sie wurde mit zahlreichen anderen Ordnern von den Nationalsozialisten nach dem Verbot der Organisation in Folge der Gewaltaktionen vom November 1938 beschlagnahmt und schließlich 1945 von sowjetischen Einheiten nach Moskau gebracht. Dort lagert der Bestand im sogenannten Sonderarchiv. Mikroverfilmungen finden sich im US Holocaust Memorial Museum in Washington, in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem und in der Wiener Library in London.<sup>2</sup> Der genannte Zeitungsausschnitt diente offensichtlich dazu, den zuständigen Mitarbeitern der Hauptgeschäftsstelle einen Eindruck von diesem Ort des „nationalen Erwachens“ und vom Umfeld des dort lebenden jüdischen Bevölkerungsteils zu vermitteln. Die nachfolgenden Dokumente beschäftigen sich mit dem antisemitischen Terror in Bösingfeld im Spätsommer des Jahres 1933.

Die Verfolgung und die Leiden der jüdischen Bevölkerung in Bösingfeld sind bereits in einigen Veröffentlichungen behandelt worden.<sup>3</sup> Die Vorfälle vom September 1933 waren allerdings bislang nicht bekannt. Die Entwicklung des organisierten Antisemitismus und vor allem der NSDAP vor Ort zur mit großem Abstand stärksten politischen Kraft bereits im Jahr 1932 stellt ein Forschungsdesiderat dar.<sup>4</sup> Denn Bösingfeld nimmt

<sup>1</sup> SAARBURGER TAGEBLATT vom 2. Juli 1933. Saarbürg liegt etwa zehn Kilometer von Trier entfernt.

<sup>2</sup> WIENER LIBRARY (London), MF 55/68/2322. Zum Bestand siehe JÜRGEN HARTMANN, Der Bestand „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)“ in der Wiener Library in London und seine Bedeutung für die lippische Regionalgeschichtsforschung; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 13/2012, 43-50.

<sup>3</sup> S. u.a. IMKE TAPPE, „50 Jahre nach der Schreckensnacht, die Kristallnacht genannt wurde“; in: EXTERTALER JAHRESHEFTE, 5/1988, 10-29, sowie DIES., Die Juden im Spannungsfeld von Toleranz und Intoleranz; in: BERND HEISE/MARTIN BÖTTCHER (Hg.), Juden im Extertal. Suchen – Begegnen – Gedenken – Weitergeben. Detmold 2010, 17-88. Dieser Beitrag erschien erstmals bereits 1988 in der Ortschronik Extertal. Hingewiesen sei auch auf das beispielgebende Schulprojekt der Realschule Extertal, das 1988 unter der Federführung von Dietmar Holtgrewe startete. Die Ergebnisse sind verfügbar unter <http://judenimextertal.mwbweb.de/index.htm> (letzter Aufruf: 15. März 2018). ELIEZER (ERNST) SCHLEYER, Die jüdische Familie Schleyer. Detmold 2012. Viele Dokumente des antisemitischen Terrors in Bösingfeld von 1924 und 1933 wurden erstmals präsentiert in: DINA VAN FAASSEN/JÜRGEN HARTMANN (Bearb.), „... dennoch Menschen von Gott erschaffen“ – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung. Bielefeld 1990. Einen Überblick über die Entwicklung jüdischen Lebens im Ort bietet der Ortsartikel „Extertal-Bösingfeld“ von URSULA OLSCHWESKI in: KARL HENGST/URSULA OLSCHWESKI (Hg.): Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Münster 2013, 378-386.

<sup>4</sup> Die Ortschronik Extertal geht auf die letzten Jahre der Weimarer Republik und die „Machtergreifung“ in Bösingfeld nur bedingt ein. Vgl. BERND HEISE, Von Vorstehern und Bürgermeistern zur modernen Kommunalverfassung; in: Extertal. Die Geschichte einer Gemeinde. Als Chronik aufgearbeitet im Auftrag der Gemeinde Extertal, o.O. 1988, 65-134.

im Vergleich mit anderen lippischen Städten und Gemeinden in Dimension und Wucht des antisemitischen Terrors eine Sonderrolle ein. Von keinem anderen Ort des Kleinstaates sind für das Jahr 1933 solche über einen längeren Zeitraum immer wieder aufflammenden und für die jüdischen Bürger bedrohlichen Übergriffe bekannt. Die vorhandenen Dokumente, sowohl im Landesarchiv in Detmold als auch in der Akte des CV, zeugen von beinahe pausenlosen, nicht enden wollenden Exzessen und von skrupellosen Tätern, aber auch von einer mutigen jüdischen Gemeinschaft, die sich trotz Drangsalierungen, Hass und Gewalt verzweifelt mühte, für ihr Recht und ihre Würde einzutreten.

## **Die Synagogengemeinde Bösingfeld und der Antisemitismus in der Weimarer Republik**

Der Flecken Bösingfeld mit seinen um 1930 rund 1.700 Einwohnern verfügte über eine überalterte aber dennoch lebendige jüdische Gemeinschaft. Seit 1916 war der Kaufmann David Kleeberg Vorsteher der Synagogengemeinde, die eine Synagoge und einen Friedhof unterhielt.<sup>5</sup> Die religiöse Einstellung lässt sich als gemäßigt liberal bezeichnen.<sup>6</sup>

Der Arzt Dr. Heinrich Schleyer, der Kaufmann Julius Kleeberg, der Lederhändler Moritz Frankenstein und viele andere jüdische Bürger engagierten sich eifrig im gesellschaftlichen wie politischen Leben, ob im Schützen-, Krieger- und Gesangverein oder in der Freiwilligen Feuerwehr. Julius wie sein Bruder David Kleeberg waren in der Lippischen Fortschrittlichen Volkspartei und später der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aktiv.<sup>7</sup> Moritz Frankenstein, Brandmeister der Feuerwehr, betätigte sich in der Kommunalpolitik. Von vielen geachtet kandidierte er im Januar 1928 auf der bürgerlichen Unparteiischen Liste zur Gemeindewahl. Er wurde von den Bürgern zum Mitglied des die Geschicke des Fleckens bestimmenden Gemeindevorstandes und von diesem Gremium sogar zu dessen Vorsitzendem gewählt. Dieses bedeutende Amt übte er bis zur Neuwahl im Januar 1932 aus. Julius Kleeberg gehörte über viele Jahre hinweg dem erweiterten Vorstand der lippischen Handelskammer an.<sup>8</sup>

Wie der größte Teil der Judenschaft in Deutschland empfanden die Bösingfelder Juden sich als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Schon im Krieg 1870/71 hatten mindestens vier Gemeindevorstandsmitglieder für ihre Heimat gekämpft<sup>9</sup>, im Ersten Weltkrieg waren es beinahe sämtliche über 18 Jahre alten Männer. Bekannt ist, dass Dr. Heinrich Schleyer, der Lehrer Benjamin Katz und der Veteran Moses Kleeberg dem 1919 gegründeten Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) angehörten.<sup>10</sup> Das Engagement für die Gleichberechtigung brachte es mit sich, dass viele außerdem Mitglied der 1893 gegründeten Abwehrorga-

---

<sup>5</sup> Vgl. DEUTSCH-ISRAELTISCHER GEMEINDEBUND UND ZENTRALWOHLFAHRTSTELLE DER DEUTSCHEN JUDEN (Hg.), Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1924/25, Berlin 1924, 147, sowie die Ausgabe für 1932, Berlin 1932, 183. Für 1924 ist die Zahl der Gemeindevorstandsmitglieder mit 37 angegeben, für 1932 sind es 28 Seelen.

<sup>6</sup> Vgl. JÜRGEN HARTMANN, Die Erinnerungen Julius Kleebergs an seine Kindheit und Jugend in Salzuflen und Bösingfeld 1899-1908; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 10/2010, 2-25. Bei diesem handelt es sich um einen Neffen des Kaufmannes Julius Kleeberg.

<sup>7</sup> Zur Tätigkeit in der linksliberalen Fortschrittspartei unter dem Detmolder Reichstags- und Landtagsabgeordneten Adolf Neumann-Hofer s. u.a. die Berichterstattung in der LIPPISCHEN TAGES-ZEITUNG (LTZ) vom 1. März 1910 und 11. Januar 1912.

<sup>8</sup> Vermutlich wurde Julius Kleeberg erstmals 1904 in die Handelskammer gewählt. Vgl. AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 30. November 1904. Im sogenannten Staatshandbuch, das u.a. im LIPPISCHEN KALENDER in Detmold veröffentlicht wurde, ist er auch noch in den 1920er Jahren aufgeführt.

<sup>9</sup> Es handelte sich um Hermann Goldmann, Salomon Goldstein, Moses Kleeberg und Bernhard Frankenstein. Vgl. die Verlustliste jüdischer Soldaten im deutschen Heere im orthodoxen Blatt DER ISRAELIT vom 30. November 1870 (Goldmann, Goldstein) sowie die Notiz über die Auszeichnung Frankensteins mit Eisernem Kreuz und Rosenorden in der SONNTAGSPOST (Lemgo) vom 2. Juli 1871 und in der ALLGEMEINEN ZEITUNG DES JUDENTUMS vom 11. Juli 1871. Kleeberg ist als Veteran von 1870/71 anlässlich der Würdigung zu seinem 90. Geburtstag durch die RjF-Gruppe Schaumburg-Rinteln in DER SCHILD (Organ des RjF) vom 21. April und 13. Mai 1938 genannt.

<sup>10</sup> Ihre Namen finden sich in Artikeln in DER SCHILD vom 26. März 1931 und 19. Mai 1938 im Zusammenhang mit Versammlungsnotizen der Ortsgruppe Schaumburg-Rinteln.

nisation gegen den Antisemitismus, dem Centralverein, waren. Dessen Vertrauensmann vor Ort war der Kaufmann Julius Kleeberg.<sup>11</sup> Dieses ist mit großer Wahrscheinlichkeit der Grund, warum die erhaltenen Eingaben an die Behörden wegen Beleidigungen und Übergriffen aus seiner und Dr. Schleyers Feder stammten. Diese beiden Männer waren es auch, die sich nicht scheuten, in völkischen Versammlungen antisemitischen Hetzern von Angesicht zu Angesicht in direkter Konfrontation entgegenzutreten. Und diese beiden waren es letztlich, gegen die sich der Hass und die Gewalt der Judenfeinde in besonderer Weise entluden.

Antisemitische Anfeindungen gehörten in der politisch aufgeheizten Atmosphäre nach dem November 1918 zu den bitteren Alltagserfahrungen der jüdischen Deutschen. In Detmold vergifteten der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund und die neugegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) das Klima. Auswüchse ließen sich gerade im größtenteils antidemokratisch eingestellten Justizapparat wie auch in den Lehrkörpern und sogar unter der Schülerschaft feststellen. So vermochte es der Studiendirektor des Detmolder Lyzeums, Heinrich Barckhausen, im August 1920 nicht, sich hinter drei jüdische Schülerinnen, darunter Elisabeth Schleyer aus Bösingfeld, zu stellen, nachdem diese von Mitschülerinnen antisemitisch beleidigt worden waren. Selbst im Tragen des Hakenkreuzes durch nichtjüdische Schülerinnen sah der Schulleiter kein Vergehen. Vielmehr unterstellte er der Tochter Heinrich Schleyers, als dieser beim Magistrat der Stadt Detmold Beschwerde einlegte, eine gewisse „Erregtheit“, die seines Erachtens durch den jüdischen Religionslehrer Moritz Rülff verursacht worden sei.<sup>12</sup>

Auch in Bösingfeld zeigte sich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ein durch die Dorfgemeinschaft gehender Riss. Die Gründung einer Ortsgruppe des Jungdeutschen Ordens (Jungdo) im April 1922 sorgte wie in anderen Orten, beispielsweise in Oerlinghausen 1922 und in Horn 1924/25, für eine feindselige Atmosphäre und führte letztlich gar zur Ausgrenzung jüdischer Bürger aus einem Teil des Vereinslebens. Wie weit diese antisemitischen Ressentiments gingen und welche Schlagkraft sie besaßen, zeigte sich beim örtlichen Kriegerverein mit rund 160 Mitgliedern. Im Oktober 1922 schilderte Julius Kleeberg dem Landrat in Brake die Situation:

„Wer zögerte die Mitgliedschaft des ‚Ordens‘ zu erwerben, musste sich die Frage gefallen lassen, ‚Sie sind wohl Judenfreund‘, oder aber eine sehr viel gebrauchte Redewendung war ‚Wir nehmen jeden auf, nur keine Juden, weil die nicht deutsch denken und fühlen können‘. Besonders gehässig bei der Propaganda war der einzige Sprössling eines hiesigen Landwirts, der auf der Reise zur russischen Front krank geworden und den Rest des Krieges auf ‚Schwamm‘ [?] geblieben, nach dem Kriege auf irgendeine Weise mit Erfolg nationalistisch geimpft, jetzt sich als Heldenspieler zeigt. Die Empörung über das ‚Treiben des ‚Ordens‘, der außer antisemitischer Hetze nur noch Zechgelage bis in die Morgenzeit betrieb und durch Straßelärm seiner betrunkenen Mitglieder die Nachtruhe der Bewohner störte, war bei dem besonnenen Teil der Bürgerschaft groß.“<sup>13</sup>

Das Reservoir der Antisemiten umriss Kleeberg wie folgt:

---

<sup>11</sup> Liste der Vertrauensleute des CV-Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete, Dezember 1932; in: WIENER LIBRARY, MF 55/39/1638.

<sup>12</sup> S. Vorgang: Beschwerde beim Magistrat der Stadt Detmold gegen den Studiendirektor Heinrich Barckhausen durch Dr. Heinrich Schleyer, August bis September 1920; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 2907. Der jüdische Lehrer und Prediger Rülff stand über Jahre hinweg im Fokus der antisemitischen Hetze in Detmold. Vgl. WOLFGANG MÜLLER, Moritz Rülff – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 57/1988, 365-432.

<sup>13</sup> Julius Kleeberg an den Landrat in Brake, 28. Oktober 1922; in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 79 Nr. 6844.

„Wie an anderen Orten, so auch hier die gleichen Leute, einige Akademiker, deren Praxis ihnen viel Zeit erübrigt, ein als fanatischer Hetzer bekannter Gastwirt, Landwirtsöhne und Handwerker, darunter viel Verführte, die sich freuen, durch die Auflösung von den infolge ‚Gelübde‘ unlösbaren Fesseln befreit zu sein.“<sup>14</sup>

Als Reaktion gegen die Antisemiten und Demokratieverächter griff Julius Kleeberg zu einer sehr unkonventionellen Maßnahme:

„Empört über die hier sonst nicht gekannte Rassenhetze, die lediglich der einzige Erfolg dieser Leute war, hat der Unterzeichnete die Gelegenheit eines öffentlichen Umzuges, die der ‚Orden‘ unter Vorantragung einer Fahne unter Absingung besonders patriotisch sein sollender Lieder unternahm, einer in seinem Hausgarten an der Hauptstraße befindlichen Vogel-scheuche eine schwarz-weiß-rote Schleife an[gelegt, J.H.]. Zweck dieser Handlung war, den ‚Ordensbrüdern‘ zu zeigen, welcher Art ihr Patriotismus sei und [...] gleich den Verführern akademischen Grades die ihnen gebührende, moralische Ohrfeige zu versetzen.“<sup>15</sup>

Die Aktion sorgte für großes Aufsehen und hatte weitreichende Folgen. Die Jungdo-Mitglieder forderten den Ausschluss Kleebergs aus dem Kriegerverein. Nachdem dessen Vorstand dieses ablehnte, „putschten“ die Jungdo-Männer, enthoben in der schwach besuchten Folgesitzung den Vorstand seines Amtes und wählten kurzerhand einen neuen. Dieser schloss dann „einstimmig“ Julius Kleeberg nach 27 Jahren Mitgliedschaft und auch Dr. Heinrich Schleyer, der zuvor mit einer ausführlichen Rede Partei für diesen ergriffen hatte<sup>16</sup>, wegen „grober Beleidigung“ aus dem Verein aus, wie Kleeberg dem Landrat berichtete:

„Tatsache ist, dass die Reaktionäre von dem Kriegerverein eine Filiale des Jungdeutschen Ordens machen möchten, erklärte doch der Landwirt Riekhof in der Versammlung [des Kriegervereins, J.H.], der Unterzeichnete habe die Vereinsfarben beschimpft, denn sie seien schwarz-weiß-rot und blieben es auch.“<sup>17</sup>

Der kurze Zeit später wieder eingesetzte alte Vorstand unter Bürgermeister Hermann Friedrichs, der den Ausschluss Kleebergs und Schleyers hätte aufheben können, bestätigte diesen jedoch mit 20 gegen 15 Stimmen.<sup>18</sup> Die Folgen waren offenbar noch weitergehende. Die *Lippische Tages-Zeitung* berichtete außerdem über den erfolgten Ausschluss Schleyers aus dem Gesangverein, vermutlich handelte es sich um den MGVC Concordia.<sup>19</sup>

Rund eineinhalb Jahre später kam es während des Reichstagswahlkampfes zu bisher nicht gekannten Auswüchsen. Als der von der deutschnationalen *Lippischen Tages-Zeitung* unterstützte Völkisch-Soziale Block (VSB) am 30. April 1924 eine Versammlung im Rathaussaal in Bösingfeld durchführte, trat ihm dort Dr. Heinrich Schleyer entgegen. In seinem gegen die antisemitischen Hetzer gerichteten Wortbeitrag zitierte er eine Äußerung Martin Luthers, „er sei lieber Sau als Christ“.<sup>20</sup> In der Folge nutzten die Völkischen in

<sup>14</sup> EBD.

<sup>15</sup> EBD.

<sup>16</sup> Die interessante Rede Schleyers ist Anlage zu seinem Schreiben an den Landrat, 12. Dezember 1922; EBD.

<sup>17</sup> Julius Kleeberg an den Landrat, 28. Oktober 1922; EBD.

<sup>18</sup> Der Kriegervereinsvorsitzende, Bürgermeister Friedrichs, an den Landrat, 25. November 1922; EBD.

<sup>19</sup> LTZ vom 3. Mai 1924. Im lippischen Adressbuch ist als einziger Gesangverein in Bösingfeld der MGVC Concordia aufgeführt. Vgl. ADRESSBUCH FÜR DAS LAND LIPPE, Detmold 1926, 960.

<sup>20</sup> Schleyer bezog sich auf eine Predigt des jungen Martin Luther von 1523, darin heißt es: „Denn unsere Narren, die Päpste, Bischöfe, Sophisten und Mönche, die groben Eselsköpfe, sind bisher so mit den Juden verfahren, dass kein guter Christ hätte ein Jude werden mögen. Und wenn ich ein Jude gewesen wäre und hätte solche Tölpel und Knebler den Christenglauben regieren und lehren gesehen, so wäre ich eher eine Sau geworden als ein Christ. Denn sie sind mit den Juden umgegangen, als wären es

gespielter Empörung das seines Zusammenhangs entrissene Zitat als allgemeine Aussage Schleyers gegen den christlichen Glauben. Der VSB wetterte in einem nicht mehr erhaltenen Flugblatt gegen Schleyer und seine Glaubensbrüder als „Judengesindel“. Die *Lippische Landes-Zeitung* beklagte diese „schmähliche Brunnenvergiftung“ durch den VSB und das Organ der Deutschnationalen.<sup>21</sup> Schleyer selbst war bemüht, seine Motive und die Bedeutung des Luther-Zitates zu erklären und veröffentlichte in der *Landes-Zeitung* eine entsprechende Anzeige.<sup>22</sup> Die Synagogengemeinde folgte tags darauf mit einem Appell „an die Mitbürger“, der als Anzeige und als Flugblatt Verbreitung fand.<sup>23</sup> Gänzlich unbeeindruckt davon nutzten Völkische und Nationalsozialisten das losgelöste Zitat jedoch noch über Jahre hinweg in ihrer Agitation.

**Mitbürger!**

Unsere Gegner verbreiten in ihrer Gehässigkeit ein Flugblatt:  
**„Ich wäre lieber eine Sau als ein Christ!“**  
 Diese Äußerung soll Herr Dr. Schleyer in einer Versammlung in Bödingfeld getan haben, um damit unsere christlichen Mitbürger zu beleidigen.

**Mitbürger!**

Wir würden keinen Anstoß nehmen, entschieden von Herrn Dr. Schleyer abzurücken, falls die Äußerung in diesem Sinne gebraucht wäre.

**Mitbürger!**

Das Flugblatt, in dem wir in der schmähslichsten Art und Weise als Juden-  
 gefindel **beleidigt** werden, das in seiner entstellenden Verallgemeinerung den Tat-  
 sachen geradezu ins Gesicht schlägt, zeigt euch, worauf es hinausgeht.

**Auf die Verhöhnung eurer jüdischen Mitbürger.**

**Wie ist nun der Tatbestand?**

In einer öffentlichen deutschvölkischen Versammlung am Donnerstag, 30. April,  
 im Rathausaal in Bödingfeld, in welcher eure jüdischen Mitbürger aufs gehässigste  
 von einem antisemitischen Sprechern beschimpft wurden, sprach auch in der Diskussion  
 Herr Dr. Schleyer und zitierte zur Charakterisierung der gewissenlosen, antisemitischen  
 Volksverhörer den Ausspruch **Martin Luthers** aus seiner Schrift: „Daß Jesus  
 Christus ein geborener Jude sei“:

„Unsere Narren, die Papisten, Bischöfe, Sophisten und Mönche — die großen  
 Esels — haben bisher also mit den Juden verfahren, daß, wer ein **guter Christ**  
 gewesen, hätte wohl mögen ein Jude werden. Und wenn ich ein Jude gewesen  
 wäre, so **wäre ich eher eine Sau geworden, als ein Christ**. Denn sie haben  
 mit den Juden gehandelt, als wären es Hunde und nicht Menschen.“

**Erkennt ihr nunmehr, wie in dem antisemitischen Flugblatt die Tatsachen  
 auf den Kopf gestellt werden, um die Verhöhnung aufs höchste zu steigern  
 und um Zwietracht zu säen zwischen dem guten Einvernehmen der  
 Bödingfelder Bürger.**

**Mitbürger! Nun urteilt selbst.**

**Die Synagogengemeinde Bödingfeld.**

Verlagshaus „Völkblatt“, Detmold.

Abb. 1: Flugblatt der Synagogengemeinde Bödingfeld, Mai 1924.  
 (Quelle: LAV NRW OWL, D 72 Wilhelm Teudt Nr. 95)

Hunde und nicht Menschen.“ Vgl. D. MARTIN LUTHER, Weimarer Ausgabe (WA), 11, Predigten und Schriften 1523, 314.28–315.4.

<sup>21</sup> LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 4. Mai 1924.

<sup>22</sup> LLZ vom 3. Mai 1924.

<sup>23</sup> LLZ vom 4. Mai 1924. Das Flugblatt findet sich in: LAV NRW OWL, D 72 Wilhelm Teudt Nr. 95. Das lippische SPD-Organ arbeitete den Vorfall u.a. mit einem – vermutlich imaginären – Dialog zwischen Völkischen und Nationalsozialisten über Schleyer auf. Vgl. VOLKSBLATT vom 8. Mai 1924.

## Die Radikalisierung der „indifferenten Mitte“ ab 1930

Dr. Heinrich Schleyer beobachtete mit wachsamen Augen und wachem Verstand die zunehmende Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und erlebte die damit einhergehende Erosion einer fragilen bürgerlichen Mitte und ihre Radikalisierung in seinem direkten Lebensumfeld. Schleyer zögerte trotz negativer Erfahrungen nicht, deutlich Position zu beziehen und die mit Antisemitismus und Nationalsozialismus sympathisierenden Zeitgenossen zur Rede zu stellen. Wie andere jüdische Bürger hatte auch er beim Lemgoer Kunstmaler Walter Steinecke Exlibris in Auftrag gegeben. Der Kontakt war vertieft worden, als sich Schleyer in ärztlichen Belangen um dessen kranken Schwiegervater kümmerte. Ein Bericht in einer lippischen Zeitung hatte zu einer Nachfrage Schleyers bei Steinecke geführt, die der wie folgt beantwortete:

„Dass ich Antisemit sein soll, weiß wohl nur der Klatsch in Lemgo und dieser Klatsch hängt wohl mit meinem Austritt aus dem hiesigen Kriegerverein zusammen, der dieser Tage in einem recht gehässigen Artikel in der *Lippischen Post* seine besondere Kennzeichnung fand. Dass dieser Austritt aus einer solch pflaumenweichen Vereinigung nicht mit irgendwelchen antisemitischen Gedanken meinerseits zusammenhängt, das wird wohl nun auch diesen Klatschmäulern klar geworden sein! Ich fand unter den Juden vor und nach dem Kriege manchen Freund und manchen Feind, genau wie unter meinen Stammesgenossen. Ich bin sehr befreundet mit einer Anzahl Franzosen und einigen Engländern und habe amerikanische Verwandte! Warum sollte ich mich nun ausgerechnet zu deutschen Juden in einen Hass geredet haben! [...] Wohl aber bin ich nie einem solchen Misstrauen begegnet, wie es mir von einzelnen Ihrer Stammesgenossen geschah.“<sup>24</sup>

Steineckes Sicht der Juden nicht als Glaubens-, sondern als „Stammesgenossen“ verfestigte sich in den Folgejahren und er näherte sich rasch dem Nationalsozialismus an. 1929/30 wurde er Parteigenosse und wenig später schon einer der wichtigsten Funktionsträger der NSDAP in Lippe. Dabei fiel er durch ein besonders rabiaten Verhalten auf.<sup>25</sup> Seine Ehefrau Grete wurde zu einer glühenden Verehrerin Adolf Hitlers. Das Gedicht „Adolf Hitler spricht in Bösingfeld“ zum Auftritt des NSDAP-Führers während des Landtagswahlkampfes am 4. Januar 1933 ist beredtes Zeugnis ihrer antisemitischen Einstellung:

„Bösingfeld – ein kleiner, kaum bekannter Flecken.  
Wie ein drohender Finger ragt der spitze Kirchturm, weit sichtbar, in den Himmel –  
Und doch beherrscht seine Kirche das Dorf nicht.  
Die zwiebelartige Synagoge hat dem deutschen Dorf ihren fremden Stempel aufgedruckt.  
[...]  
Kleine, gierige, feiste Judenhände greifen nach dem blanken Pflug.  
Kleine, feiste, gierige Judenhände greifen nach dem heiligen Buch.  
Kleine, feiste, gierige Judenhände legen sich besitzergreifend auf die kommende Ernte.“<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Walter Steinecke an Dr. Heinrich Schleyer, 7. Januar 1925; in: LAV NRW OWL, D 87 Wolfgang Müller Nr. 11. Drei Wochen später schrieb Steinecke: „Sie haben ja auch gehört, dass ich bei einem nationalsozialistischen Judenhetzer Beifall geklatscht habe. Das mag sein, ich kann über alles herzlich lachen, auch darüber, dass dieser selbe Mann die Loge als die verworfenste Gesellschaft hinstellte. [...] Warum sind aber die Juden in diesem Grade misstrauisch und säen künstlich solche Misstrauenssaat? Kann man nicht als Deutscher deutsch und national denken, ohne ein sogenannter Judenfresser zu sein!“ Vgl. Steinecke an Schleyer, 27. Januar 1925; EBD.

<sup>25</sup> Vgl. JÜRGEN SCHEFFLER, *Völkische Bewegung, Heimatkunst und NS-Propaganda. Der Künstler Walter Steinecke (1888-1975)*; in: AXEL HALLE/HARALD PILZER/JULIA HILLER VON GAERTRINGEN/JOACHIM EBERHARDT (Hg.), *Das historische Erbe in der Region. Festschrift für Detlev Hellfaier*. Bielefeld 2013, 299-314. Im Handbuch der Reichstagsabgeordneten ist sein Eintritt mit 1929 angegeben, in der Gaukartei mit dem 1. Mai 1930.

<sup>26</sup> Das Gedicht von Grete Steinecke findet sich – leider ohne Quellenangabe – im Faksimile in: VOLKER WEHRMANN, *Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939*. Detmold 1984, 74.

Der Schrumpfungprozess der „bürgerlichen“ Parteien von der liberalen DDP über die rechtskonservative Deutsche Volkspartei (DVP) bis hin zur antidemokratischen DNVP zugunsten der NSDAP vollzog sich in Bösingfeld ab 1930 in einem rasanten Tempo. Noch gegen Ende der 1920er Jahre, bei der Reichstagswahl 1928, verfügten DNVP und DVP über eine Basis von insgesamt über 43 Prozent der Wählerstimmen. Auch die DDP erreichte noch beinahe 7 Prozent. Die SPD verfügte über 31, die KPD über 8 Prozent. Die NSDAP spielte mit 3 Prozent keine Rolle. Die Ursachen dafür, warum gerade im lippischen Nordosten, insbesondere in Bösingfeld, die Nationalsozialisten auf so große Resonanz stießen, lassen sich nur bedingt erklären. Nicht unbedeutend bei der Entwicklung dürfte gewesen sein, dass das nahegelegene Barntrop bereits 1928 ein „Brückenkopf der NSDAP“ war.<sup>27</sup> Die Bevölkerung des Fleckens war zu 98 Prozent evangelisch. Es waren häufig die Landwirte, die selbständigen kleinen Handwerker und die Gewerbetreibenden, die sich radikalisierten und den Nationalsozialismus als Alternative betrachteten, da sie sich der Konkurrenz billiger Industriewaren ausgesetzt und sich steuerlich benachteiligt sahen.<sup>28</sup> Unter den herrschenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwies sich die „Mitte“ somit als eine äußerst fragile Masse.

Das Ergebnis für die Nationalsozialisten bei der lippischen Landtagswahl im Januar 1929 lag in Bösingfeld mit beinahe 11 Prozent bereits sehr deutlich über dem Landesdurchschnitt von 3,3 Prozent. Bei der Reichstagswahl im September 1930 ging in Bösingfeld dann schließlich mit 49 Prozent fast jede zweite Stimme an die NSDAP. Die Bezeichnung als „NSDAP-Hochburg“ ist daher keinesfalls unzutreffend. In Lippe waren es 22,5, im Reich 18,3 Prozent. Alle anderen Parteien hatten deutlich an Zustimmung verloren. Der eindrucksvolle Aufschwung der NSDAP sollte sich bei den folgenden Wahlen fortsetzen wie die nachstehende Tabelle zeigt:<sup>29</sup>

Wahl	NSDAP	DNVP	DVP	DDP/DStP	SPD	KPD	Einheitsliste
R 1924	7,45	22,83	18,62	7,21	30,52	10,09	-
L 1925	0,44	20,24	12,01	6,00	42,93	7,45	-
K 1928 <sup>30</sup>	-	-	-	-	32,01	12,37	49,17
R 1928	3,04	21,79	21,67	6,97	31,05	8,49	-
L 1929 <sup>31</sup>	10,92	6,12	12,00	3,72	30,97	13,92	-
R 1930	49,13	4,02	5,98	2,18	23,47	7,47	-
K 1932	53,66	-	-	-	17,70	15,03	13,60
R 1932	62,33	2,69	2,33	0,08	19,10	12,10	-
R 1932	55,51	4,41	3,08	0,17	19,41	15,97	-
L 1933	56,99	2,60	3,64	0,52	23,37	10,77	-
R 1933	64,57	1,64 <sup>32</sup>	3,29	0,08	19,93	8,64	-

Zur Entwicklung der NSDAP vor Ort lassen sich hier gleichfalls nur bedingt Aussagen treffen. Eine Ortsgruppe bestand seit 1930. Da sie Mitglieder aus dem Nahbereich Bösingfelds einschloss, agierte sie offenbar unter der Bezeichnung Ortsgruppe Nordlippe. Zum damaligen Zeitpunkt existierten sieben NSDAP-Kreise in Lippe, Bösingfeld gehörte zum Kreis 5 unter dem Kreisleiter Wilhelm Wehrmann, der zugleich auch Ortsgruppenleiter war. Im Mai 1931 wurden aus sieben nunmehr vier Kreise. Der Kreis 2 (Brake) unter dem Kreisleiter Walter Steinecke umfasste die Ortsgruppe Bösingfeld. Im März 1932 schließlich waren es nur

<sup>27</sup> Vgl. HANS HÜLS, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik. Detmold 1974, 58.

<sup>28</sup> HÜLS, 76.

<sup>29</sup> R=Reichstagswahl, L=Landtagswahl, K=Kommunalwahl. Die Übersicht wurde zusammengestellt aus Unterlagen des Gemeindearchives Extertal, die der Archivar Bernd Heise dankenswerter Weise zur Verfügung stellte, sowie den Vor- und Nachberichten zu den einzelnen Wahlen in der lippischen Presse. In der Tabelle sind die Ergebnisse der „sonstigen“ Parteien nicht aufgeführt. Das Zentrum erhielt übrigens bei keiner Wahl über 0,5 Prozent der Stimmen. Für Hinweise und Unterstützung danke ich an dieser Stelle auch Dr. Wolfgang Bender und Lars Lüking vom Landesarchiv in Detmold.

<sup>30</sup> Die Liste Hummerbruch, die hier nicht aufgeführt ist, bekam 62 von 962 Stimmen.

<sup>31</sup> Die sonstigen Parteien erhielten 186 von 833 Stimmen. Auf die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei entfielen davon 141 Stimmen (16,9 Prozent).

<sup>32</sup> Die DNVP firmierte mit dem Evangelischen Volksdienst unter der Bezeichnung Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

noch drei Kreise. Bösingfeld – immer noch mit dem Ortsgruppenleiter Wehrmann - gehörte zum Kreis 3 (Lemgo) unter Steinecke. Im ersten Halbjahr 1932 war die Ortsgruppe von 30 auf 50 Mitglieder angewachsen.<sup>33</sup> Der Ortsgruppenleiter Wilhelm Wehrmann, ein Milchkontrolleur, war übrigens erst zum 1. Juli 1931 offiziell in die Partei aufgenommen worden.<sup>34</sup> In Eingaben vom Februar und März 1933 zeichnete dann der Kaufmann Wilhelm Wellmann aus Asmissen für die NSDAP-Ortsgruppe Nordlippe verantwortlich.<sup>35</sup> Sie wurde dann vermutlich im April oder Mai 1933 von Fritz Noltensmeyer, der seit Frühjahr 1932 Vorsitzender der Gemeindevertretung war, als Ortsgruppe Bösingfeld übernommen.<sup>36</sup>

Vor allem im Anschluss an die Reichstagswahl vom September 1930 verstärkte sich die Anziehungskraft der NSDAP auf die bürgerliche Mitte immens. In gleicher Weise verschärfte sich die politische Auseinandersetzung vor Ort. Seit der Kommunalwahl im Februar 1928 setzte sich die Gemeindevertretung aus sieben Bürgerlichen, vier Sozialdemokraten und einem Kommunisten zusammen.<sup>37</sup> Als Vorsteher war der jüdische Lederhändler Moritz Frankenstein ab Herbst 1930 verzweifelt bemüht, den Frieden und die Arbeitsfähigkeit in diesem Gremium zu erhalten. Aus den Reihen der Bürgerlichen waren deutschnational gesinnte Vertreter wie Fritz Noltensmeyer zu den Nationalsozialisten übergelaufen.<sup>38</sup> Im Mittelpunkt der nun einsetzenden nationalsozialistischen Angriffe stand neben dem seit März 1930 tätigen parteilosen Bürgermeister Wilhelm Heinert schließlich auch der Gemeindeausschussvorsitzende Moritz Frankenstein. Anlass boten angebliche Unregelmäßigkeiten Heinerts im Zusammenhang mit dem Sparkassenrevisionsbericht. Wieder einmal fungierte die *Lippische Tages-Zeitung* als lautstarkes Sprachrohr der Republikfeinde. Deutschnationale und Nationalsozialisten nutzten die angespannte Stimmung und beriefen eine „Volksversammlung“ ein, in der sie über die angeblichen Machenschaften des Bürgermeisters „aufklärten“.<sup>39</sup> Geleitet wurde diese vom Maurermeister Brand, der im Frühjahr 1932 übrigens für die NSDAP in das Gemeindeparlament einziehen sollte. In der Sitzung am 14. Oktober 1930 stellten die fünf Vertreter Meier, Noltensmeyer, Meine, Riekhof und Deppe einen Misstrauensantrag gegen den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Moritz Frankenstein. Dieser wäre, sobald es um den Bürgermeister gehe, nicht mehr objektiv. Vorgeworfen wurde Frankenstein im Verlauf der Debatte außerdem, die Anstellungsurkunde für Heinert ohne Prüfung unterschrieben zu haben. Die Anträge wurden mit knapper Mehrheit abgelehnt.<sup>40</sup>

Die politischen Turbulenzen in Bösingfeld verstärkten sich. Selbst als der Amtsausschuss Blomberg und der Lemgoer Landrat Gruner den Bösingfelder Bürgermeister nach Prüfung des Sachverhaltes entlasteten, erhöhten die Nationalsozialisten den Druck. Mittlerweile war auch das sozialdemokratische Gemeindeausschussmitglied Fritz Potthast zu den Nationalsozialisten um Fritz Noltensmeyer übergelaufen.<sup>41</sup> Die

---

<sup>33</sup> Freundliche Auskunft von Dr. Andreas Ruppert, Paderborn, 4. Juli 2017.

<sup>34</sup> Wilhelm Wehrmann, geboren 1904, hatte die Mitgliedsnummer 585.333. Vgl. Mitgliederkarteikarte (Gaukartei); in: BUNDESARCHIV (BARCH), R 9361-IX/47360666. In der Akte zum Ermittlungsverfahren wegen des Verbrennens der schwarz-rot-goldenen Fahne vor dem Rathaus, Februar 1933, ist Wehrmann noch als Ortsgruppenleiter angegeben. Vgl. LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 362.

<sup>35</sup> Wilhelm Wellmann, geboren 1894, besaß die Mitgliedsnummer 387.285. Sein Eintrittsdatum ist mit dem 1. Dezember 1930 vermerkt. Vgl. Mitgliederkarteikarte; in: BARCH, R 9361-IX/47821312.

<sup>36</sup> Fritz Noltensmeyer, geboren 1891, ist unter der Nummer 616.094 mit dem 1. August 1931 in die NSDAP aufgenommen worden. S. Mitgliederkarteikarte; in: BARCH, R 9361-IX/30811564. In einigen Dokumenten findet sich als Schreibweise mitunter auch Noltensmeier. Ausschlaggebend für den Wechsel in der Spitze könnten Probleme mit Wellmann gespielt haben. Das legt das Schreiben eines Parteigenossen an den NSDAP-Kreisleiter nahe: „Es ist jetzt Ruhe in Bösingfeld, da H. und Wellmann unschädlich gemacht sind.“ Vgl. Erwin L. an Kreisleiter, 10. Mai 1933; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

<sup>37</sup> Von der bürgerlichen „Einheitsliste“: Wilhelm Meier, Heinrich Kenter, Fritz Noltensmeyer, August Küster, Moritz Frankenstein, August Meine und Louis Riekhof; SPD: Fritz Potthast, Gustav Vietmeier, Wilhelm Deppe sen. und Julius Budde; KPD: Wilhelm Struck. Vgl. LLZ vom 5. Februar 1928.

<sup>38</sup> Im Wahlkampf zur Gemeindevahl im Januar 1932 beklagte die Unparteiische Liste den Übertritt einiger ihrer früheren Vertreter ins radikale Parteilager. Plakat der Liste 1; in: LAV NRW OWL, L 109 Brake Nr. 1067.

<sup>39</sup> LLZ vom 16. Oktober 1930.

<sup>40</sup> EBD.

<sup>41</sup> LLZ vom 9. November 1930.

NSDAP brachte – offenbar gemeinsam mit der DNVP – einen Volksentscheid zur vorzeitigen Auflösung der Gemeindevertretung auf den Weg. Begründet wurde dieser mit der „Sparkassenangelegenheit“ und dem Gebaren des Bürgermeisters Heinert. Als der Volksentscheid Anfang November 1930 zur Abstimmung stand, votierten nur 227 Wahlberechtigte dafür. Die Hälfte der Wahlberechtigten, also 681, hätte sich jedoch für ihn erklären müssen. Die *Lippische Landes-Zeitung* triumphierte:

„Wir begnügen uns mit der Feststellung, dass nur ein Sechstel der Bevölkerung, den von der *Lippischen Tages-Zeitung* so hartnäckig vertretenen ‚schweren Verfehlungen des Bürgermeister Heinert‘ Gehör schenkte. Der weitaus größte Teil der Einwohnerschaft verlangt nach den stürmischen, die Gemeinde selbst schwer schädigenden Auseinandersetzungen und der Hetze gegen den Bürgermeister, die nunmehr völlig in sich zusammengebrochen ist, Ruhe und Frieden. Mögen die Kreise, die es angeht, aus diesem Urteil die Konsequenzen ziehen!“<sup>42</sup>

Die von der *Landes-Zeitung* und Teilen der Bösingfelder Bevölkerung gewünschte Beruhigung trat nicht ein. Vielmehr sollte sich eine zunehmende Spaltung zeigen. Das NSDAP-Organ *Lippischer Kurier* ist leider für das Jahr 1930 nicht erhalten. Mit welcher Dreistigkeit aber die Nationalsozialisten die Propagandatrommel schlugen, veranschaulichte der antisemitische und der NSDAP nahestehende *Stadtwächter* aus Bielefeld. Im Oktober wurde in diesem Blatt über den „Bürgermeisterstreit“ in Bösingfeld berichtet. Der Verfasser des Artikels ergoss sich in Andeutungen über übermäßige Gehaltsforderungen Heinerts und dessen angebliche Verletzung des Amtsträgergeheimnisses in Sparkassenangelegenheiten. Kurz nach dem gescheiterten Volksentscheid wurde den „Linksparteien“ unterstellt, die Stimmabgabe der Andersgesinnten kontrolliert zu haben, so dass eine geheime Wahl überhaupt nicht möglich gewesen sei.<sup>43</sup>

Der Antisemitismus nahm insgesamt einen bedeutenden Stellenwert in der Propaganda und Agitation der Nationalsozialisten ein. Ein Beispiel der antisemitischen Hetze des *Lippischen Kuriers* vom Herbst 1930 ist erhalten, da es Anlass für einen Beleidigungsprozess vor dem Amtsgericht in Lage bot. Der Redakteur Helmuth Pommerenke hatte in der Ausgabe vom 23. Oktober 1930 einen gehässigen Artikel unter der Überschrift „Wenn sie schraiten Sait‘ an Saitel!“ gegen die Bösingfelder Juden veröffentlicht:

„[...] Und so kommt es auch, dass wir als ganz gewöhnliche Mitteleuropäer mitunter von der Anwesenheit einiger Vertreter dieser sonderbaren ai-Rassemenschen nicht gerade allzu begeistert sind. So ist es auch in Klein-Palästina. [...] denn auf noch nicht 2000 Einwohner beinahe 30 Juden ist etwas reichlich, wo wir doch sonst von den 1% Juden in Deutschland so wie so schon die Nase voll haben.“<sup>44</sup>

---

<sup>42</sup> LLZ vom 11. November 1930.

<sup>43</sup> DER STADTWÄCHTER FÜR BIELEFELD, DAS RAVENSBERGER UND LIPPER LAND vom 13. Oktober und 30. November 1930.

<sup>44</sup> LIPPISCHER KURIER (LK) vom 23. Oktober 1930; in: LAV NRW OWL, D 23 Lage Nr. 2603.

# Wenn sie schreien Saif' an Saite!

Ja, aber wer denn? Nun, Sie können es sich denken, das wenn man a i schreibt, immer eine ganz besonders beliebte Gattung des Menschengeschlechts damit gemeint ist. Wobei ich gleich bemerken möchte, dieses a i Feldgeschrei nicht mit J A zu verwechseln. Denn das letztere ist das Geschrei, des uns bis in die tiefsten Gründe seiner Seele betannten Esels. Und das werden sie mir alle eingestehen müssen, daß zwischen dem Esel und dieser, nun, wie sagt man nur, äh, etwas undefinierbaren Rassenmenschen ein ziemlich großer Unterschied besteht. Und zwar vorzugsweise in der für uns als Gewöhnlichsterblichen noch fast unergründeten Seele der letzteren. Und so kommt es auch, daß wir als ganz gewöhnliche Mitteleuropäer mitunter von der Anwesenheit einiger Vertreter dieser sonderbaren a i Rassenmenschen nicht gerade allzu begeistert sind. So ist es auch, in Klein-Palästina. Kennen Sie es? Nein? Nun, dann lernen Sie es kennen. Ein schöner Ort im Lippischen Norden. Neulich sah man sie einmal alle zu einer Zusammenkunft eilen. Das heißt, nicht daß sie etwa nun beratschlagen wollten, wie sie sich zur Auflösung des Gemeinde-Parlaments stellen wollten; nein, sie wollten Stellung dazu nehmen, ob der „Lippische Kurier“ sich auch reisen würde. Nun weiß man nicht, was dort beschlossen wurde, sondern man sah vorerst nur eine große Masse von einzelnen Gliedmaßen in der Luft herumflattern, die sich bei näherem Anschauen dann als Hände entpuppten. Darum war es mir auch klar, warum dort ein ganz fürchterlicher Krach im Gange war; wenn man zwei Organe dazu braucht, sich verständlich machen zu können, nun dann — — Und dabei waren erst die wenigsten aller dieser wackeren, sonderbaren Luftverkehrs-polizisten auf dem Versammlungsort. War doch eben erst die große Namens-Familie Kleeberg eingetroffen. Da waren der Albert, der David mit Frau und Kind, der Julius mit 3 jungen Mädchen und der Moses mit Frau und zwei Töchtern. Aber das war schon ein Gesaisres. O Gott, o Gott, jetzt kommt Herr Raß seines Zeichens Rabbiner.

„Ach, guten Tag! Nun Moses, deine Großmutter nicht mitgebracht? Wie gehts denn, was? Ach höre, der Schleyer auch schon da? Ja, ja, ist schön von Ihnen.“

„Aber ich bitte, diese Nazis werden wir schon kriegen. Tag, Frau Schleyer, alle 4 Kinder mitgebracht?“

Jetzt kommt die Witwe Jonas Herzberg und Hermann Herzberg nebst Frau. Diese beiden Herzberg-Familien sind eigentlich doch, unzertrennlich, verstehen sich zu gut. Nun fehlt nur noch der Moritz, der Herr Frankenstein, mit Frau und 2 Kindern.

Gott, nain, was mache mer doch firn scheenen großen Hausen. Da kommt er schon. Nun sind wir doch alle da.

„Ja, ja“, stöhnt Herr Schleyer, „dieser Kurier, er macht uns das Leben hier zur Hölle. Gott wie heißt, werden wir ihn doch nicht abonnieren, ist er auch nicht die Hölle, was kann denn dies klaine Blättchen schon für unsern Laib sein. Ain Schaden, nain.“

Da plöählich ertönt aus der einen Ecke der Ruf eines eifrigen Lesers und Werbers des „Lippischen Kuriers“: „Selt man nur ruhig, wir haben auch hier schon verschiedene hundert Leser.“

Gottsdunnen nä, verschlägt das die Sprache. Alle Hände bleiben unbeweglich in der Luft. Bis dann plötzlich der Bann gebrochen wurde, indem sich aus der Ecke ein qualvolles Stöhnen aus dem gerade nicht allzu kleinen Mundes eines nicht gerade dürren Herrn erhob. „Oh je, wann müssen wir denn nun eigentlich nach Palästina?“

Das war die Angst.

Nun, wir können diese Leuten beruhigen; sie wohnen schon in Klein-Palästina, wie dieses schöne Dörfchen genannt wird; denn auf noch nicht 2000 Einwohner beinahe 30 Juden ist etwas reichlich, wo wir doch sonst von den 1 % Juden in Deutschland so wie so schon die Nase voll haben. Stimmts, oder stimmts nicht?

Abb.2: Artikel H. Pommerenkes im Lippischen Kurier vom 23. Oktober 1930.

Die Verunglimpften, die sich durch den Artikel „auf das Schwerste beleidigt“ sahen, stellten bei der Detmolder Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Verfasser. Die Eingaben vom 20. November und 2. Dezember 1930 waren von Julius Kleeberg, Dr. Heinrich Schleyer, Moritz Frankenstein, David Kleeberg, Albert Kleeberg, Moses Kleeberg, Benjamin Katz, Hermann Herzberg und der Witwe Herzberg unterzeichnet. Pommerenke versuchte in seiner Vernehmung im Januar 1931 zu relativieren:

„Bösingfeld wird übrigens allgemein als Klein-Palästina bezeichnet. Ich habe mit dem Artikel nicht die Absicht verfolgt, die darin bezeichneten jüdischen Leute zu beleidigen.“

Das Schöffengericht in Lage, Erscheinungsort des *Lippischen Kuriers*, ließ sich davon nicht beeindrucken und verurteilte den Schreiber zu 125 Mark oder zwölf Tagen Haft wegen Beleidigung der Bösingfelder Juden. Es stellte im Urteil klar:

„Die Äußerungen stellen eine Ehrenkränkung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens dar. [...] Aus dem gesamten Artikel geht hervor, dass es dem Angeklagten nicht an einer sachlichen Darstellung lag, sondern dass er allein den Zweck verfolgte, die Juden zu verspotten.“<sup>45</sup>

Es sollte das letzte Mal bleiben, dass die Bösingfelder Juden in einem solchen Fall rechtlichen Schutz und Genugtuung erfuhren.

<sup>45</sup> EBD. Pommerenke fiel auch später durch eine von Beleidigungen und falschen Behauptungen geprägte Berichterstattung auf, die regelmäßig Klagen zur Folge hatte.

In der Gemeindevertretung war mit dem Übertritt Potthasts von der SPD zur NSDAP eine lähmende Patt-situation entstanden. Schlimmer noch, durch das Verlassen der Sitzung bei bestimmten Tagesordnungs-punkten durch die Nationalsozialisten war das Gremium beschlussunfähig. Im Mai 1931 beabsichtigte der Nationalsozialist Potthast das Thema Sparkassenrevision erneut zu behandeln, der Antrag wurde mit sechs zu sechs Stimmen abgelehnt, die rechtsextreme „Opposition“ verließ unter Rufen der Zuschauer wie „Die Nazis ziehen aus“ den Saal.<sup>46</sup> Die Gemeindevertretung war tatsächlich kaum noch arbeitsfähig.

Der Wahlkampf für die Kommunalwahlen in Lippe am 10. Januar 1932 wurde von den Nationalsozialisten mit großem Aufwand und mit einer hohen Zahl an Veranstaltungen betrieben. Im Dezember 1931 führte die NSDAP in Bösingfeld eine öffentliche Versammlung durch, bei welcher der Parteiredner Wolfgang Bergemann aus Lage verpflichtet worden war. Wie sehr antisemitische Töne in der Agitation eine Rolle spielten und mit welcher verbalen Radikalität und Rohheit das Publikum aufgehetzt wurde, lässt sich an den dokumentierten Passagen ablesen:

„Die Juden werden wir nicht abschlachten, aber die ersten 29 Prozent werden wir in die Schweineställe in die Bergwerke und vor die Hochöfen schicken, und wenn die es satt haben und auswandern, dann kommen die nächsten 29 Prozent heran und so weiter, nur ein Jude soll weiter handeln und wenn der sich tot gehandelt hat, dann wird er von uns in Spiritus ge-  
legt, damit er der Nachwelt erhalten bleibt.“<sup>47</sup>

Die Folge war eine Eingabe wiederum von Julius Kleeberg an den Landrat in Brake, in welcher er sich über den Auftritt beschwerte und um rechtliches Einschreiten ersuchte:

„Es drängt sich die Frage auf, ob die heute noch gleichberechtigten Staatsbürger jüdischen Glaubens es sich gefallen lassen müssen, in einem Rechtsstaate, in dem wir heute doch noch leben, sich öffentlich verhöhnen zu lassen. [...] Bei Behandlung dieser Angelegenheit muss bedacht werden, dass es eine politisch wenig geschulte Landbevölkerung ist, die solche Hetzreden zu hören bekommt und nur zu leicht auf solche unerhörten Gemeinheiten im Sinne des beabsichtigten Zweckes reagiert.“<sup>48</sup>

Der Landespolizeidirektor empfahl den Ortspolizeibehörden, alle Versammlungen mit Bergemann zu über-wachen und diese aufzulösen, falls ähnliche Parolen gegen die jüdischen Staatsbürger gebraucht würden. Der Detmolder Oberstaatsanwalt Dr. Traugott Tornau leitete außerdem ein Verfahren nach § 130 StGB (Aufreizung zum Klassenhass) ein, das jedoch eingestellt wurde.<sup>49</sup>

Die Gemeindewahl am 10. Januar 1932 wurde zu einem Triumph für die NSDAP in Bösingfeld. Die „Un-parteiische Liste 1“, die sich mutig mit einem Plakat gegen die Verleumdungen ihres Listenkandidaten Moritz Frankenstein zur Wehr setzte und dessen „treue, selbstlose und unentgeltliche Arbeit“ herausstrich, wurde nur von der DVP offiziell unterstützt.<sup>50</sup> Sie verlor bei der Wahl 330 Stimmen und rutschte von 49,2 auf 13,6 Prozent ab. Sie verfügte damit nur noch über einen einzigen Sitz in der Gemeindevertretung. Auch die SPD verlor und musste sich mit 17,7 Prozent und zwei Mandaten begnügen. Die KPD kam auf 15 Pro-

---

<sup>46</sup> LLZ vom 3. Mai 1931.

<sup>47</sup> Vorgang: Beschwerde Julius Kleebergs gegen den NSDAP-Redner Wolfgang Bergemann aus Lage wegen antisemitischer Hetze, Januar 1932; in: LAV NRW OWL, L 75 IV.5.3.2.

<sup>48</sup> Julius Kleeberg an Landrat in Brake, 5. Januar 1932; EBD.

<sup>49</sup> EBD.

<sup>50</sup> Plakat der Liste 1; in: LAV NRW OWL, L 109 Brake Nr. 1067. LLZ vom 7. Januar 1932.

zent und verfügte ebenfalls über zwei Sitze. Die NSDAP dagegen konnte mit 53,6 Prozent der Stimmen sieben der zwölf Sitze erringen und die absolute Mehrheit einfahren.<sup>51</sup>

320

## Wir fragen alle:

**Warum**  
**wird mit so viel Lüge und Gehässigkeit gegen unsere Liste Nr. 1 Sturm gelaufen?**  
Weil man schon zu unsauberen Kampfmitteln greifen muß, wenn man die Wahrheit gegen sich hat und mit ehrlichen Waffen nichts ausrichten kann.

**Warum**  
**werden uns geheime politische Absichten von rechts und links unterschoben?**  
Weil eine wahrhaft neutrale Liste den Vertretern des Radikalismus ein Dorn im Auge ist und weil bei uns **alle** Parteien u. Berufssichten zu ihrem Rechte kommen, wenn Sie es **nurehrlich** meinen.

**Warum**  
**soll die Aufrichtigkeit unseres Wollens mit allen erdenklichen Mitteln in Frage gestellt werden?**  
Weil unsere Vertreter auch in Zukunft Herrn Bürgermeister Heinert stützen werden, wenn er weiterhin Unparteilichkeit, Gerechtigkeit und Pflichterfüllung über Einzelinteressen und Vetternwirtschaft stellen wird.

**Warum**  
**die Wut gegen Bürgermeister Heinert?**  
Weil er nicht der Strohmann war, den sich manche Bösingfelder Machthaber gewünscht hatten und weil alle Anfechtungen und Verleumdungen gegen ihn in ein Nichts zerfließen sind.

**Warum**  
**die heftigen Angriffe gegen die alten Gemeindevertreter auf unserer Liste?**  
Weil die übrigen Vertreter der früheren neutralen Liste, die inzwischen ins radikale Parteilager hinübergewechselt sind, sich ärgern, daß nicht alle diese Mauerung mitgemacht haben.

**Warum**  
**wird unser Spitzenkandidat A. Klüster verleumdet?**  
Wohl deshalb, weil er der Arbeitslosigkeit gesteuert und Kleinindustrie nach Bösingfeld gezogen hat, wodurch er innerhalb 5 Jahren 70000,00 RM für Löhne auszahlen konnte.

**Warum**  
**der Kampf gegen den Kandidaten Frankenstein?**  
Weil die Gegner nicht in der Lage sind, die Person von der Sache zu trennen, weil sie das ruchlose Geschrei eines Parteibonzen höher werten als die treue, selbstlose und unentgeltliche (!) Arbeit eines Mannes, der **stets** nur das Wohl der Gemeinde verfolgt hat.

**Warum**  
**der Zorn gegen die Beamtenvertreter unserer Liste?**  
Weil man ihnen nicht mit Geschäftsschädigung durch gewissenlose Hetze beikommen kann und weil sie unserer Liste alle diejenigen Wähler zuführen werden, welche unbestechliche und unparteiische Vertreter in den Ausschuß wünschen.

## Wähler der Gemeinde Bösingfeld!

Bedenkt, daß es hier gilt, einen Kampf gegen Schmutz und Verleumdung auszufechten. Wollt Ihr die nächsten 4 Jahre Ruhe und Frieden in Eurer Gemeinde, wollt Ihr verhindern, daß die bürgerliche Mitte zwischen radikalen Flügelparteien aufgerieben wird, solahnt Euch von bezahlten Hetzern Euer klares Urteil nicht verwirren, sondern

## wählt die unparteiische Liste 1

Der Wahlausschuß. I. A.: Christian Korf.

Abb. 3: Plakat der Unparteiischen Liste zur Gemeindevahl, Januar 1932.  
(Quelle: LAV NRW OWL, L 109 Brake Nr. 1067)

## Bösingfeld unter NSDAP-Mehrheit

Das Parteiorgan *Lippischer Kurier* titelte Mitte Februar 1932 „Bösingfeld ruht im tiefsten Frieden“ und äußerte in hämischer Weise sein Bedauern, dass es nicht mehr zur Behandlung des Misstrauensantrags gegen den ehemaligen Gemeindeausschussvorsitzenden Moritz Frankenstein gekommen sei.<sup>52</sup> Zwei Tage später berichtete die *Lippische Landes-Zeitung* von der ersten Sitzung. Unter großem öffentlichem Interesse wurden die Posten und Funktionen in den kommunalen Gremien besetzt:

<sup>51</sup> Noch erfolgreicher war die NSDAP im nahen Humfeld. Hier holte die NSDAP 321 von 411 abgegebenen Stimmen. Vgl. LLZ vom 12. Januar 1932.

<sup>52</sup> LK vom 17. Februar 1932.

„Dann begannen die Wahlen, die, wie man erwartet hatte, immer ein 7:5-Stimmverhältnis und den völligen Ausschluss der bürgerlichen Volksgemeinschaft, der Sozialdemokraten und Kommunisten ergaben.“<sup>53</sup>

Das politische Interesse der jüdischen Bürger war gemeinhin groß. Mit den großen Erfolgen der NSDAP um 1929/30 zeigte sich in Bösingfeld dasselbe Phänomen, das sich überall innerhalb der jüdischen Gemeinden zeigte: man fühlte sich von den bürgerlichen Parteien DVP und DDP nicht mehr adäquat vertreten und zeigte sich über dortige Tendenzen besorgt. In Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1922 und das Gebaren des Jungdo vor Ort war für die jüdischen Einwohner die Deutsche Staatspartei, der Zusammenschluss von DDP und Jungdo, kaum wählbar. Nach den jüngeren, die anders als ihre Eltern in einer Zeit alltäglicher antisemitischer Hetze und Propaganda aufwuchsen wie die Kinder Schleyers, empfanden nun auch viele ältere Gemeindeglieder Sympathien für die SPD.<sup>54</sup> Dass die Brüder Kleeberg, Moritz Frankenstein und andere daher republikanische Organisationen wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold oder die Eiserne Front mit Spenden unterstützten, wie ihnen von den Nationalsozialisten später vorgehalten wurde, ist darum nicht unwahrscheinlich, zumal der 1907 geborene Bernhard Frankenstein dem Reichsbanner als aktives Mitglied angehörte.<sup>55</sup>



Abb. 4: Leserbrief Ernst Schleyers in der Vossischen Zeitung vom 15. Januar 1933.

Bösingfeld sollte auch aus den beiden Reichstagswahlen 1932 mit starken NSDAP-Ergebnissen hervorgehen. Im Juli waren es 62,3 und im November 55,5 Prozent. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihren nationalsozialistischen Vertretern vor Ort und das Vertrauen in deren Kompetenz scheinen dagegen im Laufe der Monate durchaus gelitten zu haben. Aufgrund der absoluten Mehrheit der NSDAP in der Gemeindevertretung hatte sich außerdem eine engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten, mitunter sogar unter Einbeziehung der KPD entwickelt. Man verständigte sich um die Jahreswende 1932/33 auf die Initiierung eines Volksbegehrens zur Auflösung der Gemeindevertretung.

Vor diesem aber fand die lippische Landtagswahl am 15. Januar 1933 statt, aus welcher die NSDAP zwar weniger gut als erwartet, aber in Bösingfeld mit knapp 57 Prozent weit über dem Landesdurchschnitt (39,48 Prozent), hervorging. Gemeinsam mit DNVP und Evangelischem Volksdienst konnten die Nationalsozialisten in Lippe zur Regierungsbildung schreiten. Der insgesamt nicht überzeugende Wahlausgang geriet mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 schnell in Vergessenheit. Sechs Partei-

<sup>53</sup> LLZ vom 19. Februar 1932.

<sup>54</sup> Dazu MARTIN LIEPACH, Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik. Tübingen 1996. Auch das katholische Zentrum kam für die Stimmabgabe in Betracht.

<sup>55</sup> Vgl. Hinweis auf beschlagnahmte Reichsbanner-Utensilien Frankensteins, die für das Parteiarchiv der lippischen NSDAP in Betracht kamen; in: LAV NRW OWL, L 80 Ia X.2.3.

genossen, darunter das nachgerückte Gemeindeausschussmitglied Wilhelm Amelung<sup>56</sup> und Ortsgruppenleiter Wilhelm Wehrmann, stürmten im Siegestaumel am selben Tag das Rathaus, hissten die Hakenkreuzfahne und verbrannten die vorhandene schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Vorplatz. Die Polizei war während dieses Vorgangs nicht zugegen, wie die *Lippische Landes-Zeitung* zu berichten wusste.<sup>57</sup> Die nachfolgenden Ereignisse werfen ein bezeichnendes Licht auf den „Heldenmut“ der Täter. Beim Verbrennen tönte Amelung noch: „Vierzehn Jahre hat uns diese schwarzrotgoldene Scheiße geärgert.“ Und Wehrmann drohte: „Diese Volksbegehrer, gucken hinter den Gardinen her, heute Abend, wenn es dunkel ist, passiert noch mehr.“ Als jedoch die Strafverfolgung drohte, wurde eilends eine andere schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Dachboden des Rathauses deponiert und bestritten, dass die gemeindeeigene Flagge verwendet worden wäre. Die Staatsanwaltschaft ließ das Verfahren mit Rücksicht auf die „wahrscheinlich zu erwartende Amnestie“ und weil „inzwischen die Reichsfarben gewechselt haben“ ruhen. Am 31. März verfügte dann der Detmolder Oberstaatsanwalt die Einstellung, da die Tat schließlich „im Kampfe für die Erhebung des deutschen Volkes“ begangen worden sei.<sup>58</sup>

Am 2. Februar 1933 machte die KPD in Bösingfeld mobil und führte eine Kundgebung durch, in deren Anschluss sich KPD- und SPD-Anhänger zu einem Demonstrationszug zusammenschlossen. Aus dem Zug heraus wurden Rufe wie „Hitler verrecke!“ laut, die Polizei löste die Demonstration auf.<sup>59</sup> An diesem Tag lief auch die Frist zur Eintragung für das Volksbegehren zur Auflösung der Gemeindevertretung ab. Die *Landes-Zeitung* meldete am Folgetag den erfolgreichen Verlauf, der Volksentscheid würde kommen: „Trotz Terror, Boykott und Grippeerkrankungen sind die für das Volksbegehren erforderlichen Eintragungen erreicht und sogar überschritten worden.“<sup>60</sup> Die Erfolgsmeldung wurde zwei Tage später kassiert. Angeblich waren von 460 eingereichten Unterschriften 72 ungültig und somit die erforderliche Zahl von 434 nicht erreicht. Die Ortsgruppe der NSDAP behauptete in einer Mitteilung, dass „mit allen Tricks gearbeitet, Unterschriften gefälscht“ wurden und „nicht wahlberechtigte Personen sich eingetragen“ hätten.<sup>61</sup> Kurze Zeit später berichtete die *Lippische Landes-Zeitung*, dass beim Landrat Beschwerde eingelegt worden sei und warf die Frage auf, ob sich angesichts der strengen Überwachung durch den Gemeindevorstand überhaupt wie behauptet Einwohner aus Humfeld, Bega oder Göstrup hätten eintragen können.<sup>62</sup> Am 18. Februar befasste sich die Gemeindevertretung mit der Thematik und wählte einen Ausschuss zur Prüfung des Volksbegehrens, der mit sieben Nationalsozialisten sowie Julius Budde (SPD) und Wilhelm Struck (KPD) besetzt wurde.<sup>63</sup> Der seit Januar 1932 weitestgehend kalt gestellte Bürgermeister Wilhelm Heinert erwähnte in einem Schreiben an die Gendarmeriestation Bösingfeld im März 1933, dass sich für das Begehren nicht nur Bürgerliche, Sozialdemokraten und Kommunisten eingetragen hätten, sondern sich unter den 460 Unterschriften auch die von „annähernd 100 Nationalsozialisten“ befänden.<sup>64</sup> Aufgrund der Ereignisse nach dem Reichstagsbrand kam es nicht mehr zu einer Untersuchung der durch die Nationalsozialisten unverhohlen vorgenommenen Manipulationen.

Wilhelm Heinert wurde schließlich Ende März 1933 aus Bösingfeld vertrieben. Falsche Anschuldigungen des Leiters der NSDAP-Ortsgruppe Nordlippe bei der Gendarmerie führten zu einer Haussuchung am 1.

---

<sup>56</sup> Der Kaufmann Wilhelm Amelung, geboren 1900, war unter Nummer 379.095 mit dem 1. Dezember 1930 in die NSDAP aufgenommen worden. Amelung war später als Gauredner bezahlter Funktionär der Gauleitung Westfalen-Nord in Münster. Vgl. Mitgliederkarteikarte; in: BARCH, R 9361-II/12285.

<sup>57</sup> LLZ vom 31. Januar 1933.

<sup>58</sup> Dazu die Unterlagen zum Vorverfahren der Staatsanwaltschaft Detmold, Februar/März 1933; in: LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 362.

<sup>59</sup> REINHARD WULFMEYER, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987, 29.

<sup>60</sup> LLZ vom 3. Februar 1933.

<sup>61</sup> LLZ vom 5. Februar 1933.

<sup>62</sup> LLZ vom 7. Februar 1933.

<sup>63</sup> LLZ vom 19. Februar 1933.

<sup>64</sup> Wilhelm Heinert an Gendarmeriestation Bösingfeld, 10. März 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 377.

März 1933. Den Vorwürfen zufolge sollte Heinert eine Schreibmaschine zu Arbeiten für die KPD und auch die SPD benutzt haben. Heinert, der seit Dienstantritt im Frühjahr 1930 vielfältigen Verleumdungen ausgesetzt war, gegen die er in allen Fällen erfolgreich gerichtlich vorgegangen war, konnte diese Anschuldigungen entkräften. Doch die Behörden verweigerten eine offizielle Bestätigung für deren Haltlosigkeit und Ortsgruppenleiter Wellmann setzte ein weiteres Mal nach. Parteigenossen schlugen des Nachts am 26. März die Wohnungsfenster und die Tür Heinerts ein und versammelten sich draußen vor dem Haus. Heinert und auch seine Ehefrau wurden „auf Empfehlung“ Wellmanns in „Schutzhaft“ genommen. Das Ehepaar ging vorübergehend nach Soest. Der Gendarmerie-Beamte Heinrich Hellweg machte dem „Gemeindevorsteher a.D.“ deutlich, dass eine Rückkehr nach Bösingfeld nicht ratsam sei.<sup>65</sup>

## Der Terror gegen die jüdische Bevölkerung im Frühjahr 1933

Der Terror gegen die jüdische Bevölkerung in Bösingfeld setzte im Februar 1933 ein. Am 22. und 28. Februar wurden des Nachts die Fensterscheiben am Wohn- und Geschäftshaus von Julius Kleeberg zertrümmert.<sup>66</sup> Neben Kleeberg waren Dr. Heinrich Schleyer und Moritz Frankenstein bevorzugte Ziele der nationalsozialistischen Täter. Am 1. März kam es in Folge des Reichstagsbrandes überall in Lippe zu Aktionen der Polizei gegen die KPD. In Bösingfeld unterstützte die SA die Aktion, die von der NSDAP-Ortsgruppe mittels einer Anzeige ausgelöst wurde. Darin waren 19 Bürger als Angehörige oder Sympathisanten der KPD bezichtigt worden, die angeblich über Waffen und Munition verfügten. Unter den Genannten fanden sich selbstverständlich auch die Namen von Julius und David Kleeberg, Moritz Frankenstein und Dr. Heinrich Schleyer.<sup>67</sup> Bei den Kleebergs beschlagnahmte die Polizei Waffen aus dem Ersten Weltkrieg.<sup>68</sup> Julius Kleeberg wurde in „Schutzhaft“ genommen und später vom Amtsgericht Alverdissen zu einer Strafe von 100 Reichsmark verurteilt.<sup>69</sup> Die Waffen wurden der „Hilfspolizei“ überlassen. Die *Lippische Tages-Zeitung* meldete am 3. März höhnisch die Festnahme Kleebergs, der „schon immer durch Unfug aufgefallen“ wäre und führte seine gegen den Jungdo gerichtete Vogelscheuchen-Aktion aus dem Jahr 1922 an.<sup>70</sup> Der *Lippische Kurier* hetzte gleichfalls gegen Kleeberg, der Waffen gehortet hätte und tönte: „Hinter Gittern mit diesem Kerl und Volksverhetzer!“<sup>71</sup> Die *Lippische Landes-Zeitung* unternahm den Versuch, dieser tendenziösen Berichterstattung entgegenzuwirken und hob hervor, dass Kleeberg nichts mit der KPD zu tun habe.<sup>72</sup> Der Kaufmann blieb über mehrere Wochen in Haft.

Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933, die schon nicht mehr unter demokratischen Bedingungen stattfand und bei welcher die NSDAP in Bösingfeld über 64 Prozent erzielte, fühlten sich Partei- und SA-Mitglieder vom Sieg berauscht in ihrem Handeln regelrecht entfesselt. Recht und Ordnung wurden in den folgenden Tagen und Wochen außer Kraft gesetzt. Noch in der Nacht zum 6. März wurden die Fenster der Häuser von Schleyer und Frankenstein eingeworfen. Am 19. und 30. März sowie am 4. April war wiederum

---

<sup>65</sup> Vgl. den umfangreichen Schriftwechsel Heinerts mit Ortsgruppenleiter und Gendarmeriestation, Februar bis April 1933; EBD. Zu den Personalangelegenheiten Heinert s. auch LAV NRW OWL, L 76 Nr. 93. Zu den Auseinandersetzungen um den Bürgermeister im Jahr 1932 s. BERND HEISE, Von Vorstehern und Bürgermeistern zur modernen Kommunalverfassung; in: Extertal. Die Geschichte einer Gemeinde. Als Chronik aufgearbeitet im Auftrag der Gemeinde Extertal. O.O. 1988, 65-134 (hier: 111-112).

<sup>66</sup> Die im weiteren Verlauf des Beitrags folgende Darstellung der Übergriffe im Zeitraum vom 22. Februar bis 24. September 1933 basiert vor allem auf den sogenannten Morgenmeldungen der Gendarmeriestation Bösingfeld an den Landespolizeidirektor. Vgl. Morgenmeldungen vom 7. März, 7. Juni und 24. September 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.15 Nr. 70; sowie dem ausführlichen Bericht der Gendarmeriestation an den Landespolizeidirektor, 17. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 377.

<sup>67</sup> LAV NRW OWL, D 23 Alverdissen Nr. 1177 und LLZ vom 2. März 1933.

<sup>68</sup> Vgl. Liste beschlagnahmten und eingezogenen „volks- und staatsfeindlichen Vermögens“, Positionen 65 und 72; in: STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 23. Dezember 1933.

<sup>69</sup> LAV NRW OWL, D 23 Alverdissen Nr. 1177.

<sup>70</sup> LTZ vom 3. März 1933.

<sup>71</sup> LK vom 2. März 1933.

<sup>72</sup> LLZ vom 4. März 1933.

das Haus der Familie Julius Kleebergs Ziel von Steinwürfen. Da der Kaufmann sich noch in Haft befand, waren seine Ehefrau Grete und die elfjährige Tochter Karoline, aber auch die dort wohnenden Geschäfts- und Hausangestellten den sich fortsetzenden nächtlichen Anschlägen ausgeliefert. Am 8. April wendete sich die verzweifelte Frau Kleeberg an den Landespolizeidirektor:

„Ich schutzlose Frau muss dauernd neue Terrorakte über mich ergehen lassen, die nicht nur mir, sondern auch dem Personal jeden Schlaf rauben, und uns seelisch wie körperlich erschöpfen. In meiner Verzweiflung wende ich mich an die Landespolizeibehörde mit der ergebenen Bitte um Schutz fürs Haus und seine Bewohner [...] denn ich bin am Ende meiner Kräfte und treibe der Katastrophe zu.“<sup>73</sup>

Dr. Heinrich Schleyer hatte sich bereits eine Woche zuvor, am Vorabend des Boykott-Tages, mit der Bitte um Hilfe offenbar an die Lemgoer NSDAP-Kreisleitung, und damit an Walter Steinecke, gewandt:

„Im Vertrauen auf Ihren Gerechtigkeitssinn entschieße ich mich endlich, Sie in dem schweren Kampfe, den wir seit Wochen zu führen haben, um Beistand zu bitten. Fast jeder Tag erneuert und verstärkt die Leiden und Quälereien, denen wir bisher schon ausgesetzt waren. In der letzten Nacht [30./31. März, J.H.] erschienen SA- Leute vor unserer Haustür und beschmiereten - ungeachtet meiner Proteste die Glasfüllungen der Haustür, den Fußboden der Vorflure und die Fliesen vor der Haustreppe mit blutroter Ölfarbe; auf den Fliesen liest man: ‚Weg mit Juda‘. Wenn ich recht unterrichtet bin, sollten bei dem Boykott gegen die Juden Personen und Sachen keinen Schaden nehmen. Trotzdem behandelt man mich so; einen Mann, der sich freiwillig in's Feld gemeldet hat, schwer verwundet wurde und das EK II und EK I erhielt; einen Mann, der stets mit Liebe an seinem Deutschtum hing, seine Kinder in diesem Geiste erzog und nie auch nur die geringste Beziehung zu kommunistischen Ideen gehabt, ja Zeit seines Lebens keiner Partei angehört und seit etwa 10 Jahren auch jede politische Bestätigung vermieden hatte. Die gleiche Behandlung wie mir widerfuhr auch dem Kaufmann M. Frankenstein, einem braven und geachteten Bürger Bösingfelds, dessen Vater schon das EK aus dem Kriege 70/71 besessen hatte, der selbst das EK II, das Lippische Verdienstkreuz, mehrere Feuerwehrauszeichnungen erworben hat und um die Gemeinde erhebliche Verdienste hat. Auch der steht jedem Marxismus fern. In schlimmer Lage befindet sich die Familie des in Schutzhaft befindlichen Kaufmanns J. Kleeberg, die, jeden männlichen Schützer entbehrend, in der vergangenen Nacht telefonisch die Polizei zu Hilfe rufen musste. Welche Perspektiven eröffnen sich dem jüdischen Bürger auf dem Lande, wenn die Kaufleute, wie es heute Abend geschah, genötigt werden, Plakate auszuhängen des Inhalts: ‚An Juden werden Waren nicht verabfolgt!‘ Ich hoffe, dass Sie, sehr geehrter Herr, Verständnis für unsere Lage und den Wunsch und die Möglichkeit haben werden, sie etwas zu erleichtern.“<sup>74</sup>

Die Gendarmerie-Station Bösingfeld wusste dem Landespolizeidirektor Mitte April zu berichten, dass bei Julius Kleeberg das Firmenschild mit roter Farbe übermalt worden sei. Als Täter wurden der Kaufmannslehrling Waldemar W.<sup>75</sup>, dessen Rolle später noch einmal genauer betrachtet werden soll, und der Bäcker-geselle D. festgestellt:

---

<sup>73</sup> Grete Kleeberg an Landespolizeidirektor, 8. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 377.

<sup>74</sup> Dr. Heinrich Schleyer an Unbekannt (vermutlich NSDAP-Kreisleiter Walter Steinecke), 31. März 1933; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

<sup>75</sup> Waldemar W., geboren 1913, wurde seit dem 1. August 1932 unter der Nummer 1.264.646 als Mitglied der Partei geführt. Vgl. Mitgliederkarteikarte; in: BARCH, R 9361-IX/49580876.

„Die Genannten sind Mitglieder der NSDAP und ist [Waldemar, J.H.] W. sofort von seinem Lehrherrn, Getreidehändler M., [...] vorläufig entlassen [worden].“<sup>76</sup>

Mittlerweile war Julius Kleeberg aus der Haft zurückgekehrt, aber weder er noch seine verängstigte Ehefrau wollten eine Anzeige wegen Sachbeschädigung stellen. Gendarmerie-Meister Hellweg dachte nicht daran, von Amts wegen eine strafrechtliche Verfolgung einzuleiten.

Die zahllosen Taten waren ausnahmslos das Werk von Nationalsozialisten und SA-Männern. Eine Beteiligung aus der Bösingfelder Bevölkerung heraus ist nicht belegbar. Dieser aggressive Antisemitismus der Tat griff im März und April 1933 in vielen Regionen Deutschlands um sich. Übergriffe, Razzien und Verwüstungen waren an der Tagesordnung. Die Polizei schritt zumeist nicht ein und verzichtete auf die Ermittlung der Täter.

Die lokalen Parteigruppen setzten mit diesen Aktionen und mit zahlreichen Eingaben auch die Behörden unter Druck. Die Folge war die Akzeptanz rechtswidriger Maßnahmen und damit die rasante Erosion des Rechtsstaates. Am 13. März forderte die Ortsgruppe Nordlippe unter ihrem fanatischen Ortsgruppenleiter Wellmann das Landespräsidium auf, Dr. Schleyer die jährliche Impfung der Schulkinder zu entziehen.<sup>77</sup> Das Landespräsidium übertrug die Aufgabe daraufhin dem Kreisarzt. Zwei Wochen später erging die Aufforderung an die Krankenkassen, ihre Mitglieder nicht mehr an jüdische Ärzte zu überweisen.<sup>78</sup> Die Lippische Ärztekammer bat Dr. Schleyer übrigens wenig später, „mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschenden Grundsätze über die Gleichschaltung“ seinen Verzicht auf den Sitz in ihrem Ehrengericht zu erklären, „um allen weiteren unangenehmen Schritten aus dem Weg zu gehen.“<sup>79</sup> Auch Moritz Frankensteins Antrag auf eine Genehmigung zur Errichtung einer Anlage zum Trocknen und Einsalzen ungegerbter Tierfelle wurde kurzerhand abgelehnt. Frankenstein reichte Widerspruch ein und ließ sich vom jüdischen Anwalt Dr. Alfred Hirschfeld aus Detmold vertreten. Trotz des positiv ausfallenden Gutachtens wurde die Klage zwei Jahre später abgewiesen. Die Gerichte urteilten willkürlich.<sup>80</sup>

### **Die Boykottaktion vom 1. April 1933**

Der Boykott gegen jüdische Geschäfte war kein unbekanntes Instrument, es war schon immer im Repertoire der Antisemiten zu finden. Nun allerdings wurde er staatlich und im großen Rahmen organisiert. Der Aufruf zur „Abwehr gegen jüdische Gräuelpopaganda“ erschien am 27. März in den deutschen Zeitungen. Tags darauf wurde die Bildung von offiziellen Aktionskomitees für den Boykott am 1. April 1933 vor Ort angeordnet. Der Bösingfelder Boykottausschuss bestand aus den vier Parteigenossen Wilhelm Amelung, Heinrich Wehrmann, Paul Söfker und Fritz Lange.<sup>81</sup> Gerade die drei letztgenannten waren – wie sich noch zeigen sollte – mitunter mehrmals an „Einzelaktionen“ gegen die jüdische Bevölkerung aktiv beteiligt.

In Lippe blieb die Aktion eine auf eifrige Partei- und SA-Anhänger beschränkte Handlung, die nicht den Erfolg zeitigte, wie ihn sich die NSDAP eigentlich gewünscht hatte. Der verhaltenen Berichterstattung der lippischen Presse zufolge scheinen die in einigen Orten stattgefundenen „wilden“ Aktionen des 11. März gegen politische Gegner und jüdische Geschäfte wesentlich umfassender und radikaler verlaufen zu sein.

<sup>76</sup> Gendarmeriestation Bösingfeld an Landespolizeidirektor, 17. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 377.

<sup>77</sup> NSDAP-Ortsgruppe Nordlippe an Landespräsidium, 13. März 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.11 Nr. 665.

<sup>78</sup> NSDAP-Ortsgruppe Nordlippe an Lippischen Kurier, 4. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

<sup>79</sup> Lippische Ärztekammer an Dr. Schleyer, 21. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.11 Nr. 302.

<sup>80</sup> Vgl. Vorgang: Widerspruch Frankensteins wegen Versagung der Genehmigung für eine Anlage zum Trocknen von Tierfellen, 1933; in: LAV NRW OWL, L 80 Ib F Nr. 59. Vorgang: desgl., 1933-1935; in: KREISARCHIV LIPPE (KAL), K 2 Lemgo Nr. 1182.

<sup>81</sup> NSDAP-Ortsgruppe Nordlippe an den Lippischen Kurier, 4. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

Eine nennenswerte Beteiligung der Bevölkerung am Boykott-Tag lässt sich in Lippe nirgendwo feststellen. In Bösingfeld postierten sich SA-Männer mit Schildern, auf denen geschrieben stand: „Achtung! Dieser Jude gehört nach Palästina!“, vor dem Geschäft Julius Kleebergs.



Abb. 5: SA-Posten vor Kleebergs Geschäft am 1. April 1933.  
(Quelle: unbekannt)<sup>82</sup>

Sieben Geschäftsleuten aus Bösingfeld gingen die Anweisungen des Boykottausschusses und die „angewandte Art und Weise der Durchführung“ zu weit. Sie richteten am 2. April ein Schreiben an das Zentralkomitee zur Abwehr jüdischer Gräueltaten in München. Zur einleitenden Erklärung, dass man bei Wahlen die NSDAP unterstützt hätte und mit den Aktionen „mehr als einverstanden“ sei, „da diese doch nur zum Schutze unseres Standes unternommen werden“, beklagten die Unterzeichner, dass die durchführenden Personen „Übergriffe nicht scheuen und willkürlich und persönlich handelten“. Ihre Kritik entzündete sich an einer Maßnahme des sogenannten passiven Boykotts, und zwar am Befehl, Schilder mit der Aufschrift „Hier wird an Juden Ware nicht verabfolgt“ auszuhängen. Diese Maßnahme richte sich gegen die „christliche, schwerringende Geschäftswelt“:

„Für uns ist es doch richtiger, den Juden die Möglichkeit zu geben, ihr Geld in unseren Geschäften auszugeben, anstatt nach außerhalb fahren zu lassen, um bei ihren Stammesgenossen zu kaufen.“<sup>83</sup>

Der verantwortliche Parteigenosse Wilhelm Amelung schäumte ersichtlich vor Wut und reagierte mit einer Stellungnahme im *Lippischen Kurier*:

<sup>82</sup> Das Foto findet sich in KLAUS-MICHAEL MALLMANN/MARTIN CÜPPERS, *Nazi Palestine. The Plans for the Extermination of the Jews in Palestine*. New York 2010, 167. Eine Quellenangabe ist nicht vorhanden. Trotz Nachfrage beim Autor Mallmann und intensiver Recherchen in Archiven ließ sich die Herkunft nicht ermitteln. Der amerikanische Verlag existiert nicht mehr. In der deutschen Originalausgabe ist das Foto nicht enthalten, vgl. DIES., *Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich“, die Araber und Palästina*. Darmstadt 2006. Hinweise auf die Quelle nimmt die Redaktion von Rosenland gern entgegen.

<sup>83</sup> Bösingfelder Geschäftsleute an Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel-Boykotthetze [sic], 2. April 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 377.

„Bei der Boykottaktion gegen das Judentum konnte man so recht einmal wieder die wahre Gesinnung einiger Bösingfelder Spießbürger sehen. Man soll es nicht für möglich halten, dass es noch jetzt, nachdem wir Nationalsozialisten auch hier in Bösingfeld für Aufklärung gesorgt haben, noch Menschen gibt, die sich am liebsten für die Juden in Stücke schlagen lassen.“<sup>84</sup>

Seinem Ärger verschaffte Amelung Luft, indem er die Unterzeichner des Protestes, ohne diesen jedoch zu benennen, verunglimpfte. Es handele sich um Bösingfelder, die noch immer mit den Juden Geschäfte machen würden. Jeden einzelnen der Unterzeichner stellte er namentlich in seinem „Leserbrief“ an den Pranger:

„Wir wollen Ihnen, Herr V., aber den wahren Grund Ihres Verhaltens einmal nennen: Er heißt krassester Materialismus! Erstens sind Sie bange, dass Sie dadurch Ihren Mieter, den Juden Kleeberg, verlieren, und zweitens, dass Sie dann nicht mehr Ihre koschere Margarine an die Juden verkaufen können. Wir können Sie aber trösten: Lange wird es nicht mehr dauern, dann werden Sie der Sorge für beide Befürchtungen enthoben sein. Denn das Fremdengesetz wird kommen, und damit auch die Ausweisung für alle Volksschädlinge. Oder rechnen Sie die Judenfamilie Kleeberg nicht dazu? Wir Nationalsozialisten aber ganz bestimmt. [...] Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Wer den Kampf des Nationalsozialismus aufhalten will, heute noch, der wird bekämpft werden wie jeder Marxist von uns bekämpft wird, nämlich als Volksverderber und Verräter.“

Sein abschließender Appell lautete:

„Besinnt euch wieder auf euer deutsches Blut, steht jetzt endlich zu euren Volksgenossen! [...] Noch immer ist das gekommen, was unser Führer gewollt hat. Auch diesmal wird seine Forderung nach dem Fremdengesetz sich durchsetzen. Wie ihr es wollt, ob mit oder gegen euch, kommen wird es! Und dann werden auch euch Profitjägern die Augen schrecklich geöffnet werden.“<sup>85</sup>

Bedenken eines Parteigenossen aus Lage, der vermutlich als „Hilfspolizist“ in Bösingfeld im Einsatz war, gingen in eine andere Richtung. Fünf Wochen nach der Boykottaktion denunzierte er den NSDAP-Ortsgruppenleiter Fritz Noltensmeyer beim Kreisleiter als zu lasch. Noltensmeyer hätte sich bei den Juden für die Vorkommnisse am Boykott-Tag entschuldigt und sogar für Julius Kleeberg, der in Detmold in Haft saß, verwendet. Ob dieser Verdächtigung ein wahrer Sachverhalt zugrunde lag und mit welchen Konsequenzen eine vom Kreisleiter anberaumte Besprechung für den Denunzierten oder den Denunzianten ausgegangen ist, ist nicht bekannt. Zu einem Parteigerichtsverfahren kam es offenkundig nicht, Noltensmeyer behielt seine Funktionen.<sup>86</sup>

Die *Lippische Tages-Zeitung* vermochte aber immerhin einen Erfolg der Aktion zu vermelden. Bei Durchsuchungen in Barntrop waren „Hilfspolizisten“ auf ein Spendenverzeichnis der Eisernen Front gestoßen. Nun wurden Julius Kleeberg, Dr. Heinrich Schleyer und Moritz Frankenstein getreu dem propagierten Zerrbild der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ als „wahre Geldgeber“ der Organisation an den Pranger gestellt.<sup>87</sup>

---

<sup>84</sup> LK vom 4. April 1933.

<sup>85</sup> EBD.

<sup>86</sup> Erwin L. an NSDAP-Kreisleiter, 10. und 11. Mai 1933; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

<sup>87</sup> LTZ vom 2. April 1933.

Nach der Boykottaktion ließen die wilden nächtlichen Überfälle auf jüdische Wohn- und Geschäftshäuser tatsächlich vorerst nach. Am 4. April wurde zwar die Familie Julius Kleeberg noch einmal heimgesucht, aber es kehrte für einige Wochen Ruhe ein. Erst Anfang Juni 1933 wurden sowohl bei Julius als auch bei David Kleeberg und Moritz Frankenstein wiederum die Fensterscheiben zertrümmert.<sup>88</sup> Der Ausschluss der Juden aus der Bösingfelder „Volksgemeinschaft“ setzte sich im April und Mai in den Vereinen fort. Moritz Frankenstein wurde durch die neue Landesregierung als Brandmeister abgesetzt. Er wurde gleichfalls aus der Feuerwehr ausgeschlossen.<sup>89</sup>

### Die Ausschreitungen vom September 1933

Mit der Einrichtung eines Lagers des Reichsarbeitsdienstes (RAD) in Bösingfeld im Spätsommer 1933 erlebte der alltägliche Terror ein neuerliches Aufflammen in einer bisher nicht gekannten Dimension. Die Kenntnis über die Vorfälle im September des Jahres entstammt der eingangs genannten Akte des CV. Darin befindet sich eine Eingabe der Synagogengemeinde Bösingfeld an den Lemgoer Landrat in einer Erstfassung vom 14. September und einer erweiterten Fassung, die vermutlich vom 23. September 1933 stammt. Verfasser waren Dr. Heinrich Schleyer und Julius Kleeberg, die einleitend feststellten:

„Seit einiger Zeit hat die jüdenfeindliche Betätigung in Bösingfeld eine solche Verschärfung gezeigt, dass wir uns ständig bedroht fühlen und der Zukunft mit Besorgnis entgegensehen müssen.“<sup>90</sup>



*Abb. 6: Männer des RAD-Lagers in Bösingfeld, August 1933.  
(Quelle: Sammlung J. Hartmann)*

Im Schreiben vom 23. September führten sie zahlreiche Fälle immer hemmungsloser werdender antisemitischer Übergriffe an. Zu Beginn berichteten sie von einem Vorfall vom 5. September 1933. Am Abend jenes Tages hatten die SA-Männer Waldemar W. und Söfker mit weiteren Leuten vor dem Geschäft Julius Kleebergs Stellung bezogen. Es ging um den angeblichen Ladenbesuch eines SA-Manns, dessen Name

<sup>88</sup> Morgenmeldung der Gendarmeriestation Bösingfeld, 7. Juni 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.15 Nr. 70.

<sup>89</sup> Vorgang: Abberufung Frankensteins als Brandmeister, März/April 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 674.

<sup>90</sup> Synagogengemeinde Bösingfeld an Landrat in Brake, 14. und 23. September 1933; in: WIENER LIBRARY, MF 55/68/2322.

Kleeberg nennen sollte. W. habe dabei gedroht: „Wenn Sie jetzt nicht die Wahrheit sagen, müssen Sie sehen, ob Ihr Haus morgen früh noch steht.“<sup>91</sup>

Die Verängstigung und die Sorgen der Juden in Bösingfeld kamen nicht von ungefähr, denn auch körperliche Gewalt gehörte zu den traurigen Erfahrungen, die einige von ihnen machten. Schleyer und Kleeberg schilderten einen Überfall auf Bernhard Frankenstein in der zweiten Augushälfte. Als dieser sich eines Abends in der Wirtschaft ‚Waldfrieden‘ aufhielt, wurde er von SA-Leuten aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Wiederum war Waldemar W. der Rädelsführer. Der Wirt griff beschwichtigend ein und erklärte, er könne letztlich bestimmen, wer bei ihm verkehre. Frankenstein entfernte sich dennoch, wurde aber von etwa 40 Männern verfolgt, die ihn wiederholt so malträtierten, dass er am nächsten Tag ärztlicher Hilfe bedurfte.<sup>92</sup>

In welchem Maße die Insassen des RAD-Lagers die ohnehin bestehende Bedrohung verschärften, verdeutlicht ein weiterer Teil der Eingabe:

„In Bösingfeld befindet sich seit einiger Zeit ein Arbeitslager, das mit etwa 20 Leuten belegt ist. Täglich ziehen diese durch den Ort, unter Absingung judenhetzerischer Lieder: ‚Stellt die Juden und die Bonzen an die Wand‘ – ‚Wenn das Judenblut vom Messer spritzt‘ – ‚Der Jude hauste fürchterlich‘. Der 85jährige Moses Kleeberg wurde von Angehörigen des freiwilligen Arbeitsdienstes belästigt, ebenso die Angestellte der Firma S. Kleeberg, Fräulein Cohn<sup>93</sup>, der ‚Juda verrecke‘ zugerufen wurde. Vor dem Geschäft der Firma S. Kleeberg wurde von den Arbeitsfreiwilligen ‚Knoblauch‘ und ‚Wenn das Judenblut‘ usw. gerufen. Das am Eingang des Wohnhauses des Dr. Schleyer befindliche Arztschild wurde vor 14 Tagen nachts gänzlich zerstört. Als Herr Dr. Schleyer eines Abends mit seiner Frau von der Hauptstraße in eine Seitenstraße einbog, weil auf der Hauptstraße viele SA-Leute und Arbeitssoldaten standen, wurde gerufen: ‚Jude hat Angst‘. Wiederholt wurden antisemitische Rufe laut, wenn vom Schleyerschen Hause Autos abfahren. Einem Mitgliede der Synagogengemeinde wurde vertrauensvoll folgendes mitgeteilt: Die Arbeitssoldaten haben gesagt: Nächsten Winter werden wir dem Dr. Schleyer die Fensterscheiben einschlagen, dass auch nicht eine Scheibe ganz bleibt. Den Kindern des Dr. Schleyer werden wir aufpassen, wenn sie mit dem Rade zum Bahnhof fahren, und einen Strick über die Straße ziehen. Der dies erzählte, beteuerte, dass diese Drohungen gefallen sind, er verlangte aber unbedingte Geheimhaltung seines Namens, da er sonst selbst in Gefahr kommen würde.“<sup>94</sup>

Kleeberg und Schleyer schlussfolgerten:

„Diese Drohungen und die [...] angegebenen Tatsachen zeigen, dass in Bösingfeld eine Judenhetze betrieben wird, die das Schlimmste befürchten lässt. Wir würden diesen Drohungen weniger Gewicht beilegen, wenn uns die Ereignisse des Frühjahrs nicht gezeigt hätten, wie leicht diese Drohungen in Bösingfeld in die Wirklichkeit umgesetzt werden.“<sup>95</sup>

---

<sup>91</sup> EBD.

<sup>92</sup> EBD.

<sup>93</sup> Neben Fräulein Cohn gab es weitere jüdische Bedienstete in Geschäft und Haushalt Julius Kleebergs. Als Zeuginnen von Vorfällen wurden Thea Rosengarten und Gertrud Bendix genannt. Da ergänzende Angaben zu den drei Frauen fehlen und die Meldeunterlagen nicht mehr vorhanden sind, konnten deren Schicksale leider nicht geklärt werden.

<sup>94</sup> EBD.

<sup>95</sup> EBD.

Zu den beschriebenen Fällen kamen weitere hinzu. Vor allem das nächtliche Einwerfen von Fensterscheiben in den Häusern jüdischer Familien entwickelte eine kaum zu steigernde Regelmäßigkeit. Schließlich eskalierte die Situation durch den Gebrauch von Schusswaffen, wie Kleeberg und Schleyer dem Landrat weiter darlegten:

„Es ist uns daher kaum noch möglich, unbehelligt über die Straßen zu gehen. Alle diese Vorfälle aber wurden übertrumpft durch die Ereignisse in der Nacht vom 20. auf den 21. ds. Mts. In dem Geschäftshause der Firma Kleeberg wurden die Schaufensterscheiben zertrümmert und das darüber befindliche Schlafzimmerfenster eingeworfen. In der Wohnung des Herrn D. Kleeberg [...] wurden die Fenster des Wohnzimmers und des Fremdenzimmers eingeworfen. In dem Hause des Herrn Dr. Schleyer wurden Scheiben der Veranda eingeworfen, vor dem Frankensteinschen Hause wurde geschossen. Als im Hause Licht angedreht wurde, wurde vor dem Hause gerufen: ‚Licht aus, hier wird geschossen‘. Im Ganzen fielen vier Schüsse. Auch vor dem Schleyerschen Hause wurde geschossen. Wir bitten daher den Herrn Landrat, die zuständigen Stellen in Bösingfeld anzuweisen, der Judenhetze entgegenzuwirken und sie zu veranlassen, für die Ruhe in Bösingfeld und die Sicherheit der jüdischen Bewohner Sorge zu tragen. Es liegt auch im Interesse der wirtschaftlichen Lage Bösingfelds, dass der fortdauernden Verhetzung ein Ende gemacht wird.“<sup>96</sup>

In der Akte des Centralvereins ist außerdem die Durchschrift einer Eingabe der Synagogengemeinde an den Führer des RAD-Lagers, Rittmeister a.D. von Alten, vom 23. September 1933 enthalten. Neben dem Hinweis, dass männliche Mitglieder der Gemeinde während des Ersten Weltkrieges als Soldaten ihren Dienst am Vaterland leisteten, wurden die antisemitischen Anfeindungen der RAD-Männer beschrieben:

„Es ist Ihrer Aufmerksamkeit wohl entgangen, dass im Laufe der letzten Wochen Mitglieder der jüdischen Gemeinde Bösingfeld dauernden Belästigungen und Beschimpfungen durch die Ihnen unterstellten Angehörigen des hiesigen Arbeitslagers ausgesetzt waren. Wir mussten zu unserem Bedauern feststellen, dass kein Tag verging, ohne dass ältere Leute oder gar Kinder mit Hohngelächter, mit Zurufen wie: ‚Juda verreckel‘ ‚Isaak-Isidor‘ oder mit Liedern folgenden Inhalts: ‚Stellt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand‘ – ‚Wenns Judenblut vom Messer spritzt‘ – ‚Wetzt die langen Messer, schneidet den Juden die Bäuche auf‘ – empfangen wurden. Wir stellen weiter fest, dass diese Lieder, die früher in Bösingfeld nicht bekannt waren, jetzt auch von Kindern gesungen werden.“<sup>97</sup>

Die zweite Seite dieses Schreibens ist in der Mikroverfilmung leider nicht enthalten. Die erste endet mit der irrigen Annahme, dass die Exzesse wohl die Missbilligung des Lagerführers finden würden. Von den unternommenen Schritten unterrichtete die Synagogengemeinde die Hauptgeschäftsstelle des CV in Berlin, die wiederum den Geschäftsführer des zuständigen CV-Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete in Herford, Siegmund Goldmann, anwies, sich um die immer bedrohlicher werdende Situation zu kümmern. Zwischenzeitlich erreichte die Synagogengemeinde am 26. September ein ebenso knapper wie demütigender Befehl aus dem RAD-Lager:

„Sie werden hiermit aufgefordert, um 18 Uhr bei der Lagerleitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Hotel ‚Stadt Hannover‘ zwecks Klarstellung des Schreibens des Vorstandes der Synagogengemeinde zu erscheinen.“<sup>98</sup>

---

<sup>96</sup> EBD.

<sup>97</sup> Synagogengemeinde Bösingfeld an RAD-Lagerleitung, 23. September 1933; in: WIENER LIBRARY, MF 55/68/2322.

<sup>98</sup> EBD.

Tatsächlich mündete diese „Klarstellung“ in der Festnahme zahlreicher Mitglieder der Synagogengemeinde, wie Goldmann nach Berlin meldete:

„In Bösingfeld sind - wie uns berichtet wird - sämtliche erwachsenen männlichen Gemeindeglieder, mit Ausnahme von 2 abwesenden, 1 Kranken und - wenn wir nicht irren, eines Hochbetagten [Moses Kleeberg, J.H.], darin sind wir aber nicht sicher - in Schutzhaft genommen und nach Lemgo ins Gefängnis überführt. Es sind Schritte eingeleitet, durch die zuständigen Behörden die Entlassung zu erreichen. [...] Es dürfte sich nach unserer Schätzung um 5 bis 6 Personen handeln.“<sup>99</sup>

Die Entlassung der Festgenommenen, darunter Dr. Heinrich Schleyer und Julius Kleeberg, erfolgte nach etwa zehn Tagen.<sup>100</sup>

### **Nachspiel: Die Täter**

Über Monate hinweg schrieb der Gendarmerie-Meister Heinrich Hellweg in seinen Meldungen zu den fast immer nächtlichen Übergriffen auf die Bösingfelder Juden beinahe durchweg von unbekanntem Tätern, die nicht ermittelt werden konnten. Den dargebotenen rechtsfreien Raum wussten die zumeist jungen und ausnahmslos männlichen Täter für sich zu nutzen. Die Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols stellte ein permanentes Problem dar. Adolf Hitlers Verkündung des „Endes der nationalen Revolution“ vom 6. Juli 1933 sorgte dabei nur für eine kurze Unterbrechung. Als den Machthabern die zahlreichen „Einzelaktionen“ der Kontrolle zu entgleiten drohten, kam es im September 1933 zu erneuten Versuchen der Eindämmung.<sup>101</sup>

Ausschlaggebend für ein härteres Vorgehen der Behörden in Bösingfeld nach mehreren Ereignissen im Spätsommer war vermutlich die zunehmende Eskalation, die sich im Schusswaffengebrauch und in einem „Umzug“ von Männern des RAD, der SA und einiger Parteigenossen in der Nacht auf den 24. September dokumentierte. Bei diesem wurden wiederum Steine auf die Häuser jüdischer Bürger geworfen und die Bewohner bedroht.<sup>102</sup> Hier zeigte sich, dass Hellweg der Kreis der Täter wohl bekannt war. Im 19jährigen SA-Mann Waldemar W., den Kleeberg und Dr. Schleyer bereits in ihrer Eingabe an die Behörden genannt hatten, erblickte man nicht nur einen der maßgeblichen Beteiligten des Umzuges, sondern auch den Urheber zahlreicher Einzelaktionen der vergangenen Monate.<sup>103</sup> Der Kaufmannslehrling wurde deshalb am 26. September, dem Tag der Festnahme der jüdischen Männer, vernommen. Gegenüber der Polizei bestritt W. anfangs eine Beteiligung an den Übergriffen im Zeitraum vom 9. bis 24. September. Es sei zwar richtig, dass er zu Kleeberg gesagt habe: „Wenn Sie uns noch länger veräppeln, dann kann ich nicht garantieren, ob morgen früh nicht ihre Bude auf dem Kopfe steht.“ Er habe auch am nächtlichen Zug durch Bösingfeld

---

<sup>99</sup> CV-Landesverband Ostwestfalen (Goldmann) an CV-Hauptgeschäftsstelle, 1. Oktober 1933; in: WIENER LIBRARY, MF 55/68/2322. Am 28. September wurde noch Hermann Herzberg festgenommen, der sich in Detmold aufhielt. Er wurde einen Tag später entlassen. Vgl. Haftverzeichnis (Schutzhaftgefangene) der Polizei Detmold; in: LAV NRW OWL, D 22 Detmold Nr. 6169.

<sup>100</sup> Einem Bericht Goldmanns zufolge erfolgte die Entlassung am ersten Tag des Laubhüttenfestes, also am 5. Oktober. Vgl. CV-Landesverband an CV-Hauptgeschäftsstelle, 21. November 1933; in: WIENER LIBRARY, MF 55/68/2322. Schleyers Ehefrau schrieb später ebenfalls von einer Haftdauer von zehn Tagen für ihren Ehemann. Vgl. Schilderung des Verfolgungsvorganges im Rahmen des Wiedergutmachungs- und von Rückerstattungsverfahren durch Ida Schleyer, 27. September 1954; in: KAL, K 2 Detmold/Lemgo BEG Nr. 1560.

<sup>101</sup> Zum Dilemma der nationalsozialistischen Gewaltpolitik in jenen Monaten vgl. MICHAEL WILDT, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007, 267-269.

<sup>102</sup> Morgenmeldung der Gendarmeriestation Bösingfeld, 24. September 1933; in: LAV NRW OWL, L 80.15 Nr. 70.

<sup>103</sup> Die folgende Darstellung bezüglich der Ermittlungen gegen Waldemar W. und andere basiert auf dem Vorgang des Oberstaatsanwaltes in Detmold, September 1933 bis April 1934; in: LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 609.

teilgenommen und dass bei Frankenstein Fenster eingeworfen wurden, habe er ebenfalls gehört. Aber er kenne die Täter nicht. Auf seine Aussage verweigerte W. allerdings die Eidesleistung.

Nachdem anfangs die Weisung des stellvertretenden Staatsministers Adolf Wedderwille ergangen war, von weiteren polizeilichen Maßnahmen abzusehen, folgte am 28. September der Auftrag, nun doch mit Nachdruck zu ermitteln. Vor dem Amtsgericht Alverdissen erklärte Waldemar W. nunmehr, dass ihm die Täter bekannt seien, er sie aber aus „kameradschaftlichen Gründen“ nicht nennen würde. Hinter den Kulissen gab es in den folgenden Tagen Rücksprachen mit dem SA-Standartenführer Karl Werder, der daraufhin auf W. einwirkte. Der Detmolder Oberstaatsanwalt fuhr schließlich im Oktober zur erneuten Vernehmung des SA-Mannes nach Bösingfeld. Dieses Mal sprudelte es geradezu aus W. heraus und er zögerte nicht, die Namen der an verschiedenen Aktionen beteiligten Männer zu nennen:

„In der Nacht vom 9./10.9. d.J. sind bei Dr. Schleyer, Bösingfeld, Fensterscheiben eingeworfen worden. Wie mir Heinrich Wehrmann selbst gesagt hat, hat er das gemacht und Friedo K. aus Bösingfeld. [...] Wer in dieser Nacht bei Julius Kleeberg die Scheiben eingeworfen hat, weiß ich nicht. In der Nacht vom 10./11.9. sind bei Kleeberg und Dr. Schleyer die Scheiben eingeworfen worden. Aus den Gesprächen mit H. Wehrmann entnehme ich, dass er bei Dr. Schleyer die Scheiben eingeworfen hat. [...] In der Nacht vom 13./14.9. habe ich selbst, Heinrich Wehrmann und Fritz Lange nach den Scheiben bei Julius Kleeberg geworfen. [...] In der Nacht vom 23./24.9. sind die Scheiben bei Frankenstein und Dr. Schleyer eingeworfen worden. Es war die Nacht des Umzuges des Arbeitsdienstes. [Steinwerfer sei evtl. ein Mann des Arbeitsdienstes gewesen, J.H.]“

Waldemar W. zeigte sich nun sehr auskunftsfreudig. Am 13./14. September warfen demnach er selbst, Fritz Lange und Heinrich Wehrmann auch auf das Haus von David Kleeberg Steine. Sogar der Sachbeschädigung an Frankensteins Haus zu Pfingsten konnte ein Täter namentlich zugeordnet werden: der SA-Mann Hugo H. W. behauptete, bei der vorherigen Vernehmung vorsichtig gewesen zu sein, weil er befürchtete, wegen einer anderen Sache, „weil wir nämlich einen Judenjungen verhauen hatten“, belangt zu werden. In der Folge wurden weitere Beteiligte vernommen. Die Aussagen ergaben schließlich ein ausgesprochen rundes Bild der Vielzahl von „Einzelaktionen“ seit dem Februar 1933. Beteiligt waren ausschließlich Parteigenossen und SA-Mitglieder, später auch Männer des RAD, zwischen 18 und Anfang 30 Jahren alt. Waldemar W. gehörte fast immer zum eifrigen Täterkern oder war gar Anstifter.

Belangt wurden die ermittelten Personen wegen ihrer Taten dennoch nicht. Gegen W. wurde allerdings ein Verfahren wegen Eidesverletzung eingeleitet. Der ansonsten so „mutige“ Kaufmannslehrling wandte sich im Dezember 1933 verständnisheischend an das Amtsgericht: „Ich bitte um tunliche Beschleunigung des Verfahrens, da ich schwere seelische Depressionen habe.“ Die anberaumte Verhandlung im März 1934 wurde sogar vertagt, um dem Angeklagten die Möglichkeit zu einem Gesuch um Gnade an den Reichspräsidenten zu bieten. Reichsstatthalter Dr. Alfred Meyer beendete letztlich die Farce der juristischen „Aufarbeitung“ und ließ das Verfahren einfach niederschlagen.

## Zum weiteren Schicksal der jüdischen Bürger

Der Familie Moritz Frankenstein gelang es nicht, Deutschland zu verlassen. Nur ihrer letzten jüdischen Hausangestellten Hilde Hirschen glückte die Emigration.<sup>104</sup> Während der gewaltsamen Ausschreitungen in der Nacht zum 10. November 1938 suchte ein SS-Kommando aus Detmold das Haus der Familie heim und demolierte das Geschäft.<sup>105</sup> Moritz Frankenstein wurde gemeinsam mit Benjamin Katz in „Schutzhaft“ genommen, aber nicht ins Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Eine vorhandene Akte der Devisenstelle der Oberfinanzdirektion Münster legt die Vermutung nahe, dass nach der nationalsozialistischen Terroraktion vom November 1938 eine Emigration der Frankensteins nach Holland beabsichtigt gewesen sein könnte.<sup>106</sup> Die finanziellen Mittel reichten, nachdem das Geschäft nicht wieder öffnete und auf Weisung im Frühjahr 1939 „abgewickelt“ wurde, in der Folge kaum noch aus, das alltägliche Leben zu bestreiten. Die Tochter Renate stand im August/September 1939 vor ihrer Auswanderung nach England. Einen Teil des Geldes dafür hatten die Eltern mit Mühe aufgebracht, der andere Teil wurde von jüdischen Organisationen getragen. Alle Papiere lagen vor, die Umzugslisten waren genehmigt, aber der Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Kriegseintritt Großbritanniens machte im letzten Augenblick die rettende Emigration zunichte.<sup>107</sup> Der Sohn Bernhard Frankenstein gehörte zu einem Transport, der am 29. Oktober 1941 von Berlin nach Litzmannstadt (Lodz) abging.<sup>108</sup> Moritz Frankenstein leistete in einer nicht bekannten Firma Zwangsarbeit und war zuletzt Vorsitzender der „Vereinigten Synagogengemeinde Bösingfeld-Bartrup“.<sup>109</sup> Moritz, seine Ehefrau Julie und Tochter Renate Frankenstein wurden schließlich am 10. Juli 1942 von Bielefeld über Hamburg und Berlin nach Auschwitz verschleppt.<sup>110</sup> Sie alle kehrten nicht zurück.

Julius Kleeberg hatte aufgrund der schrecklichen Erfahrungen und des beinahe ständigen Drucks in seinem Heimatort sein Geschäft aufgegeben und war mit seiner Frau Grete und der 1922 geborenen Tochter Karoline im August 1934 nach Rinteln verzogen. Wie belastend sich die Situation auf seine Gesundheit auswirkte, zeigte sich in einer massiven Herzmuskelschwäche. An eine Auswanderung war vorerst nicht zu denken, da Julius Kleeberg über fünf Monate hinweg nicht reisefähig war. Die Familie zehrte vom Ersparten und vom Verkauf ihrer Grundstücke. Spätestens im September 1935 war die Entscheidung zur Auswanderung getroffen. Vom Plan, sich in Palästina als „landwirtschaftlicher Siedler“ niederzulassen, rieten die Ärzte Kleeberg, der „unter allen Umständen, allein schon unseres 13jährigen Mädels wegen“ entschlossen war, Deutschland

---

<sup>104</sup> Hilde Hirschen, geboren 1919 in Herne, wanderte 1938/39 in die USA aus, wo sie 1996 verstarb. Ihr Name findet sich in einer Übersicht der im Haushalt Frankensteins lebenden Personen, 1937/38; in: ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (ZAGJD), B. 1/34 Nr. 802.

<sup>105</sup> Zu diesem Vorfall sowie der Zerstörung der Synagoge und des jüdischen Friedhofes s. die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft Detmold, 1946; in: LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 1086.

<sup>106</sup> Dazu Moritz Frankenstein an Devisenstelle der Oberfinanzdirektion (OFD) Münster, 18. Dezember 1938; in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. WESTFALEN (LAV NRW WESTF.), L 001a Nr. 2057.

<sup>107</sup> Vgl. den Vorgang zur Abwicklung der Auswanderung der OFD Münster (Devisenstelle) zu Renate Frankenstein, Juli/August 1939; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 2060.

<sup>108</sup> Bernhard Frankenstein war Mitglied der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) geworden. Vgl. Angaben im Antragsformular der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für Zuschüsse zur Berufsausbildung, 12. August 1938; in: ZAGJD, B. 1/34 Nr. 886. Zur Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina weilte er im Hachschara-Lager Gut Winkel bei Spreenhagen, anschließend in Berlin. Dort wohnte er zuletzt im „Judenhaus“ Christburger Straße 42. Er war seit dem 16. Dezember 1940 bei der Siemens-Schuckertwerke AG im „Arbeitseinsatz“ als Schlosser tätig. Vgl. Kartei Simens-Schuckertwerke AG; in: 0.1/Doc-ID 21169346/ITS DIGITAL ARCHIVE sowie AJDC Berlin Kartei, 1.2.1.2/Doc-ID 11230490/ITS DIGITAL ARCHIVE, Bad Arolsen. In der Transportliste ist sein Familienstand mit „verheiratet“ angegeben. Vermutlich handelte es sich bei seiner Frau um Gerda Frankenstein, geb. Speyer (geboren 1911 in Wuppertal), die unter derselben Anschrift gemeldet war und deren Name gleichfalls auf der Liste zu finden ist. Vgl. Transportliste der Gestapoleitstelle Berlin; in: US-HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM (Washington), RG-15.083, Reel 263.

<sup>109</sup> Eintragung und Löschung der Jüdischen Kultusvereinigung im Vereinsregister (Nr. 17) des Amtsgerichts Alverdissen, 1941-1942; in: LAV NRW OWL, D 23 Alverdissen Nr. 2081.

<sup>110</sup> Zu dieser Deportation, die 86 Menschen aus dem Gestapobereich Bielefeld, darunter acht Personen aus Lippe, umfasste, vgl. die Ausführungen unter [http://www.statistik-des-holocaust.de/list\\_ger\\_wfn\\_420710.html](http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_wfn_420710.html) (letzter Aufruf: 15. März 2018).

zu verlassen, wegen des Klimas ab.<sup>111</sup> Dennoch verfolgte der nunmehr 63jährige das Ansinnen weiterhin. Wegen Verzögerungen in der Abwicklung trat Kleeberg im Mai 1936 an das Finanzamt Rinteln heran und nannte als neues Ziel Italien.<sup>112</sup> Doch auch dieses Vorhaben zerschlug sich. Ein weiteres Schreiben an die Devisenstelle des Landesfinanzamtes in Hannover vom Juni 1939 dokumentiert die verzweifelte und nervenaufreibende Situation, in welcher sich die Familie befand. Über Verwandte bemühte sich Julius Kleeberg um die Auswanderung in die USA, nach Südafrika und nach Australien. Der Versuch, die Tochter Karoline nach England zu schicken, scheiterte an der finanziellen Lage. Um ihr eine berufliche Qualifikation zu verschaffen, hatten die Eltern aus dem Restvermögen eine Ausbildung zur Fotografin in Berlin bezahlt. Die beabsichtigte Auswanderung der Familie kam nicht mehr zustande. Das letzte Schreiben der Akte des Landesfinanzamtes ist die Mitteilung der Stadtparkasse Rinteln vom 27. März 1942, dass im Auftrag Julius Kleebergs 1.500 Reichsmark auf das Sonderkonto W der RVJD-Bezirksstelle Hannover überwiesen wurden.<sup>113</sup> Die dreiköpfige Familie zahlte damit die Kosten ihrer Deportation, die am 1. April 1942 mit 20 weiteren jüdischen Bürgern aus Rinteln per Zug von Hannover ins Warschauer Ghetto erfolgte.<sup>114</sup>



*Abb. 7: Julius, Grete und Karoline Kleeberg, 1939/40. Fotos der Kennkartenanträge.  
(Quelle: Stadtarchiv Rinteln)*

David Kleeberg verstarb am 27. März 1939 in Bösingfeld. Seine Ehefrau Henriette verzog im August 1939 nach Köln, von wo aus sie Ende Juli 1942 nach Theresienstadt und am 19. September nach Treblinka transportiert wurde.<sup>115</sup> Albert Kleeberg war 1936 nach Wiesbaden verzogen und wurde am 2. September 1942 von Frankfurt nach Theresienstadt und schließlich am 29. September nach Treblinka deportiert. Amalie Kleeberg starb 94jährig am 14. Februar 1940, ihr Mann Moses Kleeberg, der Veteran des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71, 95jährig am 12. März 1942 in Bösingfeld.<sup>116</sup> Johanna Kleeberg wurde am 31.

<sup>111</sup> S. Akte der OFD Münster (Devisenstelle) zu Kleeberg, 1935-1941; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 4611.

<sup>112</sup> Vgl. Reichsfluchtsteuer-Akte des Finanzamtes Rinteln zu Kleeberg, 1935-1938; in: NIEDERSÄCHSISCHES LANDESARCHIV (Bückeburg), H 44 Acc. 2003/042 Nr. 27.

<sup>113</sup> Vgl. Akte der Devisenüberwachungsabteilung des Landesfinanzamtes Hannover zu Kleeberg, 1939-1942; in: NIEDERSÄCHSISCHES LANDESARCHIV (Hannover), Hann. 210 Acc. 2004/025 Nr. 2344.

<sup>114</sup> Die Familie ist in der erhaltenen Deportationsliste unter den Nummern 727 bis 729 verzeichnet. Vgl. die Transportliste unter [http://www.statistik-des-holocaust.de/list\\_ger\\_nwd\\_420401.html](http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_nwd_420401.html) (letzter Aufruf: 15. März 2018). Das Original befindet sich im NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESARCHIV (Hannover), Hann. 210 Acc. 160/98 Nr. 17 Bl. 58-82.

<sup>115</sup> Vgl. Akte der OFD Münster (Devisenstelle) zu Henriette Kleeberg, 1939-1940; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 4607.

<sup>116</sup> Die Sterbefälle wurden der Zentrale der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) in Berlin durch das Büro Detmold gemeldet. Im digitalen Archiv des INTERNATIONALEN SUCHDIENSTES (Bad Arolsen) finden sich die beiden Meldekarten unter: 1.2.4.1/1806, ITS Digital Archive (<https://digitalcollections.its-arolsen.org/01020401/name/pageview/726533/496305>) und 1.2.4.1/1807, ITS Digital Archive (<https://digitalcollections.its-arolsen.org/01020401/name/pageview/726534/496306>); (letzter Aufruf: 15. März 2018).

Juli 1942 mit dem Transport XI/1 von Bielefeld nach Theresienstadt deportiert. Von dort führte ihr Weg am 23. Oktober 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz.

Gemeinsam mit ihr wurde auch der pensionierte Lehrer Benjamin Katz nach Theresienstadt transportiert. Ihn brachte man mit einem Transport am 23. September 1942 nach Treblinka.<sup>117</sup> Die Eheleute Hermann und Berta Herzberg zogen im September 1937 nach Barntrup. Sie wurden am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt und von dort ebenfalls am 23. September nach Treblinka deportiert.<sup>118</sup>

Das Ehepaar Dr. Heinrich und Ida Schleyer wurde nach 1933 von den Machthabern wiederholt unter Druck gesetzt und zur Auswanderung aufgefordert.<sup>119</sup> Im August 1935 war der Arzt wiederum das Ziel einer „Einzeltaktion“, wie die Gestapo Bielefeld in ihrem Monatsbericht festhielt. Demnach wurde Schleyer durch einen „fingierten Telefonanruf spät abends zu einem angeblich Unfallverletzten gerufen und dann sein Auto in einer Kurve aus dem Hintergrunde mit Steinen beworfen“.<sup>120</sup> Den Eheleuten gelang im November 1936 die Emigration nach Palästina. Die Tochter Elisabeth lebte seit 1934 in Alverdissen und verzog 1937 nach Lemgo. Von dort emigrierte sie mit ihrem Ehemann Heinz Hochfeld im Juli 1938 ebenfalls nach Palästina. Dorthin wanderten auch die Söhne Ernst, Fritz, Gustav und Reinhard Schleyer aus. Sie hatten sich in jüdischen Umschulungs- und Ausbildungslagern auf die Emigration vorbereitet.<sup>121</sup>

## Schluss

Nicht alle Bösingfelder wandten sich nach 1933 angesichts des Terrors und des erzeugten sozialen Drucks von ihren jüdischen Nachbarn und Freunden ab. Ein Bauer, der im Frühjahr 1934 für die Konfirmation seiner Tochter ein Kleid im Geschäft Julius Kleebergs gekauft hatte und zu diesem eine gute Beziehung pflegte, wurde durch die *Lippische Staatszeitung* öffentlich angeprangert.<sup>122</sup> Dieses Blatt hetzte auch im August 1935 gegen „artvergessene Volksgenossen“ im Ort. Ermittlungen hätten ergeben, dass in einer Woche 39 Frauen und Männer aus Bösingfeld und Silixen mit Juden handelten. Drei von ihnen und vier jüdische Bürger wurden deshalb in „Schutzhaft“ genommen.<sup>123</sup> Der frühere sozialdemokratische Gemeindevertreter Julius Budde stand weiterhin in engem Kontakt zur Familie Frankenstein, woraufhin ihn der NSDAP-Ortsgruppenleiter Noltensmeyer im Juni 1936 als „politisch unzuverlässig“ einstufte.<sup>124</sup> Zu denjenigen, die sich unbeirrbar menschlich zeigten, gehörte auch der früher der Unparteiischen Liste angehörende August Küster. Er wurde immer wieder als „Freund der Juden“ oder „Judengenosse“ denunziert, weil er den freundschaftlichen Umgang mit den Familien Frankenstein und Kleeberg nicht aufgeben wollte.<sup>125</sup> Daneben gab es einige weitere Fälle.<sup>126</sup> Weil er bei einem Juden weiterhin seine Eier bezog, wurden dem Bauern M. im Januar 1938 die Fensterscheiben seiner Scheune eingeschlagen. An einem Baum nahe der Hofzufahrt platzierten Unbekannte außerdem ein Schild mit der Aufschrift „Judenfreunde“.<sup>127</sup>

---

<sup>117</sup> Vgl. die Liste des Transportes XI/1; in: YAD VASHEM (Jerusalem), O.64/260. Benjamin Katz unternahm offenbar aufgrund seines Alters und seiner geringen finanziellen Mittel keine Anstrengungen zur Auswanderung. Vgl. Akte Katz der OFD Münster (Devisenstelle), 1939-1940; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 4441.

<sup>118</sup> Ihr Sohn Fritz lebte seit 1932 als Rechtsanwalt in Detmold. 1933 erhielt er Berufsverbot und arbeitete anschließend in der Möbelfirma Neugarten & Eichmann. Mit seiner Ehefrau Helene gelang ihm im September 1938 die Auswanderung in die USA.

<sup>119</sup> Vgl. Schilderung des Verfolgungsvorganges durch Ida Schleyer, 27. September 1954; in: LAV NRW OWL, D 20 B Nr. 3495.

<sup>120</sup> Lagebericht der Gestapostelle Bielefeld für August 1935, 4. September 1935; in: LAV NRW OWL, D 70 Nr. 76.

<sup>121</sup> S. die Akten der OFD Münster (Devisenstelle) zu Heinz Hochfeld und Heinrich Schleyer, 1935-1938; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 3271 und 9084.

<sup>122</sup> LIPPISCHE STAATSZEITUNG (LStZ) vom 4. April 1934.

<sup>123</sup> LStZ vom 18. August 1935.

<sup>124</sup> NSDAP-Ortsgruppenleiter an Finanzamt Lemgo, 16. Juni 1936; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 107.

<sup>125</sup> Vgl. die Denunziationen Küsters, 1935-1939; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 203 und 712.

<sup>126</sup> S. die verschiedenen Vorgänge, 1936-1937; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 107 und 114.

<sup>127</sup> Vorgang: Anzeige des Fritz M. wegen Sachbeschädigung, Februar 1938; in: LAV NRW OWL, L 80.15 Nr. 11.

Ein besonderes Beispiel von Mut und Standhaftigkeit stellte die nach den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 als „Rasseschande“ geltende Liebesbeziehung zwischen dem nichtjüdischen Buchdrucker Wilhelm R. und Renate Frankenstein dar. Bereits vor Erlass dieser Gesetze wurden die miteinander Verlobten deswegen im August 1935 in „Schutzhaft“ genommen.<sup>128</sup> Im Februar 1937 erfolgte die erneute Festnahme. Am 2. Juni 1942, R. arbeitete zu dieser Zeit in einem Rüstungsbetrieb in Lage, wurden beide wiederum verhaftet.<sup>129</sup> Vermutlich war dieses „Vergehen“ Anlass für die Gestapo-Bielefeld, Renate Frankenstein mit ihren Eltern am 10. Juli 1942 dem Berliner Transport nach Auschwitz zuzuordnen. R. wurde in das KZ Buchenwald eingeliefert, dann am 26. November 1942 ins Polizeigefängnis Bielefeld überstellt. Er überlebte das Ende des Nationalsozialismus.<sup>130</sup>

---

<sup>128</sup> Dazu die hämische Berichterstattung in der LSTZ vom 16. August 1935. R. war im April 1930 von Lage nach Bösingfeld gezogen. Er arbeitete vermutlich in Frankensteins Lederfabrik. Vgl. Meldekarte R.; in: STADTARCHIV LAGE.

<sup>129</sup> Bericht der Gestapo-Leitstelle Münster, 16. Juli 1942; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 639.

<sup>130</sup> Wilhelm R. befand sich unter der Häftlingsnummer 35.491 im KZ Buchenwald. Zwischenzeitlich war er für einige Wochen im KZ Dachau. Vgl. Schreibstubenkarte KZ Dachau; in: 1.1.6.7/Doc-ID 10736149 sowie Effektenkarte KZ Buchenwald; in: 1.1.5.3/Doc-ID 6926873/ITS DIGITAL ARCHIVE.

# Niederländischer Tourismus in Detmold 1933 bis 1939 im Spiegel der Korrespondenz des Verkehrsamts

von Ralf-Dieter Wilhelm

Die Geschichte des Tourismus bzw. der Tourismus als Quelle für historische Fragestellungen ist seit einigen Jahren in den Fokus historischer Forschung gerückt. Von Interesse ist eine breite Palette politischer, ökonomischer und kultureller Fragestellungen.<sup>1</sup> Zu diesen zählt die Frage dieser Untersuchung nach den Erwartungen und Erfahrungen der Touristen im Kontext ihrer Identität und ihres Bildes des Reiseziels, das gegebenenfalls von dem Bild abweicht, das von den tourismuspolitischen Akteuren des Zielorts gewünscht wird.

Persönliche Zeugnisse von Touristen sind in Archiven nur sporadisch überliefert. Überlieferungen von Institutionen und Verbänden stehen im Vordergrund, die mehr über Fremdenverkehrspolitik und das Reiseziel Auskunft geben denn über die Besucher.<sup>2</sup> Mit Schwerpunkt auf den Jahren 1936 bis 1939 liegt im Stadtarchiv Detmold private niederländische Korrespondenz mit dem Verkehrsamt vor, sowie Schriftverkehr des Amtes mit Reiseveranstaltern. Der Bestand des Verkehrsamts kann nicht nur über die touristischen Ziele und das touristische Selbstbild Detmolds Auskunft geben, sondern auch über die Erwartungshaltungen und Erfahrungen der Besucher, die Informations- und Übernachtungsanfragen stellten. Der Schriftwechsel ist in der Entwicklung der deutsch-niederländischen Beziehungen und der nationalsozialistischen Tourismuspolitik verortet. Eine spezifisch lippische Einflussgröße stellt die Hochzeit der niederländischen Thronfolgerin Juliana von Oranien-Nassau mit Bernhard zur Lippe-Biesterfeld dar.

Die Darstellung endet vor dem Zweiten Weltkrieg. Mit der deutschen Besetzung der Niederlande 1940 wandelten sich die Beziehungen grundlegend und der ausländische Tourismus in Detmold brach zusammen.

## Steuerung des ausländischen Tourismus

Aus dem Bedarf an überregionaler und koordinierter Werbung im In- und Ausland und zur Einflussnahme auf die Entwicklung der Verkehrsverbindungen war 1902 der Bund Deutscher Verkehrsvereine (BDV) gegründet worden, dem sich bis 1913 fast alle Verkehrsvereine angeschlossen hatten. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand 1920 zur Verbesserung der Wirtschaftslage und zur Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschland die Reichsbahnzentrale für deutsche Verkehrswerbung, deren Nachfolger 1928 die Reichsbahnzentrale für den Deutschen Reiseverkehr wurde. Der BDV reorganisierte sich ab 1930 zum Bund Deutscher Verkehrsverbände als Organisation der Regionalverbände, deren Mitglieder die lokalen Verkehrsverbände waren. Schwerpunkt der Arbeit des BDV war die Werbung im Inland, die Reichsbahnzentrale setzte den Fokus auf das Ausland.<sup>3</sup>

1933 wurde der Fremdenverkehr regimiekonform restrukturiert, dabei setzten die Nationalsozialisten auf vorhandene Strukturen. Der Reichsausschuss für Fremdenverkehr unter dem Vorsitz des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda diente der Zentralisierung der Maßnahmen zur Fremdenverkehrs-

---

<sup>1</sup> NICOLA BRUNS/HANS-JÜRGEN HÖÖTMANN, Workshop „Tourismusüberlieferung als historische Quelle“. Tagungsbericht, in: ARCHIVPFLEGE IN WESTFALEN-LIPPE, 82 (2015), 2-5.

<sup>2</sup> EBD.

<sup>3</sup> FRANZ BERKTOLD-FACKLER/HANS KRUMBHOLZ, Reisen in Deutschland. Eine kleine Tourismusgeschichte, München 1997, 70.

förderung.<sup>4</sup> 1936 wurde per Gesetz der Reichsfremdenverkehrsverband (RFV) gegründet, in dem auch die zentralen Strukturen des BDV aufgingen. Die Steuerung des Fremdenverkehrs wurde straff hierarchisch organisiert. Der RFV, dessen Präsident Hermann Esser gleichzeitig Staatssekretär im Propagandaministerium war, erhielt Weisungsrecht über die Landesfremdenverkehrsverbände, die Fremdenverkehrsgemeinden wurden deren Zwangsmitglieder.<sup>5</sup>

Der bisherige Westfälische Verkehrsverband wurde zum Landesfremdenverkehrsverband (LFV) Westfalen umgebildet, regionale Verbände wie der Verkehrsverband Teutoburger Wald verloren ihre Eigenständigkeit und wurden Gebietsausschüsse.<sup>6</sup> Die Reichsbahnzentrale blieb ein selbständiges Unternehmen, wurde aber ebenfalls dem Propagandaministerium unterstellt.<sup>7</sup> 1938 wurde die Ausländerbetreuung weiter zentralisiert. Die Reichspropagandaämter wurden beauftragt, als Aufsichtsbehörden die Ausländerbetreuungsorganisationen in den jeweiligen Gauen zu überwachen und im Sinne der Propagandaziele auszurichten. Der LFV Westfalen richtete in Absprache mit den Reichspropagandaämtern Westfalen-Nord und -Süd ein Ausländerreferat ein.<sup>8</sup>

Die Betreuung niederländischer Touristen und die sie betreffende Detmold-Werbung waren geprägt von der Zusammenarbeit des Verkehrsamts mit dem LFV Westfalen und der Vertretung der Reichsbahnzentrale in den Niederlanden, die einbezogen wurden, sofern es sich nicht um Individualreisen handelte. Diese multilaterale Zusammenarbeit verlief nicht immer reibungslos und konnte zu Konflikten und Verzögerungen bis hin zur Absage durch niederländische Reiseveranstalter führen.<sup>9</sup> 1937 war zwischen Verkehrsamt und Landesfremdenverkehrsverband vereinbart worden, nur gemeinsam Auslandswerbung zu schalten, was zur Ablehnung direkter niederländischer Annoncenangebote an das Verkehrsamt führte. Waren außenpolitische Konflikte berührt oder inhaltliche Anfragen zu Deutschland gestellt, die über die üblichen Werbemaßnahmen wie Prospekte und Karten hinausgingen, wurde der Reichsstatthalter und Gauleiter Dr. Alfred Meyer eingeschaltet.<sup>10</sup>

## **Ziele nationalsozialistischen Tourismuspolitik**

Das Interesse des NS-Regimes an ausländischen Touristen in Deutschland war einerseits ökonomisch durch das Ziel bestimmt, Deviseneinkünfte zu generieren, andererseits durch die Außenpolitik. Die nationalsozialistische Propaganda konnte auf der Tradition aufbauen, dass Tourismus die internationale Verständigung fördere, und bewarb ihn so als Friedenswerk, das der Harmonie der Nationen diene. Dies korrespondiert für die Vorkriegszeit mit Hitlers außenpolitischer Selbstdarstellung als Mann des Friedens. Das Regime war besorgt über schlechte ausländische Presse zur politischen Entwicklung in Deutschland und denunzierte entsprechende Berichte als Lüge oder „Greuelpropaganda“. Vom Tourismus wurde die Wirkung erwartet, dass ausländische Regierungen negative Berichte über Deutschland letztlich herunterspielen oder ignorieren würden, wenn ausländische Besucher mit schönen Erinnerungen heimkehrten. Die Tourismuswerbung lud Ausländer ausdrücklich ein, sich selbst ein Bild über das Leben unter dem Nationalsozialismus zu machen. Die Besucher sollten einen positiven Eindruck von den sozialen, ökonomischen und kulturellen „Errungen-

---

<sup>4</sup> SUSANNE APPEL, *Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung*, Baden-Baden 2001, 75.

<sup>5</sup> BERKTOLD-FACKLER/KRUMBHOLZ 1997, 73.

<sup>6</sup> MATTHIAS FRESE, *Naherholung und Ferntourismus. Tourismus und Tourismusförderung in Westfalen 1900-1970*, in: WILFRIED REININGHAUS/KARL TEPPE (Hg.), *Verkehr und Region im 19. und 20. Jahrhundert. Westfälische Beispiele*, Paderborn 1999, 339-386.

<sup>7</sup> BERKTOLD-FACKLER/KRUMBHOLZ 1997, 73.

<sup>8</sup> STADTARCHIV DETMOLD (STADTA DETMOLD), D 106 Detmold A Nr. 7037.

<sup>9</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14202.

<sup>10</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

schaften“ des nationalsozialistischen Deutschlands gewinnen. Prominente, Studenten und Journalisten wurden im Sinne einer von Normalität geprägten Deutschlanderfahrung von den Tourismusinstitutionen betreut und beeinflusst.<sup>11</sup>

Vor diesem Hintergrund veranstaltete der Landesverkehrsverband Westfalen 1935 in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsamt Detmold eine sechstägige Werbefahrt für etwa 20 niederländische Journalisten durch den Teutoburger Wald, um positive Eindrücke zu vermitteln.<sup>12</sup> Bereits 1932 hatte eine Journalistenfahrt stattgefunden, in deren Nachgang das Verkehrsamt bat, Presseberichten über Unruhen in Deutschland zu widersprechen, der Teutoburger Wald garantiere vielmehr ungetrübte Urlaubsfreude für Niederländer. Das entsprechende Schreiben zur Berichtigung wurde von niederländischen Zeitungen abgedruckt.<sup>13</sup>

In seinen *Blättern zur Ausländerbetreuung* betonte der Reichsausschuss für Fremdenverkehr, dass auch nicht freundlich eingestellte Ausländer zu gewinnen seien und dass neben den historischen Stätten Deutschlands ausdrücklich auch die nationalsozialistische Gegenwart positiv zu vermitteln sei. Bei rein Erholung suchenden und nicht prominenten Ausländern sei eine spezielle Betreuung nicht erforderlich, so der LFV Westfalen 1938, sehr wohl aber bei Studienreisenden, die die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland kennenlernen wollten. Die Betreuer sollten die Schönheiten der Orte und Landschaften dennoch nicht vernachlässigen.<sup>14</sup> Der Grad der gewünschten Einflussnahme hing vom Typ der Touristen und ihren räumlichen und inhaltlichen Zielen ab.

## Deutsch-niederländische Beziehungen

Das Verhältnis der Niederlande zu Deutschland ab 1933 war besonders durch die Handelsbeziehungen geprägt. Als das Handelsvolumen durch die deutsche Autarkiepolitik sank, versuchten die niederländischen Regierungen alles, diesen Prozess zumindest aufzuhalten, zumal das primär auf seine Dominions ausgerichtete England kein Interesse an einer von den Niederlanden gewünschten Ausweitung des Handels zeigte. In dieser schwierigen Situation sollte Deutschland kein Anlass gegeben werden, den Import aus den Niederlanden weiter abzusenken. Kritik am Nationalsozialismus hatte zu unterbleiben.<sup>15</sup> Im Sinne einer höflichen niederländischen Neutralitätspolitik sollte dennoch Distanz zum NS-Regime gewahrt bleiben, ohne Hitler zu brüskieren. Aus ökonomischen wie zunehmend sicherheitspolitischen Interessen strebten die Niederlande ein depolitisiertes Verhältnis zu Deutschland an, Äußerungen der Antipathie sollten vermieden werden.<sup>16</sup>

Diese Politik war durch die deutsche Vorgehensweise mit begründet. Die deutschen diplomatischen Vertretungen beobachteten neben der Politik auch die niederländische Presse intensiv. Unter Hinweis auf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen forderte die deutsche Gesandtschaft immer wieder ein Einschreiten bei Äußerungen gegen Hitler und andere NS-Führer. Ab 1938 wurden zunehmend allgemeine Maßnahmen gegen eine antideutsche „Pressehetze“ und damit angebliche Verletzung der Neutralität gefordert.<sup>17</sup> Niederländische Journalisten in Deutschland waren von erheblichem Druck und in Einzelfällen auch von direktem Terror und Ausweisung betroffen.<sup>18</sup>

---

<sup>11</sup> KRISTIN SEMMENS, *Seeing Hitler's Germany. Tourism in the Third Reich*, Houndmills 2005, 129.

<sup>12</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7192.

<sup>13</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7054.

<sup>14</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7037.

<sup>15</sup> FRISO WIELENGA, *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, 157.

<sup>16</sup> FRISO WIELENGA, *Deutsche Prinzgemahle am niederländischen Hof. Bilaterale Beziehungen im Spiegel hoheitlicher Damenwahl*, in: ZENTRUM FÜR NIEDERLANDE-STUDIEN (Hg.), *Das Niederländische Königshaus*, Münster 2007, 63-84.

<sup>17</sup> PAUL STOOP, *Niederländische Presse unter Druck. Deutsche auswärtige Pressepolitik und die Niederlande 1933-1940*,

## Das Verkehrsamt Detmold

Die Entwicklung der Stadt Detmold zu einem Fremdenverkehrsort ist mit ihrer Lage am Teutoburger Wald und dem Hermannsdenkmal eng verbunden. War die Tourismusförderung ursprünglich von bürgerlichen Interessenverbänden und Vereinen getragen, drängten diese Ende der zwanziger Jahre auf die Gründung einer kommunal getragenen Institution.<sup>19</sup>

In der Weimarer Republik engagierten sich die Kommunen reichsweit zunehmend im Fremdenverkehr, sei es in Form der Gründung kommunaler Reisebüros, sei es durch Errichtung kommunaler Verkehrsbehörden.<sup>20</sup> In Detmold wurde die Fremdenverkehrsverwaltung 1928 als Städtisches Verkehrsamt institutionalisiert<sup>21</sup> und 1929 vom Stadtrat der Verkehrsausschuss gegründet, in dem auch die lokale Wirtschaft vertreten war.<sup>22</sup> Die politischen Säuberungen der Nationalsozialisten in Detmold ab 1933 waren durchgreifend und umfangreich. Die Verwaltung wurde gleichgeschaltet und ideologisch auf Linie gebracht.<sup>23</sup>

Nationalsozialistisch ausgerichtet und in die Strukturen zur Steuerung des Tourismus eingebunden, waren Werbemaßnahmen im In- und Ausland Aufgaben des Verkehrsamts unter dem Stadtinspektor und NSDAP-Mitglied Wilhelm Schröder. Prospekte, Verkehrs- und Wanderkarten, Gaststättenverzeichnisse und Filme wurden in Zusammenarbeit mit den lokalen, regionalen und überregionalen Akteuren herausgegeben und verbreitet. Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der Unterstützung von Veranstaltern, Gruppen und Einzelpersonen bei der Planung und Durchführung von Reisen, z. T. über das angeschlossene Reisebüro.<sup>24</sup>

Die westfälischen Feriengebiete bildeten traditionell ein hervorragendes Ziel niederländischer Touristen. Bereits Ende der zwanziger Jahre war die gezielte Tourismuswerbung für Westfalen und Lippe in den Niederlanden intensiviert worden. Dies stieß auf entsprechende Resonanz, trotz Weltwirtschaftskrise stiegen die Besuchszahlen aus den Niederlanden an.<sup>25</sup>

Das Verkehrsamt lieferte dem LFV Westfalen Berichte und Statistiken über die Fremdenverkehrssaison der jeweiligen Jahre. Die Fremdenverkehrsstatistiken für übernachtende Fremde ohne Berücksichtigung der Jugendherbergen belegen je 400 bis 600 Ausländer für die Jahre 1933 bis 1935, 1.000 bis 2.000 Ausländer für die Jahre 1936 bis 1938 und einen Rückgang auf 708 im Jahr 1939. 1940 wurden nur noch 6 ausländische Fremdenverkehrsgäste gezählt. Der Ausländeranteil betrug in den Jahren 1933 bis 1938 durchschnittlich 4%. Darunter waren 1935 52% und 1936 86% Niederländer. Belgier und, in geringer Zahl, Engländer waren die nächstgroßen Ausländergruppen.<sup>26</sup> Für die Engländer, durch ihre Romantiker Begründer der Rheinreise<sup>27</sup>, blieb der Rhein bevorzugtes Ziel.<sup>28</sup> Den größten Anteil Fremder in Detmold machten aller-

---

München 1987, 131.

<sup>18</sup> EBD., 378.

<sup>19</sup> BÄRBEL SUNDERBRINK, Im Schatten des Hermannsdenkmals. Bedeutung und Überlieferung des Detmolder Fremdenverkehrs, in: ARCHIVPFLEGE IN WESTFALEN-LIPPE, 82 (2015), 21-25.

<sup>20</sup> FRESE 1999, 346.

<sup>21</sup> SUNDERBRINK 2015.

<sup>22</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7004.

<sup>23</sup> WOLFGANG BENDER, Die 'NS-Machtergreifung' in Detmold, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Hg.), Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadthistorischen Projekts, Bielefeld 1998, 233-257.

<sup>24</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7006.

<sup>25</sup> FRESE 1999, 350.

<sup>26</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7919, 7054 und 14195.

<sup>27</sup> THILO NOWACK, Rhein, Romantik, Reisen. Der Ausflugs- und Erholungsreiseverkehr im Mittelrheintal im Kontext gesellschaftlichen Wandels (1890 bis 1970), Bonn 2006, 12.

<sup>28</sup> EBD., 152.

dings die Tagesgäste aus, die anhand der Besuchszahlen des Hermannsdenkmals auf das ca. Dreißigfache geschätzt wurden, ohne dass ein Ausländeranteil angegeben wurde.<sup>29</sup>

Insgesamt sind die Statistiken aus Detmold weder widerspruchsfrei noch vollständig, was allgemein ein Problem der Fremdenverkehrsstatistiken der dreißiger Jahre ist.<sup>30</sup> Geschätzt werden kann für die vorwiegend niederländischen ausländischen Übernachtungsgäste eine Verdoppelung der Besucherzahl in den Jahren 1936 bis 1938 gegenüber 1933 bis 1935 und ein Rückgang gegen null 1940, dem Jahr des deutschen Angriffs auf die Niederlande.

Deutschlandweit stieg die Anzahl ausländischer Touristen von 1931 bis 1938 um mehr als das Doppelte an<sup>31</sup>. Bezüglich der Übernachtungszahlen von Ausländern bilden die Jahre 1936 bis 1938 den Höhepunkt der Entwicklung. Die Olympischen Spiele 1936 stellten im deutschlandweiten Durchschnitt einen Sondereffekt dar.<sup>32</sup> Für Detmold ist ab 1936 das niederländische Interesse an der Hochzeit der niederländischen Thronfolgerin Juliana mit Bernhard zur Lippe-Biesterfeld von Bedeutung, etwa als Anlass der Generalreise der Nederlandsche Reisvereniging mit allein 240 Besuchern.<sup>33</sup> Vom Trend korrespondiert Detmold mit der allgemeinen deutschen Entwicklung.

## Individualreisen

Das Stadtarchiv Detmold überliefert eine Sammelakte<sup>34</sup> mit insgesamt 82 die Niederlande<sup>35</sup> betreffenden Vorgängen der Jahre 1936 bis 1939, die zumeist Anfragen aus den Niederlanden und Antworten des Verkehrsamts betreffen. Schreiben von Niederländern sind, bis auf vier Schreiben in niederländischer Sprache, auf Deutsch unterschiedlicher Beherrschung ausgeführt. Das Geschlecht ist in der Regel nicht erkennbar, da nur die Initialen der Vornamen verwendet wurden. Das Verkehrsamt ging dann in der Antwort mit der Anrede „Herr“ von einer männlichen Person aus.

45 dieser Vorgänge betreffen Reisen von den Niederlanden nach Detmold und dem Teutoburger Wald. Aufgrund der angefragten Informationen, wie z.B. Prospekte und Wanderkarten der genannten Ziele, wie z.B. Sehenswürdigkeiten und Ferien, die Art der Übernachtung, wie z.B. in dezentralen und gemütlichen Hotels, oder aufgrund des Absenders, wie z.B. Veranstaltern von Gesellschaftsreisen, handelt es sich durchgehend um Reisepläne mit zumindest teilweise touristischen Zwecken.

Bei einem Vorgang wurde von einem Niederländer eine nationalsozialistische Grußformel genutzt: „Mit Nazional-Sozialistische Grüßen“ wurde vom Verkehrsamt „Mit deutschem Gruß“ beantwortet. „Hochachtungsvoll“ bzw. „Mit vorzüglicher Hochachtung“ ist ansonsten die übliche Formel auf beiden Seiten.<sup>36</sup>

---

<sup>29</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7054.

<sup>30</sup> NOWACK 2006, 149.

<sup>31</sup> RUDY KOSHAR, *German Travel Cultures*, Oxford 2000, 129.

<sup>32</sup> NOWACK 2006, 153.

<sup>33</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7054.

<sup>34</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>35</sup> In den deutschen Quellen wird durchgängig „Holland“ bzw. „holländisch“ verwendet.

<sup>36</sup> Im Verkehr mit nationalsozialistischen oder deutschen Organisationen in den Niederlanden verwendet das Verkehrsamt durchaus „Heil Hitler“. Dies betrifft aber keine Reisen nach Detmold.

18 der Anfragen betreffen Individualreisen, d.h. Einzelpersonen, Kleingruppen bis zu fünf Personen, sowie Familien oder Ehepaare; kommerzielle oder vereinsbezogene Bezüge sind hier nicht erkennbar. Absender eines Briefs war ein „Provinzial Beamter“, ansonsten sind Beruf oder soziale Schicht nicht direkt erschließbar. Die niederländischen Individualreisenden wünschten zwecks Erholung und „Ferien“ Pensionen oder Hotels in Detmold und Umgebung bzw. dem Teutoburger Wald, die „gemütlich“ sein sollen, „ruhig“, mit „Park“, „Garten“, „Terrasse“ oder auch mit „Schwimmgelegenheit“.<sup>37</sup> Angefragt wurden besonders Karten, Wanderkarten und Prospekte zu Detmold und zum Teutoburger Wald, lokale Verkehrsverbindungen sowie Gaststättenverzeichnisse nebst Kosten. Verkehrsmittel zur Reise nach Deutschland sind in der Regel nicht genannt. Diese Anforderungen und Urlaubsziele entsprechen dem Urlaubertypus des „Sommerfrischlers“.

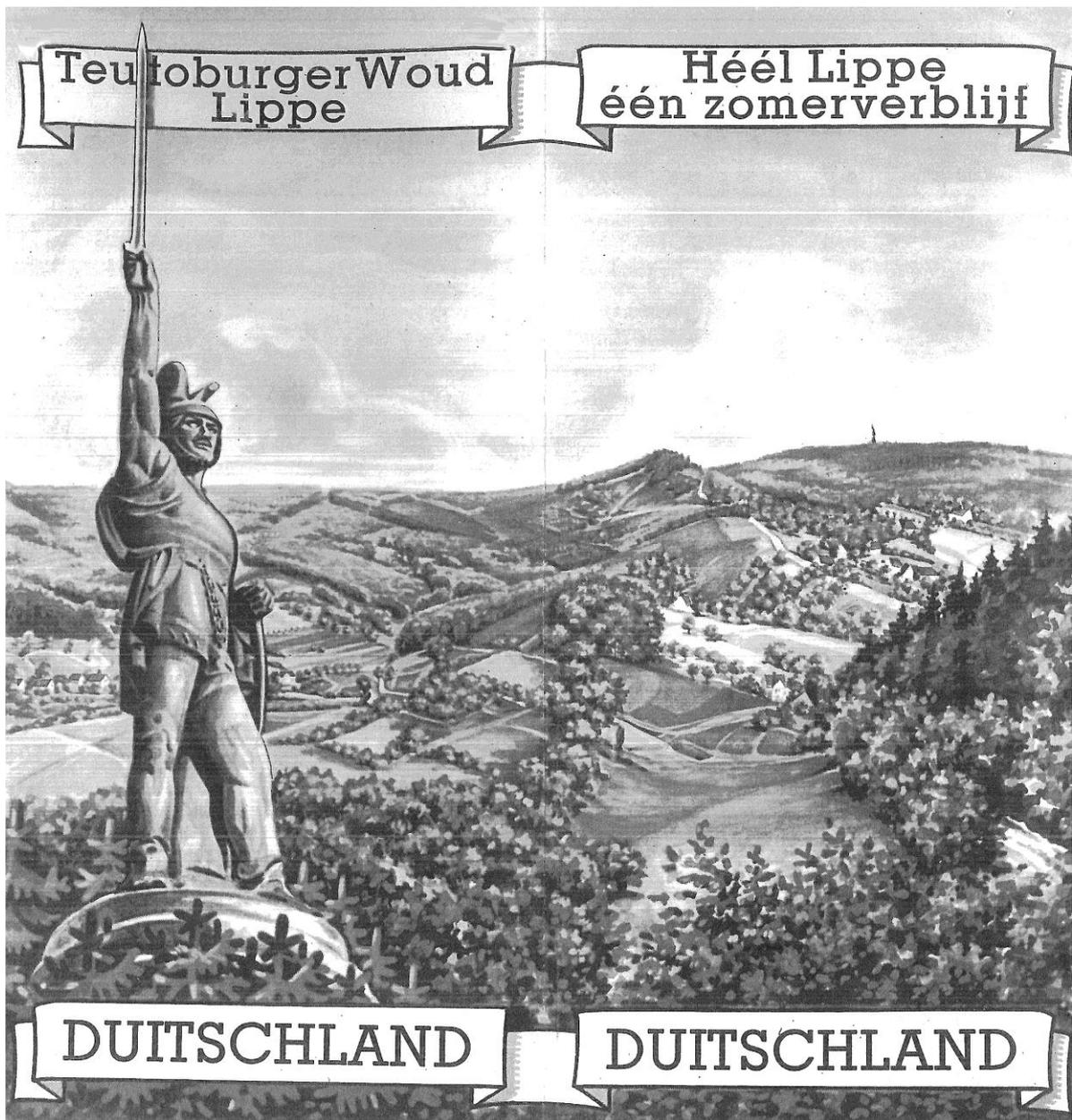


Abb. 1: Faltblatt Holland-Werbung, 1937.  
(Quelle: LAV NRW OWL, L 80.04 Nr. 1515)

<sup>37</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

Von der zweiten Hälfte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts war der Begriff der „Sommerfrische“ eine stehende Redewendung. Verstanden wurden darunter Erholungsräume, die von mittelständischen städtischen Bevölkerungsgruppen auf der Suche nach starkem Naturbezug, ländlicher Idylle, Gemütlichkeit und Familiarität aufgesucht wurden, gerne bei Privatleuten und meist preiswert. Die Sommerfrische korrespondiert mit der Etablierung des Familienurlaubs in Deutschland.<sup>38</sup> Auch das Detmolder Verkehrsamt warb in Deutschland ausdrücklich mit „Ganz Lippe eine Sommerfrische“ für diese Form des Erholungsurlaubs.<sup>39</sup> Dieser Werbeslogan findet sich im Titel des 1937 vom LFV Westfalen in Zusammenarbeit mit den Fremdenverkehrsgemeinden für Niederländer produzierten Faltblatts *Teutoburger Woud Lippe - Héél Lippe één zomerverblijf*<sup>40</sup> wieder, und auch im ansonsten niederländischsprachigen Reiseprogramm der Nederlandsche Christelijke Reisvereniging von 1937 findet sich die „Sommerfrische“.<sup>41</sup> Diese Übereinstimmungen sind Hinweis auf einen mittelständischen Hintergrund der Reisenden.

Deutschlandweit betrug die Aufenthaltsdauer in den Fremdenverkehrsgemeinden durchschnittlich 4,6 Tage, wobei hier wahrscheinlich die Kurorte mit eingehen, insbesondere die Bäder.<sup>42</sup> Detmold, zwar im Faltblatt als Sommerfrische beworben, aber kein Badeort, zog in den Jahren 1937 und 1938 Ausländer durchschnittlich 2 Nächte an.<sup>43</sup> Quantitativ war *Héél Lippe één zomerverblijf* mit längeren Urlaubsaufenthalten in Detmold offenbar nicht die Hauptattraktion für Reisen von Niederländern.

## Gesellschaftsreisen

26 der 45 der Reisevorgänge in der Sammelakte<sup>44</sup> betreffen Schriftverkehr des Verkehrsamts mit Reisevereinigungen, Vereinen, Clubs, Reisebüros, Transportunternehmen und Hotels in den Niederlanden. Sofern die Teilnehmeranzahl genannt ist, handelt es sich um Gesellschaftsreisen mit 25 bis 150 Personen, in diesem Fall waren die Korrespondenzpartner des Verkehrsamts gegebenenfalls auch Einzel- bzw. Privatpersonen, die solche Reisen organisieren wollten. Umfangreichere Korrespondenz mit einzelnen niederländischen Reiseveranstaltern ist in eigenen Akten überliefert, so mit den Niederländischen Eisenbahnen<sup>45</sup> und dem Busreiseveranstalter Cebuto (Centraal Bureau Toerisme).<sup>46</sup>

In den Niederlanden erlebte der Personen- und Güterverkehr nach dem ersten Weltkrieg einen starken Aufschwung, darunter der überregionale Busverkehr und individuelle Personenkraftverkehr. Das Eisenbahnnetz wurde modernisiert und das Straßennetz zentral gesteuert ausgebaut.<sup>47</sup> Bei Gesellschaftsreisen nach Detmold wird die große Bedeutung von Busreisen deutlich.<sup>48</sup> Aus der kurzen Aufenthaltsdauer in Detmold und erhaltenen Reiseprogrammen niederländischer Veranstalter erschließt sich, dass es sich vorwiegend um mehrtägige Rundreisen in Lippe handelte. Ziele von Gesellschaftsreisen waren die bergige Landschaft, die „malerischen Fachwerkhäuser“ und, neben dem „efeubewachsenen Residenzschloss“ Detmolds, weitere sagenträchtige und historische Orte Lippes und angrenzender Gebiete möglichst mit Niederlandebezug.<sup>49</sup> Insofern haben die Reiseveranstaltungen auch den Aspekt der Bildungsreise.

---

<sup>38</sup> RÜDIGER HACHTMANN, *Tourismus-Geschichte*, Göttingen 2007, 94-97.

<sup>39</sup> SUNDERBRINK 2015.

<sup>40</sup> LAV NRW OWL, L 80.04 Nr. 1515.

<sup>41</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14204.

<sup>42</sup> NOWACK 2006, 154.

<sup>43</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7054.

<sup>44</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>45</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14202.

<sup>46</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14199.

<sup>47</sup> WIELENGA 2008, 136.

<sup>48</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>49</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14199 und 19204.

## Maßnahmen des Verkehrsamts

Der niederländische Tourismus war auf vereinsmäßiger Grundlage organisiert. Reisen „auf eigene Faust“ waren untypisch, vielmehr ließen sich die Mitglieder von ihren Vereinen beraten, die auch für internationale Reisen Programme zusammenstellten. Die Nederlandsche Reisvereniging (NRV) allein hatte etwa 60.000 Mitglieder. Kontakte zu den leitenden Personen der Reisevereine waren für das Verkehrsamt Detmold infolgedessen von großer Bedeutung. Nach Bekanntwerden der prinziplichen Verlobung reiste der Leiter des Verkehrsamts, Wilhelm Schröder, in Abstimmung mit der Reichsbahnzentrale in die Niederlande und suchte dort neun besonders relevante Vereinigungen und Büros auf, die ihrerseits Planungen für Gesellschaftsreisen nach Lippe für das Jahr 1937 aufsetzten.<sup>50</sup>

Charakteristisch für die Niederlande ist in der Zwischenkriegszeit die Verschärfung der so genannten Versäulung. Die weltanschaulichen Trennlinien zwischen den Bevölkerungsgruppen der Protestanten, Katholiken, Liberalen und Sozialisten, den Säulen, waren in den Niederlanden besonders ausgeprägt und führten zu scharfer Segregation, auch im gesellschaftlichen Leben.<sup>51</sup> In diesen Differenzierungsprozess waren auch die Reisevereine einbezogen.<sup>52</sup>

Im Programm der Nederlandsche Christelijke Reisvereniging für ihre fünftägige Generalreise 1937 werden mit Bezügen zum Westfälischen Frieden in Osnabrück, zum Theologen Abraham Kuyper in Vlotho und dem Besuch der Bodelschwingschen Anstalten Bethel der speziell protestantische Hintergrund und die Interessen des Vereins und seiner Mitglieder deutlich.<sup>53</sup> Das Verkehrsamt Detmold hingegen ging in seinen Planungen zur Tourismuswerbung nicht auf spezifische Belange der Säulen ein und spricht nur allgemein von „Holländern“.<sup>54</sup> Die sozialdemokratische Nederlandsche Arbeiders-Reisvereniging<sup>55</sup> zählte freilich auch nicht zu den von Schröder besuchten Organisationen.

Im Faltblatt *Teutoburger Woud Lippe - Héél Lippe één zomerverblijf* wird Lippe, jenseits des Aspekts der Sommerfrische, als ein Lieblingsziel der Niederländer für Ausflüge und Urlaub beschrieben. Als gerade für Autos bzw. Busse gut erreichbar liege hier die nächste erreichbare Bergkette in herrlicher Lage. Die Schönheit der alten Stadtbilder, Schlösser, Kirchen und historische Monumente werden beworben, Bäder und Kurorte werden herausgestellt. Das Hermannsdenkmal ist prominent abgebildet, im Text aber nur kurz erwähnt. Industrie und Bauten des 20. Jahrhunderts stehen im Hintergrund. Kulturelle und historische Beziehungen zu den Niederlanden werden genannt. Das Faltblatt wirbt nicht mit nationalsozialistischen Symbolen,<sup>56</sup> dies entspricht der Zurückhaltung des Verkehrsamts bei der Verwendung von NS-Grußformeln.

Der Umfang spezifisch nationalsozialistischer Elemente im touristischen Image hing vom Ort und dem Interesse der Reisenden ab. War z.B. Werbung für den Schwarzwald weitgehend frei davon, gab es in Berlin durchaus entsprechende Angebote für Ausländer, und Baden-Baden reagierte auf das Interesse von Ausländern am Nationalsozialismus mit entsprechenden Werbemaßnahmen.<sup>57</sup> Die Zurückhaltung des Verkehrsamts Detmold entspricht den touristischen Möglichkeiten und vorhandenen Zielen in Lippe einerseits und der insgesamt reservierten Einstellung der Niederländer gegenüber dem NS-Regime andererseits.

---

<sup>50</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14195.

<sup>51</sup> WIELENGA 2008, 97-107.

<sup>52</sup> JEROEN VERNOOIJ, "Tot veredeling van de genietingen des volks". De strijd om de burgerlijke idealen van de Nederlandsche Reisvereniging 1906-1930, Amsterdam 2015, 8.

<sup>53</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14204.

<sup>54</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7006 und 14195.

<sup>55</sup> VERNOOIJ 2015, 27.

<sup>56</sup> LAV NRW OWL, L 80.04 Nr. 1515.

<sup>57</sup> SEMMENS 2005, 144-147.

## Das niederländische Deutschlandbild und Detmold

Das sich in Reisebeschreibungen artikulierende niederländische Deutschlandbild war im 19. Jahrhundert zunächst geprägt vom Überlegenheitsgefühl bürgerlichen niederländischen Selbstbewusstseins. Die deutschen Verhältnisse wurden als feudal-rückständig wahrgenommen, mit einer groben und armseligen Bevölkerung in schmutzigen und unansehnlichen Ortschaften. Die romantische Schönheit etwa des Mittelrheintals wurde zwar erkannt, befand sich aber in schrillum Kontrast zu dieser Wahrnehmung. Reisebeschreibungen stellen hier mehr eine identitätspolitische Selbststilisierung dar denn eine „objektive“ Beschreibung des Anderen.<sup>58</sup>

Mit der deutschen Reichsgründung und der zunehmenden Industrialisierung, die den Lebensstandard hob, wandelte sich das Bild Deutschlands hin zur Betonung politischer Rückständigkeit. Der sich der Autorität beugende Deutsche wurde in Kontrast zur stolzen niederländischen republikanischen Tradition gesetzt. Gleichzeitig kam die Sorge vor einem mächtigen und expansionslüsternen Nachbarn auf. Dieses Doppelbild des imperialistisch-militaristischen Staats und des autoritätshörigen Individuums prägte das Deutschlandbild auch im 20. Jahrhundert.<sup>59</sup> Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass Schröder für ein niederländischsprachiges Werbeplakat vorschlug, das Schwert des Hermannsdenkmals, das in das niederländische Gebiet ragte, auf der Abbildung zu verkürzen. Der Leiter der Reichsbahnzentrale in den Niederlanden Sperling empfahl sogar, den Hermann ganz wegzulassen, da er „für die holländische Mentalität nicht sympathisch“ sei.<sup>60</sup> Fokussiert auf den „germanisch-römischen Gegensatz“ als Deutung des Denkmals und ohne deutlichen deutsch-nationalen Bezug konnte das Hermannsdenkmal aber durchaus mehrseitiger Bestandteil eines niederländischen Reiseprogramms sein<sup>61</sup> und war bei einem Besuch Detmolds wohl auch kaum ignorierbar.

Die niederländischen Eliten leiteten ihre Identität aus dem Raumgefühl des Kolonialreichs ab. Die verwirrend kleinräumige Provinzialität Deutschlands gewann ihren Reiz erst im nostalgischen Rückblick. War man von der technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands einerseits beeindruckt, wurden andererseits die „romantisch“ gelegenen mittelalterlichen deutschen Städte, befreit vom Stigma der Armut, zum positiven Bild. Die Vorstellung der Wildheit der deutschen Natur und des Waldes paarte sich mit dem Bild des romantisch-utopisch unruhigen Deutschen im Gegensatz zur einförmig-geregelten niederländischen Landschaft und batavischer Ausrichtung auf Sein und Beständigkeit. Vor diesem Hintergrund kamen ab Ende des 19. Jahrhunderts in den Niederlanden bürgerliche Bildungs- und Erholungsreisen an den Mittelrhein und in die deutschen Mittelgebirge auf.<sup>62</sup> Die nach Detmold und dem Teutoburger Wald individuell reisenden niederländischen Sommerfrischler und Gesellschaftsreisenden mit Bildungsaspekt passen sich so in diese Entwicklung des niederländischen Tourismus ein.

---

<sup>58</sup> PETER GROENEWOLD, Das niederländische Deutschlandbild im 19. und 20. Jahrhundert. Fremdbild und Geschichte, in: GEBHARD MOLDENHAUER/JAN VIS (Hg.), Die Niederlande und Deutschland. Einander kennen und verstehen, Münster 2001, 205-224.

<sup>59</sup> EBD., 208.

<sup>60</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7201.

<sup>61</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14204.

<sup>62</sup> GROENEWOLD 2001, 211.

## Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Lage

Die Zeit von 1918 bis 1929 stellte in den Niederlanden insgesamt eine Phase der Hochkonjunktur dar. Der Übergang zu Massenproduktion und Elektrifizierung hob die Arbeitsproduktivität an, ermöglichte die Einführung des Achtstundentags und gab den Beschäftigten entsprechend mehr Freizeit.<sup>63</sup>

Die Weltwirtschaftskrise ab Ende 1929 traf die Niederlande mit voller Wucht erst Ende 1931 mit der Abwertung des britischen Pfunds und deutschen Devisenbeschränkungen,<sup>64</sup> so dass der niederländische Tourismus in Westfalen trotz globaler Krise zunächst Aufschwung nahm, von 1930 auf 1931 sogar um 50 %.<sup>65</sup> Die Niederlande hielten lange an der Goldwährung bzw. einem teuren Gulden fest. Erst im September 1936 begann die wirtschaftliche Erholung durch Aufgabe des Goldstandards und Abwertung des Guldens.<sup>66</sup> Allerdings verteuerte dies jetzt Reisen nach Deutschland. So musste eine möglichst billig geplante Fahrt von 140 niederländischen Schülern nach Detmold während der Herbstferien 1936 wegen der Abwertung des Guldens von der Sekretärin der Holländischen Kommission für Schülerreisen wieder abgesagt werden.<sup>67</sup> Generell war Deutschland in der Vorkriegszeit aber durch die deutschen Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung und aufgrund von Fahrpreisermäßigungen der Bahn ein für Ausländer preiswertes Tourismusziel.<sup>68</sup>

Die nationalsozialistischen Wirtschaftsziele Aufrüstung und Autarkie führten zu einer Devisenkrise und massiven staatlichen Eingriffen. Der Außenhandel Deutschlands wurde faktisch in ein staatliches Monopol umgewandelt und die Devisen bewirtschaftet.<sup>69</sup> In Detmold waren Gulden als Devisen hochwillkommen, gleichzeitig sollte bei Werbeausgaben in den Niederlanden gespart werden.<sup>70</sup> Die Begleichung von Rechnungen der niederländischen Presse über Tourismuswerbung des Verkehrsamts führte zu Schwierigkeiten bei der Überweisung und zu Mahnungen, umso mehr, als eine Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle des Landesfinanzamts erforderlich war.<sup>71</sup> Die Niederländischen Eisenbahnen brachen für 1938 die Planung von Feriensonderzügen ab, was vom LFV Westfalen auf währungspolitische Gründe zurückgeführt wurde.<sup>72</sup>

Direktes Feedback von Niederländern über ihre Reiseerfahrungen, etwa in Form von Dankeschreiben, liegt selten vor. Eine Ausnahme bildet das Schreiben des Zahnarztes „De Steen“ von 1934, der aufgrund positiver Erfahrungen „die unwahre (falsche) Stimmung, welche in meinem Vaterland gegen Deutschland lebt zerstören zu helfen“ möchte. Eine „feindliche Stimmung gegen die Niederlande und ihre Untertanen“ habe er niemals erfahren. Es gäbe keinen Grund zur „Furcht vor der Polizei und den S.A. Männern“, vielmehr sei man liebenswürdig und „gentlemanlike“ gewesen<sup>73</sup>. Eine deutschlandkritische Stimmung in den Niederlanden mit Sorge vor nationalsozialistischen Gewalttaten bei Besuchen wird hier in der Korrespondenz des Verkehrsamts bestätigt.

---

<sup>63</sup> RAINER FREMDLING, Die niederländische Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: FRISO WIELENGA/MARKUS WILP (Hg.), Nachbar Niederlande. Eine landeskundliche Einführung, Münster 2007, 133-172.

<sup>64</sup> WIELENGA 2008, 140.

<sup>65</sup> FRESE 1999, 350.

<sup>66</sup> WIELENGA 2008, 141.

<sup>67</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>68</sup> NOWACK 2006, 153.

<sup>69</sup> MICHAEL GRÜTTNER, Das Dritte Reich. 1933-1939, Stuttgart 2014, 266.

<sup>70</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14195.

<sup>71</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14197, 14205 und 14206.

<sup>72</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14202.

<sup>73</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7054.

Die sozialdemokratische Perspektive vermittelt ein Leserbrief in der Tageszeitung *Het Volk, dagblad voor de arbeiderspartij* über eine Deutschlandreise im August 1933.<sup>74</sup> Unbenommen der engen Parteibindung als Kampforgan der Sociaal-Democratische Arbeiderspartij (SDAP)<sup>75</sup> und den Verbindungen zu deutschen Emigrantenkreisen<sup>76</sup> werden hier Erfahrungen mit Deutschland gespiegelt und Erwartungen für künftige Reisen formuliert. Der Autor berichtet von seinen Gesprächen auf der Reise über ein Klima von Geflüster und Angst. Seine Gesprächspartner fürchten Überwachung und Beobachtung der Unterhaltung, den Verlust des Arbeitsplatzes bei missliebigen Äußerungen, und sie sprechen von Zensur, Gleichschaltung, Zwang und Gewalt.

Bei seinem Aufenthalt in Detmold habe der Leserbriefschreiber in einem Gespräch mit drei Nationalsozialisten das Gespräch auf Felix Fechenbach gebracht. Fechenbach, ehemals Sekretär Kurt Eisners, war ab 1929 als prononcierter Gegner der Nationalsozialisten Redakteur des sozialdemokratischen Detmolder *Volksblatt* gewesen und wurde am 7. August 1933 auf seinem Transport zum Konzentrationslager Dachau ermordet, was die nationalsozialistische Presse verfälschend als „Fluchtversuch“ darstellte.<sup>77</sup> Die drei Nationalsozialisten hätten geäußert, dass politische Gegner gut behandelt und gewarnt würden, „unverbesserliche Fanatiker“ wie Fechenbach aber eingesperrt gehörten. Sein „Fluchtversuch“ hätte seine Schuld insofern bewiesen. Wer als Tourist zu seinem Vergnügen in Deutschland unterwegs sei, so der Leserbriefschreiber, und sich nicht über SA-Männer und Hitlerjungen mit langen Dolchen aufregen wolle, die über Ausländer schimpften, solle Deutschland besser meiden.

### **Die Hochzeit Julianas mit Bernhards zur Lippe-Biesterfeld**

Die niederländische Gesellschaft der dreißiger Jahre kann als pro-oranisch eingestellt verstanden werden, ohne monarchistisch zu sein. Die Dynastie Oranien-Nassau bildete sich im 16. Jahrhundert heraus und war ein wichtiges Bindeglied der Identitätsfindung der Niederlande im Aufstand der freien sieben Provinzen. Die Legitimität der oranischen Statthalter und späteren Könige und Königinnen speiste sich nicht aus einem prononcierten Gottesgnadentum im Gegensatz zum Volk. Die politisch-ökonomischen Umwälzungen des langen 19. Jahrhunderts gefährdeten das Haus Oranien daher nicht grundsätzlich.<sup>78</sup> 1918 huldigte die Bevölkerung Den Haags der Königin Wilhelmina von Oranien-Nassau (1880-1962)<sup>79</sup> und auch bei der Hochzeit der Thronfolgerin Juliana mit Bernhard konnte von einer niederländischen Feststimmung gesprochen werden, dies trotz Skepsis auf Seiten der Linken.<sup>80</sup>

Juliana lernte Bernhard Anfang 1936 bei einem Skiurlaub kennen. Bernhard war der Neffe Leopolds IV. zur Lippe, des letzten bis 1918 in Detmold regierenden Fürsten. Zum Nationalsozialismus war er auf Distanz geblieben, zumindest war über Beziehungen zu NS-Organisationen in der Öffentlichkeit nichts bekannt. Die Verlobung Julianas mit Bernhard wurde am 8. September 1936 bekanntgegeben. Befürchtungen kritischer niederländischer Reaktionen wegen der Wahl eines deutschen Prinzgemahls erwiesen sich zunächst als unbegründet. Die niederländische Sozialdemokratie blieb zwar reserviert, große Teile der Bevölkerung zeigten jedoch Begeisterung, Zustimmung und Freude, wenn sich das Paar zeigte.<sup>81</sup>

---

<sup>74</sup> HET VOLK vom 30. September 1933.

<sup>75</sup> STOOP 1987, 68f.

<sup>76</sup> EBD., 101f.

<sup>77</sup> JÜRGEN HARTMANN, Die Erinnerung an Felix Fechenbach in deutschen Exilzeitungen 1933-1945, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 2 (2005), 38-45.

<sup>78</sup> ROLF-ULRICH KUNZE, Oranje boven: Die Oranier und die niederländische Gesellschaft, in: WIELENGA/WILP 2007, 93-132.

<sup>79</sup> EBD., 116.

<sup>80</sup> WIELENGA 2007, 83.

<sup>81</sup> EBD., 71-74.



*Abb. 2: Juliana und Bernhard auf dem Schlossplatz in Detmold, 1936.  
(Quelle: Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv, Nr. 936)*

Reisebüros, Presse, Hotels und Privatpersonen aus den Niederlanden fragten beim Detmolder Verkehrsamt nach Materialien zu Detmold und dem Lippischen Fürstenhaus an. Gesucht waren Fotos, Geschichte, Farben und Wappen von Lippe, Sitten und Gebräuche sowie Lieder und Trachten. Neben dem touristischen Aspekt standen 1936 die Feierlichkeiten in den Niederlanden selbst im Fokus der Korrespondenz des Verkehrsamts. Ein Bildhauer wünschte Informationen für geplante Werke und auch ein Musikverlag stellte fest, dass „ganz Holland in grosze Freude ist“<sup>82</sup>. Zu einem „Oranje-Ball“ in Amsterdam entsandte Detmold den im Lied „Lippe-Detmold eine wunderschöne Stadt“ besungenen „Lippischen Schützen“ in seiner rheinbundzeitlichen Uniform.<sup>83</sup> Der Titel des Lieds war auch der touristische Slogan Detmolds. Im Dezem-

<sup>82</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>83</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14203.

ber 1936 fand in Den Haag die Eröffnung der „Lippe Detmold Stube“ mit „biedermeierzeitlicher“<sup>84</sup> Ausstattung statt, zu der der Detmolder Bürgermeister in einer Zeitungsannonce gratulierte<sup>85</sup>. Im Falle des 1938 eröffneten Hotels und Vergnügungsparks „Prins Bernhard-Dal“ zeigt sich allerdings, dass bei Anfragen nach Materialien die Kommunikationspartner in den Niederlanden gegebenenfalls von der Gauleitung auf politische Zuverlässigkeit und „arische“ Abstammung überprüft wurden.<sup>86</sup>



*Abb. 3: Lippe-Detmold Stube in Den Haag, 1937.  
(Quelle: Haags Gemeentearchief, Haagse Beeldbank, Nr. 1.06745)*

Der Versuch der niederländischen Politik, die Hochzeit und die politische Situation zu entkoppeln, war nicht erfolgreich. Bereits die Tatsache, dass auf Empfängen die Fahne des alten Fürstentums Lippe gehisst und das Detmold-Lied gespielt wurde, führte zu massiver deutscher Verärgerung. Bei einem privaten Hissen der Hakenkreuzfahne durch zwei Deutsche in Den Haag kam es zu Zwischenfällen und bei einem Fußballspiel wurde die Fahne vom Publikum ausgepiffen. Diese „Flaggenzwischenfälle“ führten in Absprache mit Hitler zu einer Pressekampagne gegen die Niederlande und Bernhard, der nicht entsprechend deutscher Vorstellungen protestiert hatte. Um die Situation zu deeskalieren, kam die niederländische Regierung Deutschland an einem wichtigen Punkt entgegen: Auf der Hochzeitsgala wurde das Horst-Wessel-Lied gespielt. Der Lippe-Detmold-Marsch wurde aus dem Programm genommen und die Farben von Lippe nicht gezeigt. Die deutsche Pressekampagne wurde darauf eingestellt und die eigentliche Hochzeit am 7. Januar 1937 verlief ohne Zwischenfälle. Die deutsch-niederländischen Verstimmungen um das Brautpaar verschwanden aus der Öffentlichkeit.<sup>87</sup> Die Generalreise der Nederlandsche Christelijke Reisvereniging von 1937 z.B. steuerte neben Detmold weitere Erinnerungsorte der Oranier und der lippischen Fürstenfamilie

<sup>84</sup> HET VADERLAND vom 18. Dezember 1936.

<sup>85</sup> HAAGSCHE COURANT vom 21. Dezember 1936.

<sup>86</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>87</sup> WIELENGA 2007, 73-76.

an.<sup>88</sup> Die Vorfälle um die Hochzeit zeigen aber auch, dass über den Erfolg der höflichen niederländischen Neutralitätspolitik letztlich in Berlin entschieden wurde.<sup>89</sup>

Die Korrespondenz des Verkehrsamts mit Niederländern belegt einerseits das große Interesse an Bernhard und dadurch die Bedeutung des Königshauses Oranien-Nassau für das niederländische Selbstbild, andererseits finden sich auch die Auswirkungen der deutschen Vorbehalte im Schriftverkehr wieder. Der Reichsstatthalter Meyer hatte im Vorfeld der Hochzeit am 31. Dezember 1936 alle aktiven Kontakte von Vereinen und Verbänden mit den Niederlanden, z.B. Glückwunschtelegramme, untersagt.<sup>90</sup> Am 18. Januar 1937 kam es zu einer Besprechung Meyers mit dem Kreisleiter des Kreises Detmold der NSDAP Wedderwille, dem Leiter der Reichsbahnzentrale in den Niederlanden Sperling und dem Leiter des Verkehrsamts Schröder. Wegen der politischen Zwischenfälle wurde beschlossen, auf der Titelseite des niederländischsprachigen Faltblatts nicht mit dem „Stammland des Prinzen Bernhard“ zu werben. Das Faltblatt erschien ohne diesen Slogan.<sup>91</sup> Die Beruhigung der Lage spiegelt sich in dem 1937/38 entworfenen Werbeplakat für die Niederlande, in dem sehr wohl wieder das „Stammland van Prins Bernhard“ herausgestellt wurde. Sperling wies Meyer darauf hin, dass die „Gefühle für das Haus Lippe“ in Deutschland zwar geteilt seien, dass aber das „lebhafteste Interesse aller Kreise in Holland für das Prinzenpaar“ eine „zugkräftige Propaganda“<sup>92</sup> in deutschem Interesse“ erfordere.<sup>93</sup> Touristische und politische Interessen befanden sich im Konflikt bzw. mussten gegeneinander abgewogen werden.

## Fazit

Bei niederländischen Individualreisenden zeigt sich der Interessenschwerpunkt Sommerfrische, wohingegen bei Reiseveranstaltungen bzw. Gesellschaftsreisen der Fokus auf dem Erlebnis „urwüchsiger“ Landschaft, auf „romantischen“ Städten sowie Bildung liegt. Das hier sichtbar werdende niederländische Deutschlandbild bildet den Kontrast zur einformig-geregelten niederländischen Landschaft und der modernen Welt. Es sagt mehr über niederländische Identität aus als über Deutschland. Die überwiegende Mehrzahl der in Detmold übernachtenden niederländischen Touristen mit dem Höhepunkt in den Jahren 1936 bis 1938 waren Gesellschaftsreisende.

Das Verkehrsamt Detmold war eingebunden in die gleichgeschaltete und hierarchische Steuerung des Tourismus. Nationalsozialistische Ziele hinsichtlich ausländischer Touristen waren die Vermittlung von „Normalität“ in Deutschland einerseits und die positive Darstellung nationalsozialistischer „Errungenschaften“ andererseits. Der Grad der Einflussnahme auf die Touristen hing vom Tourismusziel und den Interessen der Besucher ab. Lippe-Detmold eignete sich zwar mit seinen Orten und Landschaften zur Vorführung von „Normalität“, bot aber wenig für positiv am Nationalsozialismus interessierte Besucher. Für die niederländische Arbeiterbewegung hingegen war Tourismus unter dem NS-Regime abschreckend. Das Verkehrsamt berücksichtige niederländische Befindlichkeiten vorwiegend mittelständischer Touristen. Die niederländische Arbeiterschaft wurde nicht adressiert.

Das große Interesse an der prinzlichen Hochzeit war Ausdruck der pro-oranischen Identität der Niederländer. Deutschland hingegen wollte das „Stammland von Prinz Bernhard“ aufgrund der politischen Spannungen in den Hintergrund rücken. Touristische, wirtschaftliche und politische Interessen standen bei der

---

<sup>88</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14204.

<sup>89</sup> WIELENGA 2007, 77.

<sup>90</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 14212.

<sup>91</sup> LAV NRW OWL, L 80.04 Nr. 1515.

<sup>92</sup> Propaganda im Sinne von Werbung.

<sup>93</sup> STADTA DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 7201.

Niederlandwerbung in Konflikt. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik machte Deutschland zu einem preiswerten Reiseziel, dennoch konnten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Reisepläne zum Scheitern bringen.

Für weitergehende Untersuchungen bietet sich die Heranziehung der Überlieferung weiterer Touristenorte mit ggf. anderer Klientel an. Weitere Auskünfte über die Erfahrungen von Touristen können Reiseberichte und Postkartensammlungen bieten. Von Interesse ist auch die Charakterisierung des niederländischen Tourismus in Abgrenzung zu Touristen aus anderen Ländern, z.B. England, in Hinblick auf länderspezifische nationalsozialistische Ziele und die spezifische Rezeption des Nationalsozialismus durch die Ausländer.

# Die Handschriftendigitalisierung in der Lippischen Landesbibliothek

von Christine Rühling

## Einleitung

Es ist eine weit verbreitete Vorstellung, dass Bibliotheken hauptsächlich gedrucktes Papier zwischen zwei Buchdeckeln aufbewahren. Diese Ansicht hält sich selbst bei Kennern hartnäckig, führt jedoch in vielen Fällen in die Irre. Nach dem Tod Simons VI. stiftete Simon VII. im Jahr 1614 die Büchersammlung seines Vaters als Öffentliche Bibliothek und legte damit den Grundstock für den Altbestand der Lippischen Landesbibliothek. Als Haus mit langer Geschichte beherbergt die Bibliothek ganz verschiedene Medientypen, die Besucherinnen und Besucher vielleicht nicht immer dort erwarten: Geht man die Magazinregale entlang, sieht man Gemmen neben Radierungen, Ölgemälden und Statuen. In den Fächern lagern Postkarten, Plakate, Theaterzettel, Fotografien und Karten – um nur eine Auswahl an Objekten zu nennen. Für eine Regionalbibliothek ist ein solcher Reichtum nicht untypisch.<sup>1</sup> Das Sammelprofil der Bibliothek ergibt sich aus ihrer Bezogenheit auf die Region Lippe und aus ihren historisch gewachsenen Beständen, die über die Zeit hin gezielt erweitert und ergänzt wurden: Die Lippe-Sammlung enthält beispielsweise die historischen Zeichnungen und Fotografien lippischer Ortschaften. Das Lippische Literaturarchiv fasst unter anderem Nachlässe der aus Detmold stammenden Dichter Christian Dietrich Grabbe (1801-1836), Ferdinand Freiligrath (1810-1876) und Georg Weerth (1822-1856), darunter zahlreiche Autographen, die das Leben der Autoren dokumentieren. Im Lortzing-Archiv, dem Lippe-Musikarchiv und dem Material des Hoftheaters werden bedeutende Musikalia wie handschriftliche Noten oder Rollenbücher verwahrt. Sie sind ein unschätzbare Fundus, anhand dessen sich die Musikgeschichte Lippes rekonstruieren lässt. Und zu den wichtigen Stücken in der Bibliothek Simons VI. gehören die (mittelalterlichen) Handschriften.

Kernaufgabe der Bibliothek ist es nicht nur, diese reichen Bestände zu erhalten und für die Zukunft zu bewahren, sondern auch, sie zu erschließen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Zeiten veränderter Mediennutzung liegt dabei der Fokus zunehmend auf der digitalen Präsentation, denn beschleunigte wissenschaftliche Arbeitsprozesse erfordern eine gute Forschungsinfrastruktur. Digitale Aufbereitung gerade von unikalen Beständen und Sondermaterialien ist daher von besonderem Belang. Diese – schon fast zum Gemeinplatz gewordene – Einsicht stellt die Lippische Landesbibliothek wie jede andere Bibliothek auch vor Herausforderungen. Die Digitalisierung von alten, zum Teil empfindlichen Materialien ist personal- und kostenintensiv. Darum lohnt es sich, einige Gedanken auf das Vorgehen zu verwenden.

## Stand der Digitalisierung

Die Bibliothek hat im Jahr 2008 mit der systematischen Digitalisierung von historischen Beständen begonnen. Ausgewählt wurden damals die *Lippischen Intelligenz- und Anzeigenblätter*, weil dieser im Jahr 1767 gegründete Vorläufer der *Lippischen Landes-Zeitung* für die regionalhistorische Forschung eine besonders reiche Quelle darstellt. Die ersten Scans wurden noch von einem Dienstleister erstellt; der Aufbau einer haus-eigenen Scan-Infrastruktur war 2010 abgeschlossen. Dabei war für die Bibliothek der Gedanke leitend, bedienungsfreundliche und leistungsfähige Hardware mit einer komfortablen Erschließungs- und Präsentationssoftware zu kombinieren, um Aufwand für Administration und Anpassung vermeiden zu können.

---

<sup>1</sup> BERND HAGENAU (Hg.), Regionalbibliotheken in Deutschland, Frankfurt/M. 2000 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderhefte, 78).

Die Software-Lösung mit dem sprechenden Namen „scan-to-web“ war damit die Voraussetzung für die Etablierung eines routinierten Betriebes. Das Digitalisierungsgeschäft bleibt ein ständiger Kostenfaktor: Lizenzgebühren, Personal- und Speicherkosten sowie regelmäßige Wartung der Hardware sind laufend zu bestreiten. Der gezielte Einsatz von Ressourcen führt zwangsläufig dazu, dass die Bibliothek bei der Digitalisierung Prioritäten setzt.<sup>2</sup>

Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Lippiaca, deren Sammlung zu den wesentlichen Aufgaben der Bibliothek gehört. Jüngst konnten durch erfreuliche Kooperationen wichtige Serienquellen zugänglich gemacht werden: in Zusammenarbeit mit dem Naturwissenschaftlichen und Historischen Verein für das Land Lippe (NHV) die *Lippischen Mitteilungen*<sup>3</sup> und in Kooperation mit dem Lippischen Heimatbund die Zeitschrift *Heimatland Lippe*.<sup>4</sup> Insgesamt hat die Bibliothek – das Jahr 2016 eingeschlossen – 1.313 digitale Werke mit einem Speichervolumen von 3,8 TB online gestellt.<sup>5</sup> Dieses Online-Angebot wird rege genutzt: Allein in 2016 wurde jedes Digitalisat unseres Portals im Schnitt 70mal aufgeblättert. Jede dieser Sessions dauerte durchschnittlich 14 Minuten. Diese erfreulichen Zahlen halten dazu an, weiter in den Bereich Digitalisierung zu investieren und sich nun auch anderen bedeutenden Bestandsgruppen zuzuwenden. Es liegt nahe, neben den Druckerzeugnissen mit regionalem Schwerpunkt die unikalen Sammlungen der Bibliothek online zugänglich zu machen.

## Herausforderungen der Handschriftendigitalisierung

Seit dem letzten Jahr digitalisiert die Lippische Landesbibliothek auch Handschriften. Den Anfang hat sie mit ihrem vielleicht prachtvollsten Stück gemacht: Jakob van Maerlants „Der naturen bloeme“ von 1287 (Mscr 70) ist ein mittelalterliches enzyklopädisches Werk, welches „das Beste aus der Natur“ präsentiert. Es ist also eine Naturkunde, die in 13 Büchern der Reihe nach Menschen, Tiere, Pflanzen, Quellen, Steine und Metalle abhandelt. Von „Der naturen bloeme“ sind elf vollständige und acht fragmentarische Handschriften überliefert, einige davon schön illuminiert. So auch das Detmolder Exemplar, dessen 500 farbige Miniaturen den Inhalt reich illustrieren.<sup>6</sup> Doch nicht nur ihre prachtvolle Ausführung prädestiniert eine Handschrift zur Online-Präsentation, ein weiteres Kriterium ist ihre Seltenheit: Im Jahr 1594 etwa nahm Simon VI. ein Exemplar des ersten Bandes von Joachim Camerarius’ „Symbola & emblemata“ (Nürnberg 1590; Mscr 84) mit zum Reichstag nach Regensburg. Beim Buchbinder ließ er sein Exemplar „durchschießen“, d.h. nach jedem bedruckten Blatt wurde ein leeres Blatt eingebunden, um handschriftliche Notizen zu ermöglichen. Simon verwendete den Band als Stammbuch und sammelte auf den leeren Seiten während seines Aufenthalts in Regensburg 86 Unterschriften von Reichstagsteilnehmern, von Herzögen, Grafen, Erzbischöfen,

---

<sup>2</sup> Zur Auswahl der Bestände für die Digitalisierung vgl. JOACHIM EBERHARDT, Die digitalen Sammlungen der Lippischen Landesbibliothek. In: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 13 (2012), 51-54. <http://www.rosenland-lippe.de/wp-content/uploads/2017/12/Rosenland-13.pdf>; JOACHIM EBERHARDT: Das kulturelle Erbe sichtbar machen – Digitalisierung in der Lippischen Landesbibliothek Detmold. In: IRMGARD SIEBERT (Hg.), Digitalisierung in Regionalbibliotheken. Frankfurt/M. 2012 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderbände, 107), 73-86, vgl. auch <http://www.llb-detmold.de/wir-ueber-uns/aus-unserer-arbeit/texte/2012-5.html>. – Alle in diesem Aufsatz verwendeten Online-Quellen wurden am 28. März 2018 geprüft.

<sup>3</sup> <http://s2w.hbz-nrw.de/llb/periodical/titleinfo/5754097>.

<sup>4</sup> <http://s2w.hbz-nrw.de/llb/periodical/titleinfo/5794139>.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den JAHRESBERICHT DER LANDESBIBLIOTHEK 2016 unter: [http://www.llb-detmold.de/fileadmin/user\\_upload/redaktion/dokumente/publikationen/LLB\\_Jahresbericht\\_2016\\_klein.pdf](http://www.llb-detmold.de/fileadmin/user_upload/redaktion/dokumente/publikationen/LLB_Jahresbericht_2016_klein.pdf).

<sup>6</sup> Vgl. ausführlich zu der Handschrift DETLEV HELLFAIER, Schlangen, Monster, Fabelwesen – Jacob van Maerlant „Der naturen bloeme“ – unter besonderer Berücksichtigung der Detmolder Handschrift aus dem späten 13. Jahrhundert. In: HEINRICH SCHMIDT (Hg.), Tota Frisia in Teilansichten. Hajo van Lengen zum 65. Geburtstag. Aurich 2005, 223-34, vgl. auch <http://www.llb-detmold.de/wir-ueber-uns/aus-unserer-arbeit/texte/2005-1.html>; sowie AMAND BERTELOOT/DETLEV HELLFAIER (Hg.), Jacob von Maerlants ‚Der naturen bloeme‘ und das Umfeld. Vorläufer – Redaktionen – Rezeption. Münster u.a. 2001 (Niederlande-Studien, Bd. 23).

Diplomaten aus dem Gefolge der weltlichen und geistlichen Fürsten sowie Personen des kaiserlichen Hofes.<sup>7</sup> Das Stammbuch wurde so zu einem einmaligen historischen Zeugnis.

Es ist erfreulich, dass die Digitalisierung der Stücke nun einen schnellen, unkomplizierten und material-schonenden Zugriff auf die unikale Sammlung ermöglicht.

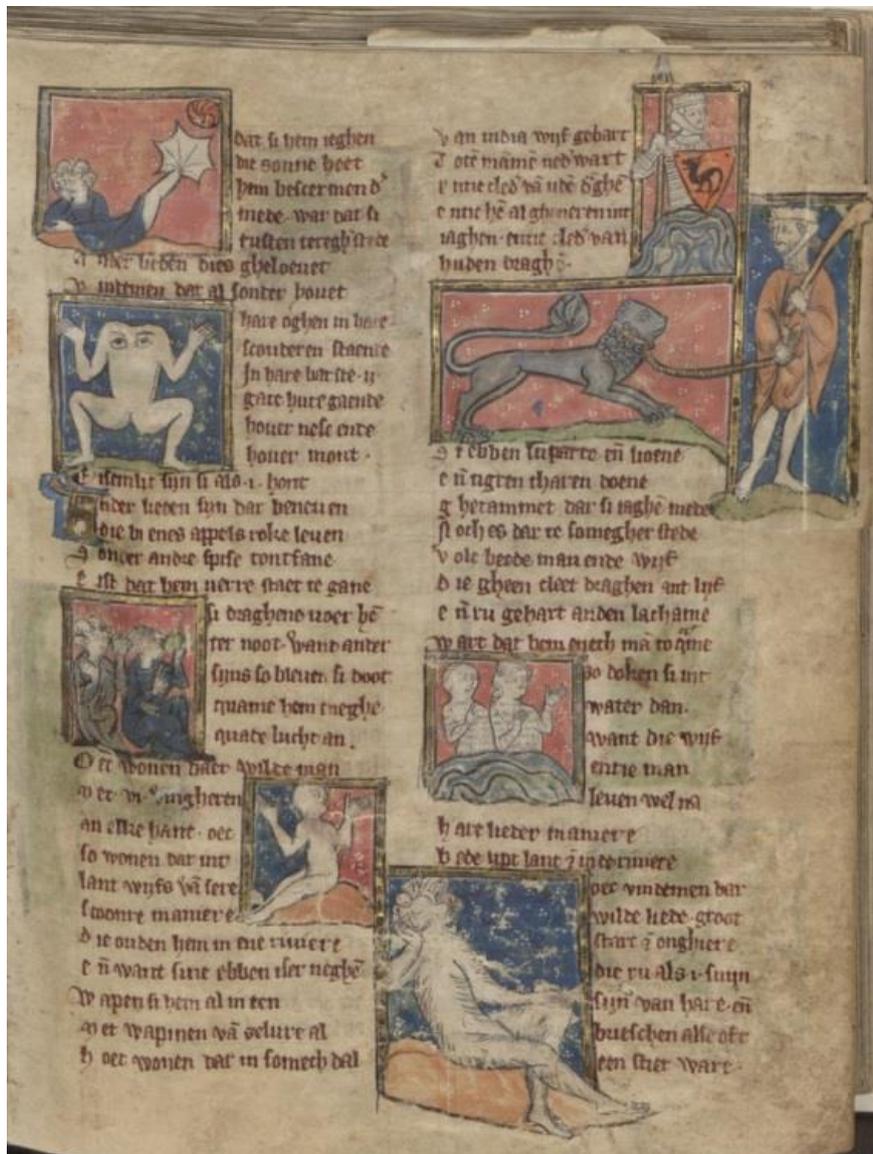


Abb. 1: Die Detmolder Handschrift von Jacob van Maerlants  
 „Der naturen bloeme“ ist mit 500 Miniaturen reich illuminiert.  
 (Quelle: Lippische Landesbibliothek, Signatur: Mscr 70, Blatt 12r)

Warum ist das Digitalisieren von Handschriften ein bemerkenswerter Schritt? Es hat damit zu tun, dass dieser Medientyp, äußerlich dem gewöhnlichen Bibliotheksgut „Buch“ sehr ähnlich, die Bibliothek vor deutlich größere Herausforderungen stellt: 1) in seiner empfindlichen Beschaffenheit, 2) in der Verwaltung seiner Metadaten, 3) in seiner genauen Erschließung.

<sup>7</sup> Vgl. JULIA FREIFRAU HILLER VON GAERTRINGEN, Joachim Camerarius: Symbola & emblemata. Bd. 1: Symbolorum & emblematum ex re herbaria desumtorum centuria una collecta. Nürnberg 1590. [Durchschossenes Exemplar als Stammbuch des Grafen Simon VI. zur Lippe, 1594.]; Lippische Landesbibliothek Detmold: Mscr 84. In: Schätze aus den Bibliotheken Nordrhein-Westfalens. Hg. im Auftrag des „Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen“. Weilerswist 2005, 38-39, vgl. auch [http://www.llb-detmold.de/fileadmin/user\\_upload/redaktion/dokumente/texte/2005-8-2\\_Hiller\\_Symbola.pdf](http://www.llb-detmold.de/fileadmin/user_upload/redaktion/dokumente/texte/2005-8-2_Hiller_Symbola.pdf).

Zu erstens: Handschriften sollte man nicht einfach sorglos auf den Aufsichtsscanner legen, um gute Bilder herzustellen. Bei jedem Einzelstück muss dem Scannen eine konservatorische Sichtung vorausgehen, ob sein Zustand eine Digitalisierung zulässt: Ist der Einband brüchig? Hat das Material Schäden? Lässt die Bindung einen Öffnungswinkel zu, der nötig ist, um ein vollständiges Bild zu erstellen? Sichertgestellt werden muss, dass das jeweilige Stück auch bei einer äußerst vorsichtigen Bilderzeugung keinen Schaden nimmt. Das Scannen von Handschriften sollte deshalb nur von gut ausgebildetem Personal durchgeführt werden, das Erfahrung im Umgang mit empfindlichen Materialien mitbringt.

Zu zweitens: Das Portal „Digitale Sammlungen“ der Lippischen Landesbibliothek ist das „Fenster“ zu ihren Digitalisaten. Überwiegend handelt es sich dabei bisher um Druckerzeugnisse. Das liegt auch an den Voraussetzungen, die die in der Bibliothek eingesetzte Software mitbringt. Die Bibliothek setzt „Visual Library“ (VL) der Firma Semantics ein. Bei einer Digitalisierung werden die vom Scanner erzeugten Bilder eines Mediums mit Angaben zu diesem Medium („Metadaten“) verknüpft. Weil man Metadaten nicht in die VL direkt eintragen kann, braucht das Programm eine andere Quelle. Bei der Digitalisierung von Büchern ist das kein Problem: Die VL holt sich die Metadaten zu dem jeweiligen Buch aus dem elektronischen Bibliothekskatalog. Aber was tut man mit Medien, die dort nicht erfasst sind? Es gibt dafür prinzipiell zwei Lösungen: Entweder wird das Medium erst im Bibliothekskatalog katalogisiert, oder die VL holt sich die benötigten Angaben aus einer anderen Datenbank, für die dann aber eine entsprechende Verbindung („Schnittstelle“) schon existieren oder noch geschaffen werden muss.

Bibliotheken wie die Lippische Landesbibliothek haben ihre nicht buchartigen Materialien häufig in Sonderkatalogen und Findbüchern nachgewiesen. Doch nicht immer liegen diese schon in Datenbankform vor. Die Handschriften der Bibliothek beispielsweise sind in verschiedenen alten Band- und Zettelkatalogen aufgeführt. Auf der Webseite steht ein Findbuch,<sup>8</sup> das eine Abschrift des Handschriften-Zettelkatalogs enthält, der wiederum auf einem Manuscripten-Katalog beruht, den der Bibliothekar Otto Preuß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts angelegt hat. Nur für 18 mittelalterliche Handschriften gibt es – in Buchform – ausführlichere Beschreibungen, die heutigen Ansprüchen genügen.<sup>9</sup> Das heißt: in Datenbankform liegen die Metadaten nicht vor. Darum folgt die Bibliothek einem anderen Weg, der so für Nichtbuchmaterialien eigentlich nicht vorgesehen war, sich jedoch mittlerweile als Standard durchgesetzt hat:<sup>10</sup> Die Handschriften werden wie herkömmliche Drucke behandelt. Für den Bibliothekskatalog werden Kurzkatalogisate angelegt, in denen natürlich längst nicht alle Felder der klassischen Druckbeschreibung (wie Drucker, Verlagsort, Jahr) belegt sein können. Damit sind die „Metadaten“ für die VL geschaffen. Ideal ist diese Lösung aber nicht, denn sie präsentiert die Handschriften dort, wo Forscherinnen und Forscher eher nicht suchen: im lokalen Bibliothekskatalog. Es besteht durchaus die Gefahr, dass die Medien schlicht „übersehen“ werden. Etabliert hat sich als überregionales Nachweisinstrument für Handschriften bis Mitte des 16. Jahrhunderts die Plattform „Manuscripta Mediaevalia“ (das Portal wird zurzeit im Rahmen eines DFG-geförderten Projekts überarbeitet).<sup>11</sup> Für eine bessere Sichtbarkeit der Handschriften der Lippischen Landesbibliothek in Fachkreisen wäre es daher wünschenswert, Digitalisate und Metadaten an dieses übergeordnete Handschriftenportal zu liefern – und auf diesem Wege auch an die damit verknüpften Plattformen „Deutsche

---

<sup>8</sup> S. das Findbuch bzw. den „Katalog der Handschriften“ unter: [http://www.llb-det-mold.de/fileadmin/user\\_upload/redaktion/dokumente/sonstiges/Katalog\\_der\\_Handschriften\\_20171213.pdf](http://www.llb-det-mold.de/fileadmin/user_upload/redaktion/dokumente/sonstiges/Katalog_der_Handschriften_20171213.pdf).

<sup>9</sup> Vgl. ULRICH HINZ (Bearb.), Handschriftencensus Westfalen. Wiesbaden 1999 (Schriften der Universitäts- und Landesbibliothek Münster 18).

<sup>10</sup> Selbst die Arbeitsgruppe der deutschen Handschriftenzentren zur Digitalisierung der mittelalterlichen Handschriften in Deutschland hat die Erstellung von Minimalkatalogisaten im OPAC fest in den Arbeitsprozess eingeplant: Konzeptpapier der Arbeitsgruppe der deutschen Handschriftenzentren zur Digitalisierung der mittelalterlichen Handschriften in Deutschland. Erarbeitet in Abstimmung mit dem Wissenschaftlichen Beirat der Handschriftenzentren, 2011, 9. In: [https://www.bsb-muenchen.de/fileadmin/pdf/handschriften\\_digi/konzeptpapier\\_digitalisierung\\_2011\\_veroeffentlichung.pdf](https://www.bsb-muenchen.de/fileadmin/pdf/handschriften_digi/konzeptpapier_digitalisierung_2011_veroeffentlichung.pdf).

<sup>11</sup> <http://www.manuscripta-mediaevalia.de>.

Digitale Bibliothek“ und „Europeana“. Doch das ist nicht ohne erneuten Aufwand möglich, weil die für den Bibliothekskatalog erstellten Kurzkatalogisate nicht dem Minimalmetadaten set des Handschriftenportals genügen.<sup>12</sup>

Zu drittens: Die Nutzerinnen und Nutzer sollen sich in der digitalen Präsentation einer Handschrift leicht orientieren können. Für Orientierung sorgt die Bibliothek durch „Strukturierung“ oder „Tiefenerschließung“. Bei einem Buch bedeutete das beispielsweise, Kapitelüberschriften zu erfassen und auffindbar zu machen. Doch alte Handschriften sind in der Regel nur in Ansätzen so gegliedert, wie wir es heute vom Medium Buch gewohnt sind. Wer ihre Struktur beschreiben möchte, braucht daher Fachwissen und Erfahrung, um sich einen Überblick über Inhalt und Struktur der Handschrift machen und diese dann nach eigenem Urteil gliedern zu können – ein bibliothekarischer Arbeitsschritt, der durchaus zeitaufwendig ist.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Digitalisierung von Handschriften für die Lippische Landesbibliothek alles andere als eine einfache Routineaufgabe ist. Sie braucht sowohl eine besondere Geräteausstattung als auch geschultes Personal – und viel Zeit.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Durch die Entwicklung EDV-basierter Arbeitens hat sich der wissenschaftliche Forschungsprozess in den vergangenen Jahren in einem Maße beschleunigt, dass es mittlerweile schon fast zur Voraussetzung geworden ist, jederzeit und von überall komfortabel auf historische Quellen zugreifen zu können. Was online recherchierbar und als Digitalisat vorhanden ist – und nur das ? –, wird wahrgenommen und ausgewertet. Große über Altbestand verfügende Bibliotheken gehen aufgrund ihrer schlagkräftigen IT-Abteilungen und eines nicht geringen Pools an speziell geschultem Fachpersonal auf dem Feld der Digitalisierung voran und entwickeln immer neue Formen der digitalen Präsentation. Die Lippische Landesbibliothek kann als kleinere Einrichtung auf Ressourcen dieser Art nicht zurückgreifen und reagiert darauf mit einer gezielten Priorisierung der zu digitalisierenden Bestände: Neben den Lippiaca steht zurzeit die Digitalisierung der Handschriften im Fokus. Denkt man weiter in die Zukunft, fallen weitere, unikale Bestandsgruppen als mögliche Digitalisierungsschwerpunkte in den Blick. Zur Online-Präsentation prädestiniert wäre etwa die umfangreiche Autographensammlung des Literaturarchivs. In einem Projekt mit dem Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf und dem Kompetenzzentrum für elektronische Erschließungs- und Publikationsverfahren in den Geisteswissenschaften an der Universität Trier wurden bereits die Grabbe-Autographen in ein „Grabbe-Portal“ eingespielt.<sup>13</sup> Weitere Schätze warten in den Magazinen der Bibliothek. Doch bevor eine Digitalisierung in diesem Bereich möglich ist, sind einige Hürden zu überwinden. Beispielsweise sind die Autographen bislang nicht in einer Form elektronisch erschlossen, die eine Nachnutzung in der VL erlauben würde. Ein Teil ist in einer nur lokal nutzbaren Datenbank nachgewiesen, ein anderer Teil in einem übergeordneten Nachweisinstrument gemeldet, nämlich dem von der Staatsbibliothek in Berlin gehosteten Portal „Kalliope“.<sup>14</sup> Um also eine einheitliche Datenlage zu gewährleisten, ist es sinnvoll, die die Autographen beschreibenden Metadaten alle in guter Qualität in das Kalliope-Portal zu überführen – das ist nur ein kleiner Schritt auf dem Papier, aber – wie jede Datenmigration – sehr aufwendig. Ist das getan, fehlt nur

---

<sup>12</sup> Handschriftenportal (HSP). Antrag zur Entwicklung eines zentralen Onlineportals für Erschließungs- und Bilddaten zu Buchhandschriften. Beantragt durch: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Universitätsbibliothek Leipzig, Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, Bayerische Staatsbibliothek, München 2016, 7. In: [http://www.handschriftenzentren.de/wp-content/uploads/2016/05/beschreibung\\_des\\_vorhabens.pdf](http://www.handschriftenzentren.de/wp-content/uploads/2016/05/beschreibung_des_vorhabens.pdf).

<sup>13</sup> [www.grabbe-portal.de](http://www.grabbe-portal.de). Vgl. dazu BERND FÜLLNER, „Durch den Staub der Bücher bin ich gekrochen und bin nicht erstickt – Das Grabbe-Portal als „digitale Archiv-Edition“. In: GRABBE-JAHRBUCH 2013 (2014), 129-142, vgl. auch <http://www.llb-det-mold.de/wir-ueber-uns/aus-unserer-arbeit/texte/2013-9.html>.

<sup>14</sup> <http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de>.

noch eine Schnittstelle zwischen Kalliope und der „Visual Library“, um einen komfortablen Datenimport und -export zu gewährleisten. Das Interesse an einer solchen Schnittstelle ist groß, weil die VL auch in anderen Bibliotheken mit Autographenbeständen im Einsatz ist, und so dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis sie vorliegt. Dann wären alle Voraussetzungen zur Digitalisierung von Autographen geschaffen. Die Lippische Landesbibliothek muss dann nur noch Zeit, Geld und Personal einsetzen, um sie zu nutzen ...

*Bettina Joergens u. Jan Lucassen (Hg.), Saisonale Arbeitsmigration in der Geschichte. Die lippischen Ziegler und ihre Herkunftsgesellschaft. Essen, Klartext, 2017 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 68) – 225 S., zahlr. Abb. – 23,95 €*

Die Zusammenarbeit von Historikern des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam mit Archivarinnen und Archivaren der Detmolder Abteilung des Landesarchivs NRW hat mit der Einrichtung des online-Portals „Lippische Ziegler“ (<https://socialhistory.org/en/migration/ziegler>) im Jahre 2011 schon ein fruchtbares Ergebnis gezeitigt. Sechs Jahre später fand in Detmold ein Symposium zum Thema statt, dessen Vorträge im vorliegenden Sammelband veröffentlicht sind. Sie zeigen den Stand der Forschung und verweisen auf Fragestellungen, an denen weitergearbeitet werden sollte.

Alle Beiträge betonen die typischen Elemente der lippischen „Frieslandgängerei“ bzw. „Hollandgängerei“: das unzureichende Arbeitsangebot in der Heimat, die Chance der Lohnarbeit in der Fremde, die weitgehende Spezialisierung der Lipper, die sich in Kollektiven, den „Kommunen“, verdingten, die Härte der Arbeit, die Sparsamkeit der Lebensführung, der kleine Wohlstand in der Heimat. Die Wiederholung von Emigration und Rückkehr im festgelegten Wechsel macht eine Besonderheit aus, die zwar nicht einzigartig war – in den benachbarten westfälischen Gebieten war die Saisonarbeit polnischer Erntehelfer üblich –, aber lippische Mentalität prägte. Angesichts der Betonung der großen Armut und der Aussichtslosigkeit der Unterschichten in der Heimat weist Leo Lucassen darauf hin, dass die Ziegler dennoch keine Parias waren, sondern angesichts ihrer handwerklichen Spezialisierung und der Härte ihres Arbeitslebens einen eigenen Stolz entwickelten und ihre Selbstbewusstsein auch mit zurück in die Heimat brachten. Dass sie – entgegen der Sorge mancher Geistlicher – nicht der Sozialdemokratie in die Arme fielen, wird auch auf dieses Eigenbewusstsein zurückgeführt. Zu ergänzen wäre vielleicht die auch andernorts in der Industrialisierung gemachte Erfahrung, dass Arbeiter, die zu Hause ein noch so kleines Stück Land besaßen, nur schwer ein proletarisches Klassenbewusstsein entwickelten.

Ein bemerkenswertes Gefälle zeigt sich darin, dass die lippischen Emigranten Arbeitsplätze besetzten, die von den einheimischen Arbeitskräften wegen des niedrigen Lohnniveaus gemieden wurden. Schon im 17. Jahrhundert sind Lipper als Torfstecher, Grasmäher an den Deichen und als Ziegler zu finden, wobei Annette Hennigs betont, dass die Wanderarbeit erst nach dem 30jährigen Krieg im Archivmaterial fassbar wird. Sie spricht auch die Frage an, wann und wie die Spezialisierung auf die Ziegelproduktion begann, die Beantwortung erfordert jedoch noch weitere Forschung. Eine wichtige Rolle werden dabei die archivisch an verschiedenen Stellen fassbaren „Ziegelboten“ als Makler zwischen Ziegeleibesitzern und den Kommunen der Ziegler gespielt haben.

Die Quellenlage ist auch deswegen günstig, weil die Obrigkeit die Wanderarbeiter im Blick hatte. Man brauchte sie, weil sie einen gewissen Wohlstand ins Land brachten, aber sowohl die staatliche Verwaltung als auch die Landeskirche wollten eine Kontrolle behalten. Einen dramatischen Höhepunkt erreichte die Sorge um die Landeskinder in der Fremde, als die 1892 in Hamburg ausgebrochene Cholera auch die an der Elbe tätigen Ziegler bedrohte. Wolfgang Bender stellt die letzten Endes erfolgreichen Bemühungen auf staatlicher und lokaler Ebene dar, die „Einfuhr“ der Seuche nach Lippe zu verhindern.

Die in Holland, Friesland oder Dänemark – frühe Zielgebiete der Wanderarbeiter, bevor andere Regionen dazukamen – als niedrig angesehen Löhne galten in Lippe viel. Davon zeugen nicht nur die in der Literatur regelmäßig erwähnten hohen Sparguthaben der Ziegler, sondern auch Hausbau und Landerwerb in den

Heimatdörfern. Jürgen Scheffler beschreibt die Entwicklung ganzer „Zieglerdörfer“ und weist wie auch Heinrich Stiewe nach, dass die „Zieglerhäuser“ in einzelnen Dörfern das ganze Dorfbild geprägt haben. An den Gebäuden lassen sich auch sozialgeschichtliche Veränderungen erkennen. Waren ursprünglich die Teilerbehaber einer Kommune gleichberechtigt und teilten sich Arbeit und Lohn, sonderten sich zum Ende des 19. Jahrhunderts die Meister ab und wurden zu selbständigen Unternehmern auf eigenes Risiko, die Ziegeleien pachteten, ihre Mannschaften zusammenstellten und die Löhne aushandelten. In Istrup wird das neue soziale Gefälle sichtbar. Zwei von Unternehmern errichtete Prachtbauten stehen den einfachen Siedlungshäusern gegenüber, während andere Ziegler auch weiterhin zur Miete wohnen. Für Istrup nennt Stiewe auf der Basis des Lippischen Adressbuchs von 1901 - „ein eindrucksvolles Dokument des lippischen Zieglerwesens auf seinem Höhepunkt“ (Stiewe) - 23 Ziegler als Hausbesitzer und 42 als Mieter.

Der sichtbare Erfolg könnte weitere Kreise verlockt haben, in die Fremde zu gehen – mit Wirkungen in der Heimat, wo aus dem Arbeitskräfteüberschuss tendenziell ein Mangel wurde und höhere Löhne als zuvor bezahlt werden mussten. Dieser Zusammenhang gehört in das Gesamtbild von Arbeitsmigration, müsste aber im Detail noch genauer nachgewiesen werden. Das ist das Wichtigste am genannten online-Portal: der nachvollziehbare Fortschritt in der Analyse des Zusammenhangs zwischen der konkreten Geschichte einer quellenmäßig gut vertretenen Region, die sogar biographische Rekonstruktionen erlaubt, mit dem Gesamtbild von Migration im Allgemeinen und Arbeitsmigration im Besonderen. Daraus Erkenntnisse für die aktuelle Diskussion um Flüchtlingsströme ziehen zu wollen, wie es hin und wieder als Wunsch anklingt, würde den Ansatz allerdings überstrapazieren.

Ihren Höhepunkt hatten die Zieglerkampagnen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und vor dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Krieg wurden die Bedingungen schwerer: im Ausland waren Deutsche nicht mehr so beliebt, andere Baustoffe machten den Ziegeln Konkurrenz und die Wirtschaftskrisen führten auch im Freistaat Lippe zu hoher Arbeitslosigkeit. Auch wenn sich in der lippischen Presse immer noch Suchanzeigen für Spezialisten, in der Regel Brenner, finden, hatte die „Sesshaftmachung“ der Wanderarbeiter für das Landespräsidium höchste Priorität. Die von Heinrich Drake noch 1947 in den „Punktationen“ geäußerte Sorge um die Ziegler, auf die Bettina Joergens und Jan Lucassen in ihrer Einleitung hinweisen, zeigt, dass das Problem erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelöst wurde. Die Erfahrung der Wanderarbeit prägte aber auch danach noch die Mentalität von Familien, wie Friedemann Pape im Gespräch mit Bettina Joergens aus eigener Erfahrung berichtet. Hier ist ein wichtiger Schnittpunkt zu erkennen – denn die eher abstrakte sozial- und strukturgeschichtliche Analyse der „Hollandgängerei“ wird immer wieder von der Lebenserfahrung konkreter Menschen gekreuzt, die zum Teil im Archivgut, zum geringen Teil in Selbstdokumenten, in vielen Fällen aber noch in der Erinnerung lippischer Familien lebendig sind. Einige Aussagen der Beiträge erscheinen plausibel, verlangen aber noch weitere Untersuchungen, etwa die Wirkungen des Selbstbewusstseins der Ziegler auf die im Lande gebliebenen Angehörigen der Unterschichten. Andere Erscheinungen müssten näher erläutert werden, etwa der Zusammenhang zwischen dem Niedergang der Wanderarbeit und der hohen Arbeitslosigkeit in Lippe in der Zeit der Weimarer Republik. Interessant wäre für das 19. Jahrhundert die Frage, nach welchen Kriterien sich Einzelne zwischen saisonaler und endgültiger Emigration, etwa nach Amerika, entschieden haben. Ein eigenes Thema wären zudem jene Ziegelmeister, die die Wanderarbeit aufgaben, die bisher gepachtete Betriebe kauften und am neuen Ort heimisch wurden. Burkhard Beyer zeigt dies eindrucksvoll an Übersiedlern in das Hochstift Paderborn, die Erscheinung gab es aber auch sonst, von der Niederelbe bei Hamburg bis Frankfurt am Main.

Eine persönliche Bemerkung sei zum Schluss erlaubt: Eine dem Fremden auffällige Besonderheit Lippes ist das starke Eigenbewusstsein seiner Einwohner, die Lipperinnen und Lipper sind und auch nichts anderes sein wollen. Gleichzeitig fehlt ihnen jede Überheblichkeit, jedes Überlegenheitsgefühl anderen Regionen

gegenüber - eine sympathische Erscheinung, die vielleicht auch mit der Generationen übergreifenden Erfahrung von Arbeit in der Fremde zu tun hat.

Andreas Ruppert

*Jürgen Scheffler u. Stefan Wiesekepsieker (Hg.), Starke Frauen in der Kunst. Künstlerinnen im Aufbruch zur Moderne. Von Ida Gerhardi bis Ilse Häfner-Mode, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2018. – 124 S., zahlreiche Abb. 14,90 €*

Jürgen Scheffler, Museumsleiter in Lemgo, und Stefan Wiesekepsieker, Leiter der Fachstelle Geschichte im Lippischen Heimatbund, hatten vor einiger Zeit angeregt, sich mit Künstlerinnen zu befassen, die in Lippe tätig waren, und sie in einer Ausstellung und in einem Begleitband zu präsentieren. Die Ausstellung ist unter dem Titel „Starke Frauen“ vom 22. April bis zum 17. Juni in Schwalenberg zu sehen, der Begleitband ist wenige Tage vor der Eröffnung erschienen.

Es ist ein sehr schönes Buch geworden, haptisch ein Genuss, mit Texten, die man mit Vergnügen liest, und Abbildungen, die man mit Freude betrachtet. Es handelt tatsächlich von „starken“ Frauen, von beeindruckenden Persönlichkeiten, die sich ihrer Talente und ihrer Möglichkeiten bewusst waren. Nicht alle suchten mit ihren Werken die Öffentlichkeit, nicht alle machten die Kunst zum Beruf, aber das waren individuelle Entscheidungen, die respektiert werden müssen. Es sind Malerinnen, Handwerkerinnen, die ihr Handwerk zur Kunst machten, Fotografinnen. Einige verließen Lippe – Paris war doch aufregender als Detmold -, andere kamen, manche, um zu bleiben, manche, um nach einiger Zeit das Land wieder zu verlassen. Aber es gab auch Künstlerinnen, die ihrer lippischen Heimat immer verbunden blieben.

Alle werden kenntnisreich und mit Empathie bedacht, von Ida Gerhardi und Jelka Rosen, die im Paris der Jahrhundertwende reüssierten, bis zu den „Präsentmalerinnen“ aus dem Detmolder Bürgertum, die ihre Werke nicht ausstellten und nicht verkauften. In diesem Buch stehen sie gleichwertig nebeneinander. Wie weit die Bandbreite der Interessen und des Schaffens reichen konnte, wird an der Goldschmiedin Elisabeth Tresckow deutlich, die nicht nur den Dreikönigenschrein in Köln nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg restaurierte, sondern etwas schuf, das Vielen aus unserer Leserschaft wohl bekannt ist, aber nicht mit ihrem Namen verbunden wird: jene „Salatschüssel“ genannte Meisterschale des deutschen Vereinsfußballs.

Auch Fotografinnen gehören in den Reigen der hier vorgestellten Künstlerinnen. Gisela Wölbing und Gertrud van Dyck haben in Detmold ihre Leben und ihr Wirken miteinander verbunden. Von ihnen stammt eines der bekanntesten Porträts von Heinrich Drake, abgebildet ist auch ihre Aufnahme von Man Ray - ein Meisterwerk der Schwarzweißfotografie.

Schon allein dieses Bildes wegen muss der Band noch eine ganze Weile griffbereit auf dem Schreibtisch liegen bleiben.

Andreas Ruppert

**Prof. Dr. Lothar Albertin**

geboren am 26. Dezember 1924 in Ortelsburg (Ostpreußen)

gestorben am 28. März 2018 in Bad Meinberg



*Prof. Dr. Lothar Albertin, 2008. (Foto: Matthias Schultes)*

In Begegnungen mit Lothar Albertin war manchmal etwas davon zu spüren, was Humboldtscher Geist und Humboldtsche Universität hätten bedeuten können. Die Neugier auf das Unbekannte. Die Offenheit gegenüber dem Fremden und die Bereitschaft zum Zuhören. Das Ernstnehmen des Gegenübers, das stetige Streben nach einer Verständigung, die beide bereichern würde. Zuletzt die Einheit von Lehren und Lernen als nicht endender Prozess.

Das ergibt Weltläufigkeit ohne jede Vorstellung einer kulturellen Überlegenheit. Lothar Albertin lehrte in Marburg, in Mannheim, in Bielefeld, er lehrte auch in New York, in Bordeaux, in Paris und in Antananarivo auf Madagaskar. Freundschaften entstanden an allen diesen Stationen, und sie hielten an. Aber er engagierte sich auch für den Tierschutz in Lippe und das Freibad in seiner zweiten Heimat Bad Meinberg. Er gab das Frankreich-Jahrbuch mit heraus, war im Vorstand der Deutsch-Madagassischen Gesellschaft und gleich-

zeitig 13 Jahre lang Vorsitzender des Kur- und Verkehrsvereins Horn-Bad Meinberg. Sein Freund Ingo Kolboom hat dafür ein schönes Bild gefunden, für ihn war Lothar Albertin „ein Geometer, nun aber einer, wie ihn das 18. Jahrhundert neben dem ‚philosophe‘ zur Schlüsselfigur der Aufklärung erhob: ein ‚géomètre‘ des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens, einer, der Linien absteckt, Orientierungen und Ziele ermittelt.“

Lothar Albertin half bei der Suche nach Orientierungen, er hat Türen geöffnet und Möglichkeiten geschaffen, wo erst einmal keine zu sehen waren. Er hat nichts gefordert, aber die, die ihm zuhörten, mit wertvollen Anregungen und Hinweisen vor dem einen oder anderen Irrweg bewahrt. Beiläufig erwähnte er einmal, dass ihn selbst immer die schwierigen Fragen gereizt hätten, an denen man sich abarbeiten musste, und nicht der leichtere Weg, auf dem man sich schon auskannte.

Vorausgesagt waren ihm weder die wissenschaftliche Karriere mit doppelter Habilitation und den Berufungen an die genannten Universitäten noch die allseitige Anerkennung seiner Lebensleistung und der Respekt vor seiner Persönlichkeit. Er hatte die Brüchigkeit des Daseins beispielhaft erlebt, sie war ihm immer gegenwärtig. Dazu gehörte die letzte Begegnung mit dem Vater, in den letzten Kriegstagen, auf einem Bahnhof, der eine auf dem Weg zum Heimaturlaub, der andere als Jugendlicher auf dem Weg zur nahegerückten Front. Den Vater hat er nie wieder gesehen. Seine eigene grauenhafte Erfahrung als Teil einer Panzerbesatzung musste ebenso verarbeitet werden wie der Verlust der ersten, der ostpreußischen Heimat. Lothar Albertin erzählte davon manchmal mit leiser Stimme, weder anklagend noch verbittert, aber man verstand von hier aus seinen lebenslangen Einsatz für Verständigung und Frieden, innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Völkern. Mit großer Offenheit gegenüber den Kriegsgegnern, im Osten wie im Westen, wo Frankreich seine große Liebe wurde. Der überzeugte Europäer fuhr mit seinen Bielefelder Studenten nach Straßburg, zum Europäischen Parlament, denn Politikwissenschaft sollte nicht nur im Hörsaal stattfinden - „Lothar Europa“ hieß er bei seinen Bielefelder Studierenden. Europa war ihm eine Hoffnung, gerade nach der Erfahrung der Unmenschlichkeit, an die die nahe Straßburg gelegenen Gedenkstätte Natzweiler-Struthof erinnerte.

Sein früher Forschungsschwerpunkt als Politologe und Historiker war der Liberalismus, der freie bürgerliche Geist in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik, und die Entfaltung dieses Geistes in den liberalen Parteien. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es dann der Wiederaufbau der Demokratie von der kommunalen bis zur staatlichen Ebene und der Neuaufbau der Parteien, die er analysierend begleitete. Im Alter kehrte er noch einmal zu seinem früheren Thema zurück und setzte sich für die Würdigung von Hugo Preuß ein, den manchmal verkannten Autor der Weimarer Verfassung. Dass er auch hierbei wieder einen Freund gewann, gehörte zu den Freuden seines Alters.

Nach seiner Emeritierung rückte die Regionalgeschichte im Umkreis der Detmolder Archive verstärkt in Lothar Albertins Fokus. Er förderte und begleitete Projekte wie die Analyse der Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus oder die Aufarbeitung der Rolle, die das Militär für die lippische Gesellschaft und die Rüstung für die lippische Wirtschaft gespielt hatten. Als die Diskussion um die sehr späte Entschädigung für Zwangsarbeiter aufkam, konnte er seinen Wunsch nach Versöhnungsgesten gegenüber Osteuropa mit dem regionalgeschichtlichen Interesse verbinden. Es ist seinem Einsatz zu verdanken, dass mit den Materialien der regionalen Archive zwei Datenbanken zu Zwangsarbeitern im Gebiet des heutigen Regierungsbezirks Detmold erstellt wurden, mit denen vielen Anfragenden geholfen werden konnte, Ansprüche auf Entschädigungszahlungen nachzuweisen.

Lothar Albertin lebte vor, dass „liberal“ zu sein keine Ideologie ist und auch keine Parteizugehörigkeit bezeichnet, sondern eine Verhaltensweise, mit dem Leben und mit den Menschen umzugehen. Der liberale

Geist akzeptierte in der Geisteswissenschaft keine Grenzen, weil der Versuch, die Welt zu erfassen, nie an ein Ende kommen darf, und er konstituierte eine Gemeinschaft derer, die an den gleichen Zielen wirken. In den letzten Jahren spürte Lothar Albertin die Last des Alters, aber er kam noch zu Veranstaltungen, die ihm wichtig waren. Es waren nicht nur die Themen, die ihn anzogen, sondern auch die Menschen, die sich mit ihnen auseinandersetzten, Menschen, denen er vertraute und die er wertschätzte. Es sind diese Weggefährtinnen und Weggefährten, Freundinnen und Freunde, Schülerinnen und Schüler, die nun um ihn trauern, voller Dankbarkeit dafür, dass ihr Leben durch ihn bereichert wurde.

Redaktion Rosenland

### **Impressum**

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

Anfragen, Beiträge etc. an: [rosenland-lippe@web.de](mailto:rosenland-lippe@web.de)

Erscheinungsweise: ca. 1-2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im September 2018.

Redaktionsschluss: 15. August 2018.